

Noch nicht genehmigt

Protokoll 15

Stadtratssitzung

Donnerstag, 14.09.2023, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Tellsaal, Ostermundigen

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 13.30 bis 16.30 Uhr.....	930
2023.SR.0112.....	931
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2022.FPI.000031	935
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft	
Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.	974
Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 18.55 Uhr.....	975
2022.FPI.000031	976
2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft Direktion GuB/PRD Direktion SUE	
Schluss der Sitzung: 18.56 Uhr.	1005
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	1006
2022.FPI.000031	1007
2 Fortsetzung: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft Fortsetzung: Direktion SUE Direktion BSS Verschobene Traktanden Eingänge	
Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.	1043

Anwesenheit in der Sitzung von 13.30 bis 16.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Simone Richner
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Erich Hess	Michael Ruefer
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Kurt Rüegsegger
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Vanessa Salamanca
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Mahir Sancar
Diego Bigger	Anna Jegher	Judith Schenk
Lea Bill	Raffael Joggi	Florence Schmid
Laura Binz	Nora Joos	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Nicole Silvestri
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Eva Chen	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Dolores Dana	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Milena Daphinoff	Simone Machado	Michael Sutter
Sibyl Eigenmann	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Vivianne Esseiva	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller
Alexander Feuz	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Jelena Filipovic	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Niklaus Mürner	Paula Zysset
Katharina Gallizzi	Dominic Nellen	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Bernadette Häfliger	Mirjam Roder
Lukas Gutzwiller	Ueli Jaisli	Sarah Rubin
Matthias Humbel	Maurice Lindgren	

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Anita Flessenkämper, Redaktorin		

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsident: Geschätzte Stadträt*innen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Medienschaffende, liebe Gäste und werter Gemeindepräsident Thomas Iten. Ich begrüsse euch ganz herzlich zur ordentlichen, aber doch speziellen Stadtratssitzung heute in Ostermundigen. Ich danke schon im Voraus herzlich für die Gastfreundschaft, dafür, dass wir heute hier unsere Budget- und AFP-Debatte führen dürfen, weil ja bekanntlich das Rathaus besetzt ist. Ich habe weiter Freude – und hoffe sehr, dass ihr mir alle helft dabei –, dass wir heute die Sitzungen erfolgreich durchführen können, ohne grössere Zwischenfälle, dass wir unser Trauma von vor einigen Jahren überwinden können und dass wir mit guten Gefühlen und politisch hitzigen, aber anständigen Diskussionen hier debattieren können. Ich bitte weiterhin auch hier drin um Ruhe. Es ist sogar noch schlimmer als im Stadtrat. Man hört es wirklich, wenn in der hinterletzten Ecke geschwätzt wird. Ich höre wirklich jeden Einzelnen, der spricht. Man muss sich wohl ein bisschen besser konzentrieren, damit man vorne noch das eigene Wort versteht. Danke vielmals.

Ich habe weder Rücktritte zu vermelden noch habe ich dementsprechend neue Ratsmitglieder zu begrüssen. Und dann wären wir eigentlich schon bei den Geburtstagen. Ich darf ganz herzlich Janina Aeberhard gratulieren, die gestern Geburtstag hatte. Herzliche Gratulation auch noch persönlich. Und dann wären wir bei den offiziellen, obligaten Mitteilungen wie immer: beim Eingang draussen das Badgen nicht vergessen. Das ist genau dasselbe wie immer: bei jeder Sitzung ein- und ausbadgen, damit wir wissen, wer anwesend war. Für die dringlichen Vorstösse gilt nach wie vor 21 Uhr und für die übrigen Vorstösse 21.30 Uhr. Abzugeben sind sie vorne bei Valentina Achermann, der zweiten Vizepräsidentin. Speziell ist heute – und da bitte ich um Aufmerksamkeit: Wenn ihr Vorstösse einreicht und unterschreibt, ist die Nummer eures Stadtratsplatzes zwingend zu verwenden. Also unbedingt nach wie vor immer euren Ratsplatz vom Rathaus erwähnen bei den Unterschriften der Vorstösse. Dann kommen wir zu den wichtigsten Sachen, der Verpflegung. Ihr habt es im Hintergrund gesehen: Wir haben Verpflegung bereitgestellt: Getränke und Snacks, damit man auch durchhält bei dieser langen Sitzung. Kaffee ist auch da, leicht versteckt. Er ist bei der Türe rechter Hand in der Küche. Dort hat es 2 Kaffeemaschinen, bei denen man sich bedienen kann. Die WCs wiederum sind auf der linken Seite für die, die kurz Pause machen müssen. Dann sind wir nicht ganz so digital unterwegs wie im Rathaus. Wir werden darum, wie wir das eigentlich schon aus der Coronazeit kennen, wieder mit Signal arbeiten. Um sich für ein Votum anzumelden, habt ihr einen blauen Zettel. Ich bitte darum, den so lange aufzuhalten, bis ich die Wortmeldung registriert habe, damit ich sie erfassen und mir die Reihenfolge der Voten aufschreiben kann. Für einen Ordnungsantrag wäre der rote Zettel. Dann kommen wir schon zum Zweitwichtigsten. Das ist die Abstimmungsanlage. Die sieht ein bisschen anders aus als die, die wir zur Coronazeit in der Bernexpo hatten. Sie ist relativ simpel. Wichtig ist, dass euer Name stimmt. Die Geräte sind individualisiert, damit euer Abstimmungsverhalten dann entsprechend auch so registriert ist. Also, es müsste euer Name darauf stehen, sonst habt ihr schlichtweg das falsche Gerät erwischt. Das Abstimmen selber funktioniert oben über die Tasten 1 bis 3. 1 ist für Ja, 2 ist für Nein und 3 ist nicht für abstinente, sondern für Enthaltung. Also 1 bis 3 drücken Ihr könnt, solange die Abstimmung läuft, jederzeit eure Eingabe noch wechseln. Wenn sie abgelaufen ist, ist es wie im Ratssaal fix eingeloggt. Wir würden das auch gerade schnell testen in dem Moment. In der Abstimmung geht es darum, ob

ihr mit dem ÖV nach Ostermundigen gereist seid. Bei Ja 1, bei Nein 2 und 3 bei Enthaltung. Das Ergebnis wird jeweils mit Ja- und Nein- und Enthaltungsstimmen angezeigt. Im Nachgang sind dann auch die einzelnen Stimmen ersichtlich, also nicht heute. Wenn das zu funktionieren scheint, würde ich, bevor wir auf die Traktandenliste einsteigen und diesen Nachmittag zusammen verbringen, ganz herzlich unserem Ehren-gast das Wort geben zur Begrüssung in seiner Gemeinde. Herzlich willkommen und vielen Dank für die Zeit, Thomas Iten. Er macht eine Präsentation.

Thomas Iten, Gemeindepräsident Ostermundigen (*referiert zu einer PPP*): Guten Nachmittag miteinander, sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, geschätzte Gäste, herzlich willkommen in Ostermundigen. Ich habe mir erlaubt, in Absprache mit dem höchsten Berner, euch schnell 2, 3 Sachen zu erklären von Ostermundigen. Und damit ich es nicht vergesse: Der höchste Ostermundiger muss sich heute leider entschuldigen. Das ist Hans Rudolf Hausammann. Er ist irgendwo im Piemont in den Ferien und lässt euch herzlich grüssen. Und ich will euch vor allem eine gute Sitzung wünschen, die heute wahrscheinlich ein bisschen länger dauert als bisher, und zwar habe ich mit dem Stadtratspräsidenten nach der Stadtratssitzung am 1. Juni abgemacht – ich würde mir nie erlauben, diese zu kommentieren –, ein Thema aufzunehmen, bei dem wir den Eindruck haben, damit würden wir euch einen Blick in unsere Werkstatt geben. Ihr könnt jetzt noch entspannt zurücklehnen und da an die Wand auf der rechten Seite schauen. Ich will euch 2, 3 Sachen von O'mundo, unserer Ortsplanungsrevision, erklären, weil wir den Eindruck haben, das könne man nicht einfach nur in einem Reglement, wie wir es in den Fusionsdokumenten drin haben, machen. Unser Motto heisst: Mehr Stadt braucht mehr Dorf und mehr Dorf braucht mehr Stadt. Es ist ein Motto aus unserer räumlichen Entwicklungsstrategie. Und wenn ihr jetzt schaut, dann seht ihr, wie Ostermundigen im Jahr 2035, 2040 aussehen könnte. Jetzt werdet ihr zu Recht sagen: Ja, es ist ein bisschen komisch. Was ist für eine Karte? Und wenn man vielleicht die Gemeinde nicht so gut kennt, dann mutet einen das ein bisschen komisch an. Wir haben für unsere räumliche Entwicklungsstrategie, die vor 2 Jahren von unserem Parlament einstimmig genehmigt wurde – das wäre jetzt der Stadtrat, der noch letztes Mal stattgefunden hat –, den Auftrag gegeben, auf der Basis von 6 Leitsätzen eben mehr Dorf oder mehr Stadt zu machen. Ich lese euch die nicht alle vor, sondern ich möchte euch zeigen, was O'mundo heisst und was mehr Dorf oder mehr Stadt in unserem Verständnis heisst. Und das machen wir am einfachsten, indem ich euch 2, 3 Beispiele zeige. Die ganze Schweiz redet von Wohnungsnot. Die ganze Schweiz spricht von Siedlungsentwicklung nach innen. Ich habe hier links von einer Baustelle in Ostermundigen ein Beispiel mitgebracht, bei dem wir Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen. Wir haben hier 110 Wohnungen, die gebaut werden auf einem Areal, das aus den Achtzigerjahren ist, und zwar in Holzleichtbau, von dem wir das Gefühl haben, das es damit auch ein nachhaltiges Projekt ist, das wir da machen können. Wir sind aber schon an der nächsten Planung. Zu eurer Linken: die ehemalige Künti-Grube. Von der hat man vielleicht schon einmal gehört. Wir sind am Planen – hier rot dargestellt –, wie man Siedlungsentwicklung nach innen machen könnte. Es hat weitere Projekte, an denen wir dran sind. Ich erlaube mir, links Tell/Alpenrösli zu erwähnen. Sie haben heute die Stadtratssitzung hier und sind eigentlich in einer Zwischennutzung. Das Parlament hat am 4. Mai entschieden, dass wir das Land im Baurecht abgeben. Und wir wollen nach den Herbstferien in die Mitwirkung, damit wir hier schätzungsweise etwa 200 bis 250 Wohnungen entstehen lassen können. Es gibt noch ein paar andere Themen, die wir haben. Ich

erlaube mir, das oben rechts noch zu erwähnen. Das ist unsere dritte Allmend. Bern hat die Kleine und die Grosse Allmend. Wir haben die dritte Allmend. Und wenn ihr ein bisschen genauer hinschaut, seht ihr, dass es dort Fussballplätze hat, bei denen wir den Eindruck haben, wir könnten aus ostermundiger Perspektive, aus O'mundo heraus, einen Beitrag gegen die Knappheit der Sportanlagen in der Region leisten. Ja, wir haben noch ein anderes Projekt mitgenommen: Umnutzungen von Arealen. Ihr seht hier den alten Hauptsitz von Intersport, hier in dem Dreieck, das leicht eingefärbt ist. Intersport ist wegen Corona, aber vor allem wegen des Online-Handels, weil heute die meisten ihre Turnschuhe über Amazon bestellen, sehr stark redimensioniert worden. Wir haben das als Chance verstanden und werden im bestehenden Gebäude eine Arealentwicklung machen. Da sind wir bereits in der Vorprüfung beim Kanton. Das sieht dann so aus: Statt, dass wir dort eine Industriebranche haben, gehen wir auch hier davon aus, dass wir rund 200 Wohnungen bauen können. Ihr seht rechts auch, wie das daherkommen könnte. Eines der bekanntesten Themen aus O'mundo heraus ist, glaube ich, einer dieser Zeitungsartikel, die aus Ostermundigen nebst dem Fusionsprojekt am meisten Klicks gehabt hat. Das ist das Holzhochhaus. Sie sehen, was neben dem Bären tower noch alles entstehen soll. Wir wollen das, nachdem wir die Mitwirkung abgeschlossen haben, starten: 69 Meter hoch, alles aus Holz. Und es ist ein Werkstatthaus. Unten wird gearbeitet und oben wird gewohnt. Wenn wir von O'mundo reden, sind wir aber auch immer sehr stark unterwegs in der Nachbarschaft – das ist unser 6. Leitsatz –, sei das mit dem Agglomerationsprogramm, sei das jetzt hier stellvertretend mit der Verkehrsdrehscheibe oder mit etwas, bei dem wir sehr intensiv und sehr gut auch mit der Stadt und mit dem Kanton zusammenarbeiten: Der Fokusraum Bern Ost, den ihr sicher bestens kennt. Im Moment sind wir gerade dabei. Und da geht es auch ein bisschen in Richtung: Was würde dann mit O'mundo passieren – eine Frage, die ihr zum Teil in der Stadtratssitzung aufgenommen habt –, wenn die Fusion kommt. Ein Blick in unsere Werkstatt: Wir sind im Moment am Prüfen, wo wir besser werden können: Beim Thema Stadtklima, beim Thema Freiräume, aber vor allem auch wieder dabei, wie wir zusätzlichen Wohnraum im bestehenden Umfeld schaffen, damit uns das gelingt, diese Prozesse erfolgreich zu gestalten. Ich habe es vorhin gesagt: Die räumliche Entwicklungsstrategie ist parteiübergreifend einstimmig genehmigt worden. Wir probieren immer neue Sachen aus, wie wir die Prozesse optimieren können. Erlaubt mir ein Thema – weil ich weiss, ihr habt heute eine strenge Sitzung –, das sich vielleicht auch auf eure Stadtratssitzung übertragen lässt, nämlich der Humor. Wir merken: Raumplanung hat sehr viel auch mit Humor zu tun. Es geht manchmal ein bisschen einfacher, wenn man sich nicht so ernst nimmt, vor allem als Politikerin und Politiker. Ein letzter Punkt, der für uns bei O'mundo wichtig ist, weil wir auch neue Wege gegangen sind. Das ist die Partizipation. Sie sehen links eine Impression, wie wir in die Quartiere gehen mit Quartierapéros, wo wir die Leute von der Strasse geholt haben, weil wir in der Regel jene Leute an Partizipationsanlässen haben, die sonst schon überall dabei sind. Ihr seht symbolisch in der Mitte eine Zusammenfassung, wie wir die junge Generation abholen. Ganz rechts ist der Tellsaal bei einer normalen Informationsveranstaltung zu sehen. Das Hauptthema von O'mundo, und damit komme ich zum Abschluss, ist, dass wir für die Menschen, die in unserer Gemeinde leben, einen guten Lebensraum schaffen können, dass sich die Vereine, die hier drin in diesem Saal, in dem ihr heute sehr aktiv seid, engagieren können. Ihr würdet wahrscheinlich noch staunen, wie es aussieht, wenn der Jodlerclub hier sein Theater hat, oder dass die Unternehmungen hier in unserer Gemeinde gut arbeiten können, ob es nun eine kleine Bäckerei ist – übrigens, wenn ihr noch Pause machen müsst und noch ein bisschen mehr Zucker braucht, als der Ratspräsident organisiert hat, kann ich euch die Bäckerei gegenüber wärmstens

empfehlen. Wenn ihr ein bisschen koffeinhaltige Milchgetränke braucht, dann ist es eine eher grosse Firma, die pro Jahr 180 Millionen dieser Becher produziert. Also, auch wenn ihr in den Ferien seid und einen Schluck Ostermundigen wollt, könnt ihr einen Kaffee Latte von Emmi beziehen. Wir haben keine Aktien oder sonst etwas von Emmi. Aber es ist jeweils ein gutes Beispiel. In dem Sinn, mit dem ganz kleinen Einblick in das, was O'mundo alles auch noch ist, ausser Teil der Fusionsdokumente. Ichwünsche euch auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat eine erfolgreiche Sitzung. Wir sind zuversichtlich, dass ihr die Sitzung heute zu Ende machen könnt, vielleicht nicht mit den Traktanden, aber zumindest mit den Abstimmungen. Deshalb wünsche ich euch eine gute Sitzung. Und wenn ich jetzt gerade wieder davonrenne, dann darum, weil wir das nächste Projekt in einem Workshop drin haben, um Siedlungsentwicklung nach innen planen zu können. Vielen Dank und gute Sitzung.

Präsident: Danke, Thomas Iten, für die einleitenden Begrüssungsworte und danke vielmals noch einmal für das Gastrecht, das wir hier haben. Wir geben uns Mühe, die Sitzung auf diesem Boden dieses Mal erfolgreich abzuschliessen. Ich wünsche einen schönen Tag.

Wir steigen direkt ein in die Traktandenliste. Bevor wir anfangen, der obligate Ordnungsantrag für die Traktanden in der reduzierten Debatte. Ihr habt die Antragsliste bekommen. Es geht um die Traktanden 3 bis 7, die wir in der gemeinsam beschlossenen Verhandlungsordnung Reduzierte Debatte behandeln würden. Wir würden schnell darüber abstimmen.

Ordnungsantrag

Nr.	Antragstellende	Antrag												
1	Büro	<p>Die Traktanden 3 – 7 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:</p> <p>BERATUNG:</p> <table border="1"> <tr> <td>1</td> <td>Einreichende der Motion / des Postulats</td> <td>3 Min.</td> </tr> <tr> <td>2</td> <td>Fraktionserklärungen</td> <td>3 Min.</td> </tr> <tr> <td>3</td> <td>Einzelvoten</td> <td>1 Min.</td> </tr> <tr> <td>4</td> <td>Gemeinderat</td> <td>3 Min.</td> </tr> </table> <p>ABSTIMMUNG:</p> <p>Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats</p>	1	Einreichende der Motion / des Postulats	3 Min.	2	Fraktionserklärungen	3 Min.	3	Einzelvoten	1 Min.	4	Gemeinderat	3 Min.
1	Einreichende der Motion / des Postulats	3 Min.												
2	Fraktionserklärungen	3 Min.												
3	Einzelvoten	1 Min.												
4	Gemeinderat	3 Min.												

Abstimmung

2023.SR.0112: Ordnungsantrag Büro Reduzierte Debatte	
Annahme	
Ja 51	
Nein 2	
Enthalten 0	Namensliste 002

2022.FPI.000031**2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft**

Johannes Wartenweiler (SP) für die FIKO: Es ist zwar den Umständen geschuldet, dass wir in Ostermundigen sind, aber es ist schon ein bisschen symbolisch. In rund einem Monat werden wir in Bern und Ostermundigen über diese Fusion beschliessen. Wir sind hier, um einen guten Eindruck zu hinterlassen. Es ist gerade vieles ins Rutschen geraten. Corona hat uns auf eine harte Probe gestellt und dann hat uns der Krieg in der Ukraine eine Zeitenwende beschert. Die Inflation frisst an den Einkommen und die Klimaentwicklung gibt Anlass zur Sorge. Und vor diesem globalen Trend kann sich ein Gemeinwesen wie die Stadt Bern nicht einfach wegducken. Finanzpolitik ist eine Facette der politischen Steuerung. Sie sollte nicht absolut gesetzt werden. Es gibt immer auch andere Anliegen und Bedürfnisse, die berücksichtigt werden müssen. Wir wollen einen starken Service public, wir wollen gute Sozialleistungen, wir wollen vielfältige Kulturangebote, aber die Finanzen dürfen wir auch nicht ignorieren. Es ist wichtig, dass wir mit einer guten, soliden und langfristigen Finanzpolitik die Öffentlichkeit und insbesondere unsere Wählerinnen und Wähler überzeugen. Und Finanzpolitik ist Navigieren auf Sicht. Und die Sicht ist begrenzt. Die FIKO ist ein parlamentarisches Gremium, das noch jung ist. Es ist jetzt sozusagen ein parlamentarischer Frischling. Die FIKO ist seit 2023 im Amt und hat eine Finanzdelegation abgelöst, die als temporäres und übergeordnetes Milizgremium nur wenig Zeit hatte, sich vertieft mit den städtischen Finanzen auseinanderzusetzen. In der FIKO führen wir diese Debatte sachlich und zielorientiert. Uns allen ist wichtig, das möchte ich betonen, dass die Berner Stadtfinanzen auf einem soliden Fundament stehen, wobei wir uns natürlich nicht ganz einig sind, wie das Fundament genau aussehen sollte. Und an dieser Stelle möchte ich auch der Verwaltung für die Neuausrichtung von Budget und AFP und für all die Unterlagen, die sie uns im Laufe der Diskussion zur Verfügung gestellt hat, danke sagen. Und jetzt eigentlich zum Geschäft: Der Gemeinderat hat im Juni 2023 sein Budget mit einem Defizit von 37,2 Millionen Franken präsentiert; das bei einem allgemeinen Haushalt von 1,38 Milliarden Franken und einem unveränderten Steuerfuss von 1,54. Das Budget 2024 ist das Jahr 1 des Finanzplans 2024 bis 2027. Die beiden Geschäfte Finanzplan und Budget sind damit also zusammengelegt. Mit den 4 Sonderrechnungen Tierpark, Stadtentwässerung, Entsorgung und Recycling und Wohnbaufonds beträgt der Gesamthaushalt 1,47 Milliarden Franken und hat einen Aufwandüberschuss von 43,1 Millionen Franken. Mit dem Finanzdirektor und seinen Chefbeamten haben wir uns ausgiebig über die Annahmen ausgetauscht, die zu dieser Budgetierung geführt haben. Dazu gehören die Eckwerte zum Bruttoinlandprodukt und die Steuerprognose. Für 2022 geht das Budget von einem tiefen Wachstum von 0,2 Prozent aus. Für die folgenden Jahre hingegen wird mit Wachstumsraten von 1,7 Prozent gerechnet. Während aus unserer Sicht für das Jahr 2024 die Zahlen sehr defensiv geschätzt sind, wissen wir nicht, ob angesichts der Weltanlage die Prognosen für die folgenden Jahre sich wirklich realisieren lassen. Bei den Steuerprognosen gibt es 2 Achsen. Bei den natürlichen Personen ist es relativ einfach, aber bei den juristischen Personen ist es kompliziert. Die natürlichen Personen generieren einen grossen Teil unserer Steuereinnahmen, aber einige grosse Unternehmen machen am Schluss die Differenz aus. Ihre Steuern stehen unter Umständen erst nach mehreren Jahren fest und das führt zu grossen Verzögerungen und es kann auch mal um 7-stellige Beträge gehen. Die Finanzdirektion hat uns

glaubhaft versichert, dass ihre Schätzungen zwar optimistisch sind, aber nicht willkürlich, und sich auf die Erfahrungen der letzten Jahre abstützen. Die Debatte um die Budget-Annahme ist fundamental, weil nichts mühsamer ist, als basierend auf sehr negativen Erwartungen den Haushalt unter Druck zu setzen und nachher ein Ergebnis zu präsentieren, das deutlich besser ist. Wir haben das in den letzten Jahren zwar auch in der Stadt Bern ein paarmal erlebt. Aber aus meiner Sicht war das den besonderen Umständen geschuldet, den Unwägbarkeiten wegen Corona und so weiter. Für die Mehrheit der Kommission ist das Budget 2024 mit seinem Defizit zu stemmen. 37,2 Millionen bewegen sich im Bereich der Unschärfe. Bei der Budgetierung hingegen verlangt eine Minderheit umfassende Kürzungen, wie das aus den Anträgen ersichtlich ist. In einem Brief an die Sachkommissionen haben wir unsere Bemerkungen festgehalten und die Kommissionen gebeten, bei den zusätzlichen Budgetanträgen, die mit Mehrausgaben verbunden sind, zurückhaltend zu sein. Gegenüber dem Budget des Gemeinderates sind denn auch nur recht wenige zusätzliche Anträge eingegangen. Würden sie alle angenommen, würde das Defizit etwa 40 Millionen betragen. Wir werden heute darüber befinden. Die FIKO nimmt zu diesen Anträgen nicht Stellung. Im Budget sind zusätzliche 99,75 Stellen eingestellt. Mehr als die Hälfte ist drittfianziert, weitere 32 Stellen sind gebunden. Im Ermessen des Gemeinderats sind 14,25 Stellen. Diese Stellen sind kein Wunschkonzert. Sie widerspiegeln eine wachsende Stadt, was sich insbesondere in den Zahlen der Schülerinnen und Schüler ausdrückt. Zudem braucht es neue Stellen für die Eröffnung des Hallenbads im Neufeld. Und auch für die Digitalisierung der Stadtverwaltung braucht es zusätzliche Kompetenzen. Diese Stellen sind aus Sicht der Mehrheit der FIKO nachvollziehbar. Natürlich gibt es Anträge, die das anders sehen. Was uns aber beunruhigt, mehr oder weniger, je nach Position, sind die schlechten Zahlen. Die AFP-Planjahre 2025 bis 2027 sind gegenüber den Annahmen des letzten IAFP deutlich schlechter geworden. Der Gemeinderat rechnet bis 2027 nicht mehr mit Überschüssen und das ist ein ernsthaftes Signal, das wir nicht ignorieren sollten. Der Gemeinderat hat denn auch schon angekündigt, für 2026 ein weiteres Sparpaket von 20 Millionen zu planen. Das ist in seiner Verantwortung. Er steht schliesslich auch gegenüber dem Kanton in der Verantwortung. Dieser greift ein, wenn das Eigenkapital weggeschmolzen ist. Weil wir in den nächsten Jahren mit grösseren Ungewissheiten rechnen, müssen wir den städtischen Haushalt langfristig anpassen. Bei der laufenden Rechnung 2024 sieht die Mehrheit der Kommission eher keinen Spielraum. Zusätzliche Aufgaben im Stadtwachstum – vielleicht sogar Ostermundigen –, die Digitalisierung und der Klimaschutz werden zusätzliche Mittel verlangen. Es gibt natürlich auch eine Minderheit. Was hingegen, das möchte ich betonen, die gesamte Kommission umtreibt, sind die Investitionen von mehr als 1,4 Milliarden Franken, die der Gemeinderat bis 2031 auslösen möchte. Angesichts der Bedürfnisse handelt er aus unserer Sicht zwar nachvollziehbar, aber es droht damit auch der Haushalt ins Ungleichgewicht zu geraten. Investitionen von jährlich 140 und mehr Millionen Franken sind wegen der tiefen Eigenfinanzierung von unter 50 Prozent nicht ohne zusätzliche Schulden zu stemmen. Und hier rechnet der Gemeinderat mit einer zusätzlichen Verschuldung von 300 Millionen Franken in den kommenden Jahren. Damit verbunden sind natürlich zusätzliche Zinsen, die bei 2,5 Prozent etwa 7,5 Millionen Franken ausmachen und Abschreibungen von 15 Millionen, plus die Betriebskosten in unbekannter Höhe. All diese Zahlen, diese Grössen werden auf den laufenden Haushalt Einfluss nehmen und das Budget unter Druck setzen. Die FIKO ist der Überzeugung, dass der Gemeinderat das ambitionierte Programm strecken und priorisieren muss. Und zwischen der Kommissionsmehrheit und ihrer Minderheit besteht eine Übereinstimmung. Die Mehrheit der Kommission sieht aber davon ab, dem Gemeinderat konkrete Zielvorgaben zu machen,

weil wir der Ansicht sind, dass er besser weiss, was und wo eine Straffung sinnvoll ist. Wir haben die Zusicherung des Gemeinderates, dass er unsere Bedenken bei der nächsten Mittelfristinvestitionsplanung ernst nimmt. Wir werden die ersten Schritte im November sehen. Aus unserer Sicht sind bei der Priorisierung folgende Aspekte zu beachten: der Nutzen für die Stadtentwicklung, zum Beispiel das Viererfeld, die Dringlichkeit der Erneuerung mit Schwerpunkt auf der sozialen Infrastruktur der Stadt Bern. Wie gesagt, das Konkrete soll der Gemeinderat bestimmen. Ich komme jetzt noch zu den Anträgen: Die Kommission hat insgesamt 28 Anträge zu Budget, Eckwerten und Planjahren diskutiert. Zu ihnen nehme ich Stellung. Alle Budgetanträge lehnt die Mehrheit der Kommission ab. Wir haben ein Budget, das trägt und wir wollen keine Verzögerungen und keine Verunsicherungen. Es gibt eine Ausnahme. Die FIKO unterstützt den Antrag 27 der AL. Wir sind der Ansicht, dass es der Transparenz dient, wenn nicht abschliessend beschlossene Einnahmen und Ausgaben im Budget entsprechend kenntlich gemacht werden. Zu den Eckwerten folgendes: Die Anträge 12 bis 15 befassen sich mit den Standards bei zukünftigen Aufgaben. Der Gemeinderat hat vorgesehen, dass diese in der Regel den kantonalen Standards entsprechen sollten. Eine Mehrheit der FIKO findet dies aber gefährlich, weil sie kein Vertrauen in die GSI hat, also in die kantonale Gesundheitsdirektion unter Regierungsrat Schnegg, und Sozialabbau befürchtet. Für eine Minderheit war hingegen «in der Regel» schon zu viel. Sie möchte die Schneggschen Standards durchsetzen. Wir empfehlen mehrheitlich 12 und 14 zur Annahme, 13 und 15 zur Ablehnung. Zu den Planjahren oder den Planungserklärungen: Die FIKO hat sehr differenzierte Positionen zu den Anforderungen an die Investitionen in den Anträgen 18, 19 und 22. Sie setzt auf den vermehrten Einsatz von Modulbauten, lehnt den Grundsatz der Überprüfung und Anpassung gegenüber den Stimmen der FIKO-Minderheit ab und sieht bei den unterirdischen Bauten den konkreten Einzelfall so klar, dass sie den Antrag deutlich ablehnt. Verschiedene Anträge zur Haushaltssanierung, zur Einhaltung der Strategie, zur Personalentwicklung, die auf Eindämmung und Einsparung ausgerichtet sind, lehnt die Mehrheit der FIKO ebenfalls ab. Die Anträge zur Änderung des Steuerfusses hatten in beide Richtungen keine Mehrheit. Wir wollen den Steuerfuss beibehalten. Die Debatte und die Priorisierung habe ich oben geschildert. Ausdruck davon ist der Antrag 33 der FIKO, der grossmehrheitlich angenommen worden ist. Alle weitergehenden Anträge sind gescheitert. Und es hat noch ein paar versprengte Anträge gegeben, mit denen wir uns befasst haben. Auf das Rating durch Moody's sei zu verzichten. Das bedeute nämlich, die Spielregeln der Kapitalmärkte anzuerkennen. Konkret –

Präsident: Bitte wieder ein bisschen mehr Ruhe. Ich verstehe Johannes mittlerweile fast nicht mehr.

Johannes Wartenweiler fährt fort: Wenn man auf das Rating verzichten würde, würde das die Bonität der Stadt Bern beeinträchtigen. Ich würde sagen, schön gespielt von der AL, aber leider auf dem falschen Spielfeld. Der Gemeinderat soll auch nicht auf seine Finanzstrategie verzichten. Zahlen mögen nicht alles bedeuten und man liegt bei all diesen Zahlen deutlich daneben. Aber es ist immerhin eine Richtschnur und man soll versuchen, sich daran zu orientieren. Schliesslich Antrag 34: Es liegt der FIKO viel daran, dem Stadtrat die Instrumente zu geben, um die städtischen Finanzen begleiten zu können. Die reduzierte Berichterstattung auf der Ebene Dienststelle statt auf der Ebene Produktegruppe, die wir jetzt neu haben, ist diesbezüglich ein Rückschritt, und die FIKO verlangt deshalb, dass die Produktegruppenbudgets in Zukunft wieder einseitig sein sollen. Insgesamt empfiehlt euch die FIKO mit 7 zu 4 Stimmen die Annahme

des Budgets und nimmt mit 6 zu 5 Stimmen den AFP ohne Wertung zur Kenntnis. Wir wollen damit nicht die Arbeit des Gemeinderats und des Finanzdirektors in Frage stellen, aber die Zahlen, die uns vorliegen, sind einfach keine Freude. Und die Abstimmungsbotschaft hat die FIKO mit 7 zu 3 bei einer Enthaltung gutgeheissen. Danke vielmals für das Zuhören.

Präsident: Danke vielmals, Johannes. Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Ich muss sie einzeln aufschreiben. Ich sehe Alexander Feuz. Ich sehe Ursina Anderegg, Barbara Keller, Dolores Dana, Milena, Raffael und Francesca, Janina. Wir würden mit Alexander Feuz für die SVP starten

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst muss ich drücken, einen Moment. Zuerst möchte ich Johannes Wartweiler danken, der für die Finanzkommission das Budget fair und korrekt dargestellt hat. Ich möchte auch meinen Kollegen in der FIKO danken – ihr hört es nachher bei den Vorbemerkungen –, die seriös und meines Erachtens konstruktiv zusammengearbeitet haben. Ich danke auch der Verwaltung für ihre Arbeit. Jetzt, bevor ich zur Begründung komme, erlaubt mir ein paar Vorbemerkungen. Die erste Vorbemerkung: Ich freue mich ganz besonders, dass wir heute in Ostermundigen das Budget vorstellen. Wir haben 2025 ja dann ein Budget von 55 Millionen. Ich danke noch der AL. Ihr seid jetzt überrascht. Aber sie ist nämlich ehrlich gewesen, denn sie hat einen Budgetantrag gestellt. Die Erhöhung des Budgets werde ich zwar klar ablehnen, aber der Antrag ist ehrlich. Er zeigt auf, dass man über die Verhältnisse gelebt hat und was genau passiert, was die Konsequenzen sind. Ich bin immer Cassandra genannt worden. Cassandra, ich habe das schon mehrmals gesagt, hat eben immer recht, aber man glaubt ihr nicht. Das sind die Konsequenzen, die ich aufzeigen will. Von Seiten des Gemeinderats und der Mehrheit der Finanzkommission wird gesagt, es sei eben doch nicht so schlimm, es käme dann alles gut. Wir haben heute aber die Nagelprobe. Die SVP hat schon 2022 einen Antrag eingereicht «Verzicht auf Gebühren und Steuererhöhungen». Wenn ihr alle der Meinung seid, dass es eben gut ist, dann müsst ihr den unterstützen und auch den gemeinsamen Antrag von FDP, SVP und Mitte: «Keine Steuererhöhungen». Wenn ihr bereit seid, dann haben wir die Nagelprobe, dann sehen wir: Es soll nichts passieren. Ich befürchte aber, der wird abgelehnt. Der AL-Antrag wird auch abgelehnt. Und wenn man fusioniert ist, kommt dann das Geschenk auf Bern und Ostermundigen zu. Dann verliert Ostermundigen die Unabhängigkeit, aber muss dann, weil Bern das Geld mit allen Händen zum Fenster hinauswirft, auch bluten. Ich komme zur zweiten Vorbemerkung: Ich habe schon vorher gesagt, ich möchte der FIKO hier aus meiner Sicht ein Kränzchen winden, und zwar muss ich sagen, die Anträge – ihr seht die Minderheitsanträge und ich glaube auch einen Mehrheitsantrag – der SVP hat man aufgenommen und umgesetzt. Wir haben auch gesehen, dass man Wert darauflegen will, bei den Investitionen zu priorisieren. Einzig muss ich sagen, ich traue dem Gemeinderat nicht. Ich traue der FIKO, aber die gemeinderätliche Politik, ich habe das schon am Podium in Ostermundigen gesagt, als man gesagt hat, wie rosig die Finanzlage sich präsentiere – wenn man 2017 bis 2020 Kühlewil für 30,3 Millionen saniert und es 2021 für 12,8 Millionen verkauft, dann kann die Übung einfach nicht aufgehen. Darum habe ich Angst. Ich komme zur Vorbemerkung 3: Wir haben seit vielen Jahren eben die Cassandra gespielt. Wir haben Anträge gestellt, die gingen alle grossartig bachab für eine Priorisierung der Investitionen etc. Hätte man die damals angenommen, würden wir vielleicht heute über die Höhe der Steuersenkung diskutieren. Aber nein, man hat es anders gemacht. Man hat neue Aufgaben angenommen, gibt immer mehr Geld aus und hat sich immer tiefer in den Sumpf hineingeritten, als man für gewisse Prestige-

Projekte sinnlos Geld ausgegeben hat. Jetzt haben wir Probleme, so dass wir diese Sachen reduzieren müssen. Das sind genau die Sachen. Mir gefällt auch, dass die anderen Parteien Anträge von uns übernommen haben. Wir haben nämlich dann 2022 gefordert, bei der Verkehrsplanung 2 Millionen zu sparen, oder den Eventualantrag mit 7,25 Millionen. Ich habe mit Freude Kenntnis davon genommen, dass jetzt die anderen Parteien auf den Zug aufgesprungen sind und jetzt einen Antrag stellen für 1 Million. Ihr seht, der Eventualantrag 2022 der SVP ist weniger weit gegangen. Wir haben auch in anderen Anträgen, das will ich sagen, teilweise massvollere Forderungen gestellt, und zwar nicht, weil wir plötzlich irgendwie altersmilde wären oder Kreide gefressen hätten. Nein, wir haben ein paar ganz einschneidende Anträge, einen Kürzungsantrag beim Personal etc. gestellt. Darum haben wir uns nachher darauf beschränkt, Anträge zu stellen, damit, wenn man unsere ablehnt, man eben dann eine Kompensation der Stellen innerhalb der Direktionen vornimmt. Die nächste Vorbemerkung. Das ist die 4: Grundsätzlich werden wir allen Senkungen zustimmen, abgesehen von gewissen Details. Wir werden aber einerseits, das habe ich auch den Medien gesagt, sogar für eine Erhöhung sein. Wir sind für mehr Polizeipräsenz bei der Reithalle und fordern entsprechend höhere Beiträge an die Polizei. Dafür kann man dann wiederum auf den Schutzraum verzichten, weil, wenn die Leute der Security nicht uniformiert sind, kann man gar nicht wissen, wer Freund ist und wer allenfalls Täter. Hier sind wir also für Mehrausgaben. Ich komme zur 5. Vorbemerkung, zur letzten Vorbemerkung: Wir teilen es auf. Ich halte meistens das allgemeine Votum. Nachher haben wir die Direktionen aufgeteilt. Ueli Jaisli ist erkrankt. Er hat eine Magendarm-Grippe und darum werde ich dort nachher auch noch die SBK übernehmen. Sonst haben wir die meisten Direktionen aufgeteilt bei der Redezeit. Ich habe nicht mehr so viel. Ich werde mich also wirklich nur auf wichtige Anträge beschränken. Sie haben eben gesehen, wir sind nach wie vor die einzigen, die mit dem Dreier-Eventualantrag nach wie vor für eine Steuersenkung sind. Wir waren immer für eine Priorisierung der Investitionen. Ich werde mich auch noch kurz zum Antrag äussern, der mir wichtig scheint, nämlich, dass man all die Mehrausgaben, die man macht, das ist der Antrag 10, vollumfänglich bei der BSS und im Kulturbereich kompensiert. Die Anträge, die wir ganz klar unterstützen, das sind die Eckwerte. Wir sind der Meinung, man sollte hier bei den Eckwerten, das sind verbindliche, dass man eben hier sowohl auf die kantonalen Bestimmungen zurückgeht und nicht mehr gibt, als der Kanton sagt. Was für mich ebenfalls wichtig ist, ist Antrag 18, dass man eben Umnutzungen von bestehenden Gebäuden, wie man es gemacht hat, Stichwort Nussbaumstrasse, und den Einbau von Modulbauten vermehrt prüft. Wir sind ebenfalls der Meinung, das ist vielleicht ein bisschen umstritten, dass man auf unterirdische Anbauten nach Möglichkeit verzichten soll. Ich habe noch einen Eventualantrag eingereicht, in dem ich die Schere etwas öffne und sage, wenn es wirklich nicht anders gehe, könne man das machen. Ich habe nachher weitere Anträge, die ich noch ein wenig expliziter begründen will. Wir sind nach wie vor der Meinung: das Gaswerkareal, das Stadtklima – man sollte diese grüne Lunge unbedingt erhalten. Das sind Planungsziele. Ich komme vielleicht als Einzelsprecher noch darauf zurück. Was für mich wichtig ist, ist der Antrag 44, den wir bereits 2022 gestellt haben. «Es ist auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhungen im Sinn der Sparmassnahmen generell zu verzichten.» Wir wollen keine neuen Steuern und Gebührenerhöhung. Das ist auch Antrag 45. Wir haben das 2022 schon gefordert. Und haben das telquel wieder übernommen. Das ist für uns eben wichtig. Das ist für uns auch im Hinblick auf Ostermundigen die Nagelprobe, zusammen mit dem anderen. Die Anträge 47 und 48: Ich danke dem Personal. Aber ich spiele hier mit offenen Karten. Wir sind der Meinung, der Personalaufwand sei um 5 Prozent, eventualiter um 2,5 Prozent, zu reduzieren. Dafür haben wir dann bei

gewissen anderen Sachen, bei denen die Lage ein bisschen kompliziert ist, eine Kompensation in einem anderen Bereich vorgesehen. Noch Antrag 49: Ihr habt es gesehen, ich habe ein Statement abgegeben. Thomas Glauser und ich haben in der Reithalle dann Hausverbot erhalten, und zwar aus politischen Gründen. Und ich bin der Meinung, wenn wir jetzt dort noch einen eidgenössischen Kulturpreis verteilen, wo wir sogar Hausverbot haben, dann geht das nicht. Ich bin der Meinung, man darf keine Leistungsverträge mit Organisationen abschliessen, die das machen. Es ist dann Sache des Gemeinderates – ich habe den Antrag und die Motion schon mehrmals eingereicht – zu intervenieren. Wenn ihr nicht interveniert – ihr habt das Erika-Prinzip gelesen –, muss man halt auf kantonaler Ebene oder auf Bundesebene intervenieren. Es kann nicht sein, dass man eidgenössische Preise an einem Ort verteilt, an dem die Mitglieder meiner Fraktion aus politischen Gründen, und nicht, weil sie sich nicht anständig aufgeführt hätten, keinen Zutritt haben. Ebenfalls ist für uns klar, dass man in dem Sinn im AFP die Einsparungen konsequent umsetzt und dass man die frivole Ausgabenpolitik, die keine Rücksicht auf die kommenden Generationen nimmt, endlich aufgibt. Und wir sind der Meinung, dass man die neuen Stellen immer neu evaluiert. Es kann nicht sein, dass man immer neue Stellen schafft. Und ihr seht, dass wir hier relativ konzise und präzise sind. Ich habe versucht, mich auf die wichtigsten Punkte zu beschränken. Ich verzichte darauf, zu den anderen Anträgen noch explizit Stellung zu nehmen. Zusammenfassend von uns: Wir haben immer gewarnt vor dieser Entwicklung. Ich bin froh, dass die Ostermundiger erfahren – ich hoffe, sie hören auch zu –, was die Konsequenzen sind von dem rot-grünen Bern, wenn eben die Sache weitergeht, so dass wir in eine Steuererhöhung hineinlaufen. Ich werde den Antrag der AL mit aller Konsequenz bekämpfen, aber ich werde ihnen zugutehalten: Sie sind ehrlich. Sie sind ehrlich und machen uns kein X für ein U vor. Wir sind einfach der Meinung, ich halte das nochmals fest: Bern hat ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Wenn man das Geld so leichtfertig ausgibt, wie im Beispiel von Kühlewil, das ich vorher angeführt habe, führt das unweigerlich in ein Fiasko. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke Alex. Und als nächstes für GB/JA! Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Wir haben uns ja schon aufgewärmt für die Debatte, die wir jetzt führen, und zwar bei der Beratung der Rechnung 2022, als wir schon sehr intensiv über verschiedene Einschätzungen, wie es jetzt wirklich um den städtischen Haushalt steht, diskutiert haben. Es ist immer wieder interessant, wie sich die verschiedenen Welten öffnen, wenn es genau um diese Art von Einschätzungen geht. Es scheinen nämlich sehr unterschiedliche Vorstellungen im Raum zu sein, was für ein Instrument ein städtisches Budget und die Mehrjahresplanung sind, was das für Instrumente sind und was der Kern dieser jährlichen Aushandlungen ist. Den einen geht es darum, dass sie grundsätzlich einen schlankeren Staat wollen, dass Schulden meistens seitens der öffentlichen Hand grundsätzlich etwas Schlimmes sind und dass sie grundsätzlich die Steuern senken wollen. Vor diesem Hintergrund ist es auch logisch, dass das Sparen per se im Vordergrund stehen muss. Das ist eine legitime politische Haltung, aber es ist eben eine politische Einschätzung. Für die anderen, zum Beispiel für uns, geht es darum, dass wir uns jährlich überlegen, welche staatlichen Aufgaben es braucht – oder manchmal auch nicht – und ob unsere politischen Prioritäten mit denen des Gemeinderates übereinstimmen. Falls das nicht der Fall ist, versuchen wir das über Anträge zu korrigieren. Für uns ist zum Beispiel klar, dass die Stadt viel zu wenig schnell vorwärts macht mit der Bekämpfung der Klimakrise, und dass sie mehr

in die soziale Infrastruktur investieren muss. Budgets sind weder eine exakte Wissenschaft noch eine vom restlichen politischen Alltag abgekoppelte Sache. Sie sind Planungsinstrumente mit vorhersehbareren und weniger vorhersehbaren Annahmen. Und das ist insofern sehr politisch, als sie eben einen Aushandlungsrahmen über mehr oder weniger Staat und betreffend politischen Prioritäten darstellen. Bei den Rechnungen sehen wir jeweils, wie viel Spielraum tatsächlich vorhanden ist, ob der grobe Rahmen stimmt, der vorgegeben ist. Und aufgrund dessen können die Exekutive und wir im Stadtrat in der nächsten Runde Jahr für Jahr schauen. Es ist sehr auffällig, wie stark ihr euch auf der bürgerlichen Seite neben der Schuldenfrage, die legitim ist, aber eben auch nicht naturgegeben, sondern eine politische Frage, ausschliesslich auf die budgetierten Defizite fixiert, ohne die effektiven Rechnungsabschlüsse miteinzubeziehen. Ihr braucht offenbar das Bild einer maroden Stadtkasse, unabhängig von den Fakten, wie es wirklich steht, wenn die Rechnungen herauskommen. Anders kann ich mir eurem Tonfall und eure Lautstärke manchmal in diesen Diskussionen wirklich nicht erklären. Noch einmal: Der Haushalt ist stabil unterwegs. Das haben wir jetzt gesehen. Die Stadt hat in den letzten Jahren die Reserve auf fast 100 Millionen ausbauen können. Diese 100 Millionen, die sind ja sehr berühmt als Grenzwerte, die viele von euch, die eben auf dieser Seite sind, die einen auf Stadt kurz vor dem finanziellen Ruin machen, geprägt haben. Noch vor wenigen Jahren habt ihr gefordert, dass, wenn diese Höhe erlangt ist, man die Steuern senken soll, also den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt einschränken. Seit über 10 Jahren schliessen die städtischen Rechnungen mit wenigen Ausnahmen zwischen 20 bis 70 Millionen positiver als budgetiert ab, und in den allermeisten Fällen mit einem Überschuss. 2022, wir erinnern uns, sind wir 67 Millionen besser gewesen mit einem Überschuss von 15 Millionen. Wir sehen, dass der Handlungsspielraum da ist. Wir sind immer noch erstaunt, dass der Gemeinderat nach wie vor eher vorsichtig am Budgetieren ist, weil sich die Situation sehr beruhigt hat, auch nach diesen ganzen Sparrunden, die wir gehabt haben. Und wir fordern ihn auf, dass er im nächsten Jahr aufgrund des Rechnungsabschlusses, der dann ja auch vom laufenden Jahr kommen wird, dort entsprechend korrigieren und ein bisschen mutiger und progressiver vorgehen kann. Von unserer Seite ist klar, dass es mehr Spielraum hat, als im Moment budgetiert ist, und deshalb haben wir auch in dieser Budgetdebatte entsprechende Anträge für Mehrausgaben für Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Förderung von Chancengleichheit gestellt, und zwar sehr gezielt und recht massvoll. Vielleicht noch kurz zur ganzen Schuldendiskussion: Ja, klar, dass sich die Stadt momentan mehr verschuldet als auch schon. Sie investiert ja auch, und zwar zu Recht, viel mehr als noch vor ein paar Jahren. Logischerweise führt das zu einer temporären Neuverschuldung. Die Stadt ist in dieser Frage immer noch gut unterwegs. Die Ratingagentur Moody's stuft ja die Bonität der Stadt nach wie vor als hervorragend ein und bestätigt, dass wir noch kein Problem haben. Die Zinslast ist logischerweise bei diesem Investitionsvolumen am Steigen. Das müssen wir im Auge behalten, darin sind wir uns ja auch einig. Es ist klar, dass wir das nächste Mal zusammen mit dem Gemeinderat die Diskussion führen werden, wie die Investitionskurve in diesem Tempo genau aussieht und wie man etwas abbremsen kann. Unsere Fraktion ist der Meinung, man könne ein wenig abbremsen und dort etwas mehr Spielraum herausholen. Für uns ist aber auch klar, dass eine Politik, die sich darauf ausrichtet, Schulden zu vermeiden, einfach, weil Schulden grundsätzlich vermieden werden müssen, eine viel zu eindimensionale Diskussion ist. Es geht doch darum, dass wir für die heutige und zukünftige Bevölkerung verantwortungsvolle Politik machen und wirklich weit vorausschauen und jetzt handeln, wo es nötig ist. Für die GB/JA!-Fraktion ist klar, wie sich die Stadt für die Gegenwart und die Zukunft aufstellen muss. Es braucht jetzt dringend Investitionen,

und zwar mehr als im Moment eingestellt sind für die Bekämpfung der Klimakrise. Wir haben schon wieder einen Hitzesommer hinter uns und langsam sollte es allen klar werden, dass wir nicht mehr länger in diesem Schnecken-tempo vorwärtsgehen können. Unsere Fraktion ist relativ frustriert, dass diese Frage so wenig Priorität hat in der Stadt. Und dort muss mehr eingestellt werden und es braucht jetzt eine für die Bevölkerung zuverlässige soziale Infrastruktur, damit es mit der Chancengerechtigkeit nicht rückwärts und mit der Armut nicht noch mehr aufwärts geht, und damit wir präventiv und abfedernd gegen die stark lädierte psychische Gesundheit sehr vieler Menschen – das ist ein Problem, das zunimmt, vor allem bei Kindern und Jugendlichen – agieren können. Entsprechend haben wir auch Anträge gestellt, die wir dann in der Direktionsberatung diskutieren werden. Ich komme zu den Anträgen, die vorliegen in dieser Grundsatzdebatte. Die GB/JA!-Fraktion wird alle Rückweisungsanträge ablehnen, die einfach inhaltsleer mit irgendwelchen Fantasiezahlen auf das Sparen per se abzielen. Wir lehnen ebenfalls alle Anträge ab, die grundsätzlich und inhaltsleer auf die Verkleinerung der Verwaltung abzielen. Das Personal in der Verwaltung, deren Grösse, ist ja nicht einfach ein Selbstzweck, vielmehr brauchen wir das Personal, damit die Aufgaben, die für uns wichtig sind und die wir hier drin beschlossen haben, auch umgesetzt werden können. Wir lehnen selbstverständlich alle Anträge ab, die darauf abzielen, am neuen, erst gerade kürzlich von der Stimmbevölkerung beschlossenen Personalreglement herumzuschrauben. Wir finden es übrigens ziemlich bemühend von bürgerlicher Seite, mit irgendwelchen 7'000 Anträgen zu diesem Thema die Budgetdebatte dermassen aufzublasen. Vielleicht könnt ihr nachher noch erläutern, was ihr mit dem genau bezweckt. Und jetzt komme ich noch zu den substanziellen Sachen, zu den FIKO-Diskussionen. Für uns sind die FIKO-Anträge 12 und 14 zu den kantonalen Minimalstandards sehr zentral. Es ist wichtig, dass das herausgestrichen wird. Es geht hier um strategische Eckwerte. Das ist ein neues Instrument, das in Stadtratskompetenz und für den Gemeinderat verbindlich ist. Der Gemeinderat hat jetzt verschiedene Vorschläge gemacht, unter anderem eben jene, die Johannes vorhin ausgeführt hat, wonach sich die Stadt in Zukunft an den Standards des Kantons orientieren soll. Das ist für uns eine inakzeptable Richtschnur. Es gibt keinen einzigen Grund, warum wir in der Stadt unseren Handlungsspielraum ohne Not freiwillig einschränken und uns der kantonalen Politik unterordnen sollten. Denn, wenn wir das tun, führt das logischerweise zu einem Leistungsabbau vor allem im Sozialbereich. Und es geht ja darum, dass wir hier drin selbst entscheiden, was es bei uns braucht und das entsprechend miteinander diskutieren und aushandeln. Und falls solche Ideen Mehrheiten finden sollten, dann wollen wir aber nie mehr das finanzpolitische Argument hören, dass wir sparen müssen, weil sonst der Kanton komme und uns verwalte und dass wir selbst nichts mehr zu sagen hätten. Wir bitten euch deshalb, den Eckwert zu streichen. Dann haben wir noch eine Planungserklärung eingereicht zum Gesundheitsschutz und zur Prävention beim städtischen Personal. Wir haben das bei etwa allen Delegationsbesuchen dieses Jahr auch wieder gehört. Das Personal ist sehr unter Druck. Es hat extrem viele krankheitsbedingte Ausfälle. Der Gemeinderat hat das Problem erkannt und ist zwar daran, das anzupacken. Wir spüren aber nicht so ganz heraus, wie prioritär das angepackt wird. Und wir finden, es sei auch in der Verantwortung des Stadtrats, dem Nachdruck zu verleihen. Darum bitten wir euch, die Planungserklärung mit zu überweisen. Dann zur Investitionsplanung und der Schuldenfrage: Wir befürworten auch den Antrag 33 aus der FIKO, der eben einen Vorschlag für die Priorisierungsdiskussion mitverlangt, dass wir mit dem Gemeinderat und hier drinnen anfangen, die Diskussion zu führen. Wir sind sehr gespannt auf die Diskussion und helfen hier sehr gerne mit. Unseriös finden wir aber alle Anträge, die auf den Selbstfinanzierungsgrad abzielen, so wie sie uns vorliegen, nämlich mit

fixen Zahlen, bei denen völlig unklar ist, wie diese zustande gekommen sind. Das ist erstens völlig unrealistisch, dass das so auf die Schnelle umgesetzt werden kann. Und zweitens würde das zu einer völlig unnötigen und massiven Sparpolitik führen, die wir vehement ablehnen. Dann zum Antrag der AL betreffend Steuererhöhung. Die GB/JA!-Fraktion verschliesst sich dieser Diskussion grundsätzlich nicht. Der Haushalt ist aber stabil und der Handlungsspielraum ist im Moment vorhanden. Falls das irgendeinmal nicht mehr so sein sollte und aufgrund von Notwendigkeiten, zum Beispiel, wenn wir zum Schluss kommen, es brauche jetzt so und so viel Geld für die Bekämpfung der Klimakrise, dass man dort mehr einstellen müsse, sind wir gerne bereit, die Diskussion zu führen. Wir finden aber, es braucht zuerst ein Preisschild und vor allem Verwendungszwecke und nicht einfach irgendeine Zahl, die jetzt im Moment vorliegt, um zu finden, dass jetzt nicht der Zeitpunkt ist, über Steuererhöhungen zu diskutieren. Dann noch zu den neuen FISBE-Steuerungsinstrumenten: Auch wir bedanken uns ganz herzlich bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die Umsetzung dieser ganz vielen neuen Instrumente. Wir müssen uns, glaube ich, alle noch daran gewöhnen und einen guten Umgang damit finden. Wir stützen aber den Antrag, der Verbesserungen am neuen AFP-Instrument verlangt, indem man dort auf die Produktegruppenebene heruntergeht. Wir sind sehr gespannt auf die heutige und vielleicht auch nächstwöchige Budgetdebatte. Wir werden das Budget annehmen, unabhängig von den Korrekturen, und wir werden den AFP neutral zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die SP/JUSO-Fraktion – ein zweigeteiltes Votum – Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Das Wichtigste zuerst: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt das Budget 2024 sowie den Aufgaben- und Finanzplan des Gemeinderats. Die Stadt Bern bleibt eine lebenswerte und solidarische Stadt mit gutem Service public. Die Meinungen, wie es finanziell um die Stadt steht, sind offensichtlich sehr unterschiedlich. Einige Fraktionen haben über 80 Anträge eingereicht. Viele dieser Anträge können wir schon nur wegen der Qualität und der Orthografie nicht ernst nehmen. Es ist nicht seriös, noch viele Anträge zu stellen, über die wir schon einmal entschieden haben, ja sogar solche, über die die Bevölkerung schon entschieden hat. Unsere Fraktion hat Fakten angeschaut und Prioritäten gesetzt. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt alle Rückweisungsanträge ab. Wir haben absolut kein Verständnis für Massnahmen, die Bildung, Klimaschutz, Chancengleichheit oder den Service public schwächen. Wir befinden uns aktuell in einer Kaufkraftkrise. Während die Kosten für Nahrungsmittel, Krankenkassenprämien oder Mieten steigen, hinken die Löhne und die Renten hinterher. Viele Leute sind deshalb in ihrer Existenz bedroht oder drohen, in die Armut abzurutschen. Die Chancenungleichheit in den Schulen ist grösser geworden. Die physische Gesundheit vieler Leute hat gelitten. Die Kluft zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Das Mass all dieser Auswirkungen lässt sich im Moment erst erahnen. Für uns ist klar, dass wir reagieren müssen, und das machen wir sicher nicht mit einem Sozialabbau. Alle Anträge, die zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten führen, lehnen wir ab. Jetzt, wo die Angestellten zunehmend unter Druck sind, wollt ihr die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Wie kann man nur auf so etwas kommen? Was wir machen müssen, ist das Gegenteil: Es müssen Massnahmen für die Gesundheitsprävention, den Gesundheitsschutz und die Entlastung der Angestellten ergriffen werden. Den entsprechenden Antrag werden wir annehmen. Wir danken an dieser Stelle allen Angestellten der Stadtverwaltung für ihre Arbeit. Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass man eine nachhaltige Finanzstrategie braucht, damit

man langfristig autonom die Chancengleichheit und die soziale Sicherheit der Leute stärken kann. Bern wächst und ist entsprechend mit Herausforderungen konfrontiert. So haben wir einen hohen Investitionsbedarf mit vielen Infrastrukturprojekten, zum Beispiel beim Unterhalt von Brücken, Verkehrsinfrastrukturen oder Grünanlagen, nicht zu vergessen, der Bedarf an geeignetem und gutem Schulraum, um den steigenden Schüler*innenzahlen zu begegnen. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs und bei dem positiven Rechnungsabschluss der vergangenen Jahre ist ein Defizit von rund 40 Millionen Franken aus unserer Sicht zu verantworten. Darum ist es auch nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuererhöhung. Mit diesem Budget sind viele wichtige Investitionen verbunden, die aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion dringend notwendig sind. Wir tragen darum das Budget 2024 des Gemeinderats mit. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Chancengleichheit ein und für gute Bildung. Wir unterstützen Massnahmen gegen häusliche Gewalt, Diskriminierung und Rassismus für eine lebenswerte und solidarische Stadt, die Investitionen in die künftige Generation jetzt an die Hand nimmt. Ich übergebe jetzt das Wort Ingrid, die noch mehr zu unserer Haltung betreffend Investitionsplanung und den FIKO-Anträgen sagen wird.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Barbara hat schon ganz viel gesagt. Ich glaube, das Gebot der Stunde ist wirklich wirtschaften mit den bestehenden Mitteln, um das hohe Niveau des Service public halten zu können. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir aber ganz sicher auch mit diesen beschränkten Geldern, die wir haben, in die Zukunft investieren müssen, das heisst eben auch, Massnahmen für den Klimaschutz und für die Digitalisierung in Angriff zu nehmen. Das Ganze wird aber nur möglich sein, wenn es uns auch gelingt, die Infrastrukturkosten und die Investitionskosten zu priorisieren. Ich glaube RGM hat ein beachtliches Niveau an Leistungen, an Lebensqualität in den vergangenen 20 Jahren erreicht. Bern ist Wirtschaftsmotor Nummer 3 in der Schweiz und ich glaube, wir alle können uns darüber freuen, dass das Niveau wirklich so hoch ist. Um es vorwegzunehmen, die Fraktion ist, das hat meine Kollegin gesagt, klar der Meinung, dass das hohe Dienstleistungsniveau der Stadt gehalten werden muss, dass wir aber zugleich auch Investitionen in die Zukunft machen müssen. Das wiederum bedingt, dass wir mit dem bestehenden Geld versuchen, das Optimum herauszuholen, dass wir eben auch versuchen, die Leistungen zu halten, Investitionen zu machen und uns genau überlegen, wie wir mit diesen hohen Anforderungen, auch an die Investitionsplanung, umgehen. Für die weitere Entwicklung der Stadt bleibt ein ausgeglichenes Budget absolut zentral. Der Umgang mit dem Budget und der Investitionsplanung ist demzufolge kein Selbstzweck, obwohl es natürlich sehr herausfordernd ist, Bestehendes zu halten, in Neues zu investieren, sprich: Klimawandel, Klimaanpassung, Digitalisierung, wachsende Bildungskosten, steigende Lebenskosten. Es muss wirklich auch darum gehen, dass wir es schaffen, den grossen Bedarf im Bereich Investitionen in den Griff zu bekommen. Die aktuelle Aufgaben- und Finanzplanung zeigt ganz klar, dass wir es in den nächsten Jahren in keiner Art und Weise schaffen, die wichtigsten Kenngrössen unserer selbst gesetzten Finanzplanung zu erreichen. 1,4 Milliarden Investitionskosten über einen Zeitraum von 7 oder 8 Jahren überschreiten die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten ganz klar um ein Mehrfaches. Das heisst, das Volumen der Neuverschuldung ist nicht zu bewältigen und schränkt mittelfristig den politischen Handlungsspielraum ein. Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen in der FIKO in diesem Zusammenhang ein Kränzchen winden. Die FIKO hat sich das sehr genau angeschaut und hat darum auch versucht, eine Lösung zu finden beziehungsweise eine Analyse zu machen und herauszufinden, wie man damit umgeht. Und in diesem Sinn folgt die Fraktion SP/JUSO auch der Mehrheitshaltung der FIKO, die klar sagt, dass es

eine substanzielle Überprüfung der Investitionen braucht, der Eigenfinanzierungsgrad erhöht werden muss. Wir sind aber ganz bewusst so verblieben, dass wir in der Mehrheit gesagt haben, wir wollen keine klaren Vorgaben machen, keine klaren Sparvorgaben. Und die Fraktion wird dem auch folgen. Wir wollen auch nichts zur Erhöhung der Steuern sagen, wir wollen nichts zu den Sparpaketen sagen, wir sind der Meinung, dass es mit dem jetzigen Geld reichen sollte, wenn wir entsprechend wirtschaften, aber auch versuchen, die Neuverschuldung in den Griff zu bekommen. Die SP/JUSO-Fraktion ist darum ganz der Meinung der Mehrheit der Finanzkommission. Es gibt keine kurzfristigen Anpassungen des städtischen Budgets, und wir sind klar der Ansicht, dass die geplanten Ausgaben für Städtebau, Infrastruktur und Service public nicht gekürzt werden können, dass es aber zusätzlich noch kleinere Investitionen, selbstverständlich in die Klimaanpassungen und die Digitalisierung, braucht. Es ist jedoch auch klar, dass die geplanten 1,4 Milliarden Investitionen in dieser Form nicht umgesetzt werden können. Stichworte sind Staffelung, Priorisierung, aber auch die Rückmeldung der TVS, die klar sagt, dass das Personal für die Umsetzung aufgrund des Fachkräftemangels gar nicht vorhanden ist. Investitionen von über 140 Millionen im Jahr sind darum eigentlich nicht möglich. Wir haben einen zu tiefen Eigenfinanzierungsgrad und müssen uns überlegen, wie wir die Investitionen wirklich auch staffeln. Die FIKO und damit auch die Fraktion verlangen eine klare Priorisierung dieser Infrastrukturinvestitionen durch den Gemeinderat, möchten aber wie bereits gesagt, zum jetzigen Zeitpunkt keine finanziellen Vorgaben machen, um das gesagt zu haben. Vielleicht einfach: Es war ganz wichtig, dass wir dem Gemeinderat wirklich auch vertrauen, dass er in der jetzigen Situation gemeinsam einen Weg findet, wie er diese Investitionen priorisieren kann und auch staffeln, damit das Budget einigermaßen im Lot bleibt. Nachdem ich das gesagt habe, komme ich zu den eigentlichen Anträgen. Wie meine Vorrednerin gesagt hat, lehnen wir alle Rückweisungsanträge 1 bis 6 zum Budget ab. Das gleiche gilt auch für die Reduktion des Stellenabbaus im Budget 2023, das heisst, die Anträge 7 und 8. Wir möchten in der Zeit der steigenden Krankenkassenprämienteuerung den Service public halten und minimale Investitionen in die Digitalisierung und die Klimaanpassungen ermöglichen. Die Fraktion lehnt zudem eine Erhöhung des Steuersatzes klar ab. Dasselbe gilt auch für Kürzungsvorschläge des Budgets. Die Fraktion nimmt den Vorschlag der FIKO an und streicht den strategischen Eckwert in der Finanzplanung, der potenziell zu einem ungewollten Leistungsabbau führen könnte. Ebenfalls lehnt die Fraktion weitere Eckwerte für Entlastungsmassnahmen zum jetzigen Zeitpunkt ab. Das sind die Anträge 15 bis 26, eingeschlossen ist auch der Vorschlag, das Moody's-Rating zu liquidieren. Das macht keinen Sinn, sondern führt eigentlich dazu, dass die Stadt mehr für ihre Schulden zahlen müsste. Wir stimmen dem Vorschlag der FIKO zu, Projekte im Budget erkennbar zu machen –

Präsident: Bitte, komm zum Schluss.

Ingrid Kissling-Näf fährt fort: Ich bin fast fertig. – als Projekt kenntlich zu machen und zu genehmigen. Wir lehnen auch Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ab und nehmen aber, und das ist der zentrale Antrag, nehmen Antrag 33 an. Damit folgt die Fraktion wirklich auch der FIKO und verlangt eine klare Priorisierung der Investitionen ab 2025 ganz im Sinn der Sache und auch im Glauben und Vertrauen darauf, dass der Gemeinderat gemeinschaftlich und zusammen die Priorisierung wird vornehmen können. Ebenfalls verlangen wir –

Präsident: Ich muss hier abbrechen. Du hast mehr als 30 Sekunden überzogen.

Ingrid Kissling-Näf: Okay, gut. Merci.

Präsident: Als nächstes kommt Dolores Dana für die FDP/JF-Fraktion.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion: Ich danke zuerst einmal der Verwaltung für die Arbeit und ich danke auch dem Referenten der FIKO für das ausgewogene Vorstellen der Meinung der FIKO. Die FDP/JF-Fraktion hat hier ganz klar eine andere Rolle. Bei dem Budget 2024 und dem Aufgaben- und Finanzplan, den wir vor uns haben, ist einem entweder zum Weinen oder zum Lachen. Zum Weinen, weil es eine Katastrophe ist, zum Lachen aus Schadenfreude, weil wir in dem recht bekommen, was wir seit Jahren predigen. Auch wenn wir recht bekommen, ist uns mehr ums Weinen. Schliesslich wohnen wir alle in dieser Stadt und sitzen im gleichen Boot. Es trifft uns alle. Wir haben vorliegend ein Budget und einen AFP eines linken Gemeinderats, der unter den gegebenen Umständen vernünftiger ist als das, was heute das rot-grüne Parlament durchwinken wird, oder ein Gemeinderat, der zumindest so tut, als wäre er vernünftiger, weil er vielleicht auch hofft, dass vieles gekehrt wird und er die Verantwortung auf die Stadträte abschieben kann. Wir haben eine rot-grüne Mehrheit, die sich seit 30 Jahren wie eine Opposition aufführt, ein richtiges Rumpelstilzchen, und ihre Gemeinderäte durch das Dorf treibt. Wir haben einen Gemeinderat, der selten so schwach war, einfach hilflos agiert, sich hinter Floskeln versteckt und hofft, dass der Sturm vorüberzieht. Wir haben eine Direktion, die vor allem die Klientelismuspolitik betreibt, aber ihr Kerngeschäft nicht im Griff hat, ein Präsidialamt, das verwaltet, und dessen einziger Wurf in 8 Jahren eventuell eine Fusion mit Ostermundigen ist, einen Finanzdirektor, der angezählt ist und auch nicht breit gestützt wird, und seit er kommuniziert hat, dass er mit gutem Beispiel vorangehen will und mit 63 in Pension geht, als «lame Duck» gilt. Wir haben die grösste Partei hier im Rat, die merkt, dass es langsam, aber sicher ans Lebendige geht. Und zumindest bei einigen ist angekommen, dass auch die SP in der Verantwortung steht und sich nicht mehr hinter anderen verstecken kann. Wir haben ein GB – um das Zitat von Peter Bodenmann zu brauchen: Die Grünen fantasieren über eine Zukunft, zu der sie nichts beitragen. Ich ergänze das Zitat: Sie tragen nichts bei, ausser dass sie sich empören und faktenresistent sind, zumindest bei den Finanzen, die seit Jahren im Gemeinderat sitzen, sich tagein, tagaus über den Gemeinderat beschweren, ausser über die eigene Gemeinderätin, und ohne etwas beizutragen, sich über die Jahresrechnungen beschweren, wenn sie besser herauskommen. Wir fragen uns schon lange, was eigentlich das GB im Gemeinderat macht, wenn es nicht die Verantwortung übernimmt und so tut, als wäre es nicht Mitglied des Gemeinderates. Fakt ist, dass nicht eines der finanzstrategischen Ziele erreicht wurde, dass wir uns noch mehr verschulden und dass wir mehr Zinskosten haben werden. Hat das Konsequenzen? Nein, es ist vielmehr so, dass, weil man die Ziele nicht erreicht, man sie ganz abschaffen will. Die finanzpolitischen Ziele sind nicht aus dem Tierbuch. Die Logik im Rat ist aber: Wenn man das Ziel nicht erreichen kann, schaffen wir es einfach ab. So logisch wie: Wenn ich mich nicht an die Verkehrsregeln halten will, schaffe ich sie ab. Es ist klar, dass wir diesen Antrag ablehnen werden, genauso wie den Moody's-Antrag. Man kann schon von einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft träumen. Bis jetzt hat es einfach keine überlebt. Sowieso sind wir für eine Rückweisung des Budgets 2024. Es ist dem Gemeinderat und dem Stadtrat, dem Volk ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Wir werden den Antrag 3 der SVP ablehnen, der eine Steuersenkung will. Wir können alle träumen, aber das ist unter den gegebenen Umständen etwas für die Märchenstunde und wir haben auch noch den Antrag 9 mit dieser Steuererhöhung, die

eben eine Steuererhöhung verlangt. An die Adresse der Verfasser: Die Stadt hat seit Jahren höhere Steuereinnahmen. Wir haben ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Ihre Logik ist: mehr einnehmen und dafür mehr ausgeben, beispielsweise für die Heizkosten. Was die Reitschule angeht oder die Streichung des Eckwerts, dass die Stadt bei ihren Leistungen in der Regel nicht über den kantonalen Standard gehen soll – das wäre Antrag 14 – merkt ihr es? Es bleibt genau gleich viel übrig beziehungsweise genau gleich wenig. Ihr rechnet ohne Marge. Das schlecken keine Ziegen weg. Wir haben ein Ausgabenproblem. Euer Antrag machte nur Sinn, wenn man weniger ausgeben würde, aber ihr geht ja genau in die andere Richtung. Wir haben einen Antrag 8 gestellt, dass der Personalausbau nicht so stattfinden soll. Der Ausbau des Personals steht in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum, egal ob er drittfinanziert ist oder nicht. Dabei hätte man sehr gut gewisse Sachen verschieben können – wie beispielsweise den Betreuungsschlüssel. Alles in dieser Stadt wird verschoben, ausser es ist etwas aus der BSS. Ohne Not wird das sofort umgesetzt. Erstens: Ihr werdet die Leute gar nicht finden. Zweitens: Es hätte niemandem wehgetan, wenn wir jetzt noch ein Jahr gewartet hätten. Wir haben hier auch klar den Verdacht, dass das extra so ist. Sie werden das nicht umsetzen können und die nächste Rechnung sieht besser aus, weil der Gemeinderat weniger ausgegeben hat. Das heisst dann wieder: Wir haben gespart. Nicht die Bohne habt ihr. Ihr habt bewusst zu hoch budgetiert. Wir haben klar den Verdacht, dass es System hat, höher zu budgetieren, damit kann man es nicht erreichen kann. Und bei der Jahresrechnung steht ihr dann gut da. Hier gebe ich dem GB recht. Sollte das GB konsequent sein, müsste es das Budget zurückweisen. Alle Anträge, die das Haushaltsverbesserungspaket ab 2025 verlangen, werden wir unterstützen. Die Planung des roten Gemeinderats ist desaströs, aber seine Nachfolger sollen dann ein Jahr Ruhe haben. Die Begründung, wieso 2025 nicht schon ein Paket kommen soll, ist sehr dünn und auch nicht logisch. Sparen sollte bei dieser Situation eine Daueraufgabe sein und sich nicht nach den Wahlen richten. Dafür ist nämlich der Gemeinderat auch gewählt worden. Die Anträge zum Personal und vor allem zur Vertrauensarbeitszeit ab Lohnklasse 26 bitten wir zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass Kadermitarbeitende, die sehr gut entlohnt werden und viele andere Vorteile haben, wie dass beispielsweise Zweidrittel der PK-Beiträge vom Arbeitgeber gezahlt werden, noch stempeln dürfen. Das widerspricht jeglicher Logik und hält auch keinem Vergleich stand. Im Übrigen haben wir hier den Gemeinderat schon einmal aufgefordert, dass er endlich die X Personaldienste zentralisiert. Er weigert sich seit Jahren standhaft und jede Direktion kocht ihr Süppchen und hat alles ausser Transparenz. Im Personalamt herrscht Blindflug. Wie soll man denn seriös planen? Sie müssen das nehmen, was von den Direktionen geliefert wird. Um ein ähnliches Thema geht es auch in unserem Antrag zum Pilotprojekt. Selbst Frau Gemeinderätin Teuscher hat hier im Rat erklärt, sie wolle kein Pilotprojekt zur Kokainabgabe durchführen, weil man schlichtweg die Ressourcen nicht habe. Und auch wenn man die Leute dafür nicht hat, wird das hier durchgedrückt. Die Stadt Bern ist ein Versuchslabor für rot-grüne Ideen. Leider sind die immer sehr teuer. Lasst die Verwaltung endlich ihre Arbeit machen und beübt sie nicht noch mit solchen Projekten, die extrem viele Ressourcen brauchen. Der Mehrwert – oder eben nicht – wird oftmals gar nicht einmal da sein. Es ist ein Antrag, der uns sehr am Herzen liegt, und zwar nicht nur mir, sondern auch Ostermundigen, den Wirtschaftsverbänden und den Steuerzahlern. Wir wollen eine Planungserklärung des Stadtrats, dass die nächsten 4 Jahre der Steuersatz 1,54 bleibt. Dieses Zeichen ist viel stärker als ein AFP aus der Feder des Gemeinderats. Wenn der Stadtrat dieser Planungserklärung zustimmt, hat das eine viel stärkere Wirkung in der Bevölkerung und auch gegenüber dem Gemeinderat. Selbst die SP, sonst nicht berühmt für ihre positive Steuerrhetorik, macht

Ostermundigen die Fusion mit tieferen Steuern schmackhaft. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die SP macht Werbung für tiefere Steuern. Seid also ehrlich und lasst den Worten auch Taten folgen und stimmt diesem Antrag zu. Ich habe vorhin sehr gut zugehört, was die Fraktionspräsidentin gesagt hat, dass es nicht der richtige Zeitpunkt für eine Steuererhöhung sei. Das heisst, dieser wird wohl später kommen, dieser richtige Zeitpunkt. Und deshalb muss man hier ein Zeichen setzen, dass das eben nicht so ist. Hier noch eine Bemerkung an diejenigen, die meinen, die Finanzen seien gerettet, wenn man Investitionen priorisiert. Das kann bis zu einem gewissen Grad stimmen, aber das Problem sind wiederkehrende Kosten oder anders gesagt, die Betriebskosten. Und hier leben wir über unseren Verhältnissen. Wir haben keine Marge. EWB, PK und der Fonds sind heute kein Thema. Schade. Das wäre nämlich auch ein abendfüllendes Thema. Habt ihr euch mal die Altersstruktur angesehen – Versicherte und Aktive? Habt ihr gesehen, dass der Ertrag des Fonds in den Jahren 2024 folgende massiv zurückgeht. Es hat keine Bewertungsreserven mehr. Themen, die sehr wichtig sind, aber hier einfach kein Thema sind. Und diese Baustellen, die kommen noch. Bref: Wir sind für eine Rückweisung des Budgets, damit der Gemeinderat seine Hausaufgaben macht und ein ausgeglichenes oder zumindest besseres Budget vorlegen wird. Werden unsere Anträge nicht angenommen, werden wir das Budget ablehnen und den AFP negativ zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Punktlandung. Merci vielmals, Dolores. Dann kommt als nächstes Milena Daphinoff für die Mitte-Fraktion.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Uns liegt erneut ein defizitäres Budget vor. Wir danken an erster Stelle einmal der Verwaltung für ihre Arbeit. Das soll hier auf keinen Fall vergessen gehen. Meine Vorrednerin hat eigentlich alles ausgeführt, was es inhaltlich zu sagen gibt. Ich möchte aber trotzdem noch einmal einen kurzen Abriss geben: Die Investitionen können durch die Stadt auch im Jahr 2024 zum grossen Teil nicht selber finanziert werden. Nach wie vor muss die Stadt grosse Investitionsausgaben für den Werterhalt bestehender Infrastrukturen und für notwendige Neuinvestitionen tätigen und wegen der ungenügenden Selbstfinanzierung haben wir auch in den kommenden Jahren wieder jährlich Finanzierungslücken von 90 bis 120 Millionen Franken. Ihr seht: steigende Ausgaben, zusätzliche Belastung durch Investitionen, trotz Sparprogramm FIT ein tiefrotes Budget. Es droht wieder ein Bilanzfehlbetrag. Warum das nächste Haushaltsverbesserungspaket erst ab 2026 in Kraft treten soll, ist ein Rätsel. Und wie man munter weiter Stellen und Ausgaben ausbauen kann, ist ebenfalls unverständlich. Es ist ja nicht so, dass wir den Bedarf an neuen Stellen und Ausgaben grundsätzlich infrage stellen. Es gibt Stellen, die aufgrund des Bevölkerungswachstums oder neuer Infrastrukturen wie einer Schwimmhalle schlicht und ergreifend nötig sind. Und dasselbe gilt auch für gewisse Ausgaben, die wir als wichtig und richtig erachten. Was dann aber sauer aufstösst und einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt, ist die Tatsache, dass null Anstrengungen unternommen werden, die Aufgaben und Ausgaben direktionsintern zu kompensieren, denn, wenn die Kasse leer ist und man etwas Neues braucht, dann geht man eigentlich grundsätzlich über die Bücher und probiert mit dem Bestehenden zu arbeiten, wenn nicht mehr drin liegt. Das heisst priorisieren. Und wir sind sehr froh, dass auch die FIKO das Priorisieren jetzt für den Gemeinderat zur Prio 1 gemacht hat, denn die Eigenfinanzierung, die muss steigen. Das ist wie beim Klötzli-Spiel, oder? Irgendwann kracht der Turm sonst einfach zusammen. Und das habe ich auch schon im Frühling gesagt, als man die Debatte hatte: Das Mantra von RGM ist ein bisschen: Jusu' ici tout va bien. Aber irgendwann sagt er eben im Fall: L'important

c'est pas la chute, c'est l'atterrissage. Und wenn ihr jetzt merkt, dass ich wieder ein bisschen bei der Argumentation vom Frühling lande, und bevor ich mir den Mund mit Details fusslig rede. – Oder, mit diesen Budgetdebatten ist es eigentlich ein bisschen wie mit dem Film «Und täglich grüsst das Murmeltier». Die Älteren unter euch kennen die Geschichte vielleicht noch. Bill Murray erwacht jeden Morgen und erlebt den gleichen Tag noch einmal. Er sitzt quasi in dieser Zeitschleife fest, bis er als geläuterter Mann sein Leben fortsetzen kann. Und uns hier im Stadtrat geht es doch eigentlich genau gleich: Jedes Jahr erleben wir im September die gleiche Diskussion. Und ich versuche jetzt auf Kraftausdrücke zu verzichten, aber es fängt wirklich immer wieder von vorne an: Eine gleiche Ausgangslage, ein bisschen veränderte Parameter, noch ein bisschen mehr Investitionen, noch ein bisschen mehr Fremdverschuldung und immer wieder hat man die Chance, das noch einmal zu erleben und vielleicht jetzt, da es wieder von neuem anfängt, ein bisschen etwas zu verändern. Aber hey, man verpasst es und nachher fängt es wieder von vorne an. Kein Wunder, liebe linke Seite, dass viele dieser Budgetanträge euch so vertraut vorkommen. Viele von ihnen sind wirklich auch vom letzten Jahr. Verändert hat sich am Set-up schliesslich wenig. Also: neue Zahlen, gleiche Argumentation, neuer Anlauf auch von unserer Seite. Das Murmeltier lässt grüssen. Aber damit wir jetzt nicht auf immer und ewig in dieser Zeitschleife festsitzen, habe ich euch einen Wecker mitgebracht. Den stelle ich jetzt auf Fünf vor Zwölf, denn das ist es wirklich. Aber wartet, vielleicht sollte ich ihn noch ankleben. In der heutigen Zeit wäre das vielleicht ein bisschen zeitgemässer. Aber da wir hier in Ostermundigen sind, sollte man das vielleicht doch nicht machen, damit Thomas Iten nicht wütend wird darüber, dass wir Berner auf dem Rednerpult einen Wecker ankleben. Ich habe noch einen gemalt. Auch der ist auf Fünf vor Zwölf gestellt. Es geht jetzt wirklich nicht mehr weiter. Wir werden das Budget an den Absender zurückweisen, und zwar so lange, bis der Wecker endlich anders eingestellt ist. Wir wissen, bei anderen ist immer Happy Hour, aber für uns ist es Fünf vor Zwölf. Besten Dank.

Milena Daphinoff klebt das Bild eines Weckers an das Rednerpult.

Präsident: Danke vielmals. Ich bitte alle Stadträtinnen und Stadträte, sich daran zu halten, dass es eine Wortdebatte ist, und auf Symbole zu verzichten, das speziell am Rednerpult. Das steht so im Reglement.

Milena Daphinoff: Ich glaube, der nächste Redner darf hier den Bildersturm wagen. Ist das okay?

Präsident: Nein, bitte nimm es wieder mit, fairnesshalber, damit alle die gleiche Ausgangslage haben. Merci vielmals. Als nächstes kommt Raffael Joggi für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion nimmt das Budget emotionslos zur Kenntnis. Wir haben jetzt schon viel über die Schwierigkeiten, Herausforderungen und die Chancen gehört. Wir werden uns auf jeden Fall auf unsere eigenen Anträge konzentrieren. Und diese betreffen zum Teil vor allem auch die Finanzstrategie. Es wurde hier schon mehrfach Moody's Rating erwähnt. Ich habe Freude, dass die Resonanz so gross ist. Insbesondere dem FIKO-Sprecher danke ich, dass er extra darauf eingegangen ist. Ich muss sicher noch ein paar Sachen klarstellen. Es ist uns bewusst, dass man so ein Rating brauchen kann und dass es sinnvoll ist für die Stadt Bern, wenn sie Kapital aufnimmt, damit das mit möglichst tiefen Zinsen passiert, aber was wir hier

fordern, ist, das Label «Moody's Rating», das immerhin ein Marketing-Begriff einer kommerziellen Firma ist, aus einem Papier einer Stadt, einer öffentlichen Institution, die zuoberst eine Strategie hat, herauszunehmen. Stellt euch einmal vor, was passieren würde, wenn im nächsten halben Jahr Moody's findet: Ah, wir wollen unser Produkt anpassen. Das AA-Rating, wie es jetzt quasi festgeschrieben ist in unserer Strategie, wird geändert und ist vielleicht nur noch das drittbeste, anstatt das zweitbeste Rating. Was machen wir dann? Ist unsere Finanzstrategie obsolet? Müssen wir nächstes Jahr quasi ihren Marketingplan studieren und das nachher neu verfassen? Wir schlagen vor, man könnte zum Beispiel den Beschrieb nehmen, der nebendran steht. Dort steht: Eine Stärkung der Kapitalbasis und Erhöhung der Risikofähigkeit wird angestrebt. Das ist ja dasselbe. Wir müssen uns nicht irgendwie auf einen Marketing-Begriff stützen. Das ist tatsächlich eine relativ formale Sache. Aber ich sehe, Ihr habt das Gefühl, die AL/PdA möchte damit hier und jetzt den Kapitalismus überwinden. Wenn es so einfach wäre, ja. Aber es geht hier tatsächlich ein bisschen um Darstellungsfragen. Wir laden euch ein, den Antrag 21 anzunehmen. Noch besser wäre, wenn ihr die Finanzstrategie ganz ablehnen würdet. Und tatsächlich haben wir das Gefühl, Sätze wie «Eine nachhaltige Finanzpolitik ist daher Grundlage jeglichen politischen Handelns» oder ein anderer Satz wie «Jeder Haushalt, ob privat oder öffentlich, kann über eine längere Zeitperiode nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt» Wer jetzt an Ueli Maurer an der 1.-Augustrede gedacht hat, liegt falsch. Das ist tatsächlich die Präambel dieser Finanzstrategie, bei der wir uns fragen: Ist es wirklich die Grundlage jeden politischen Handelns einer rot-grünen Stadt, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben? Wahrscheinlich nicht, oder? Also, daher ist es so ein bisschen sinnbildlich für das Papier. Es steht dort weiter: «Um die zuständigen Organe bei einer nachhaltigen finanzpolitischen Steuerung zu unterstützen, braucht es einen langfristig gültigen Plan mit verbindlichen Eckwerten.» Verbindlichen Eckwerten. Verfolgen wir die Eckwerte verbindlich? Nein. «Werden für die finanzpolitischen Steuerungsbereiche definierte Ziele erreicht» – definierte Ziele - «hat dies einen positiven Einfluss auf die Kreditwürdigkeit und die zukünftigen Fremdkapitalkosten.» Womit wir wieder beim Moody's-Thema wären. Aber erreichen wir die Ziele? Wir haben heute schon gehört, dass nicht. Also: Entweder ist das Ding wirkungslos und dann ist es egal, ob wir es erreichen oder nicht. Oder es ist völlig fehlgeplant. In jedem Fall würden wir sagen: Schreibt die Finanzstrategie neu oder wir lassen sie doch eigentlich weg. Es ist irgendwie eine Zwängerei und gibt tatsächlich der bürgerlichen Debatte Rückenwind, indem man dann wieder sagen kann, dass die Stadt Bern ihre Finanzstrategie nicht erfüllt. Was ist denn da los, wieso geben wir uns das überhaupt? Wir empfehlen euch, den Antrag 38 als Planungserklärung anzunehmen. Jetzt einer für die AL Bern, nicht für die Fraktion: Die vielzitierte Anhebung der Gemeindesteuer. Es geht darum, die Steueranlage von 1,54 auf 1,7 zu erhöhen. 1,7 wäre der kantonale Durchschnitt über alle Gemeinden. Wir sind also unterdurchschnittlich mit unserer Steueranlage. Im Gegenteil, es ist der Kanton, der allenfalls einschenkt, nicht einmal die rot-grüne Stadt. Wie auch immer, die Steuerverwaltung war so freundlich, uns vorzurechnen, dass es etwa 50,8 Millionen erwartete Mehreinnahmen generieren würde, also einen staatlichen Betrag. Das sei einmal so in den Raum gestellt. Es ist klar, wenn man eine Spardebatte führt, gehört eigentlich auch die Einnahmenseite dazu. Das Gegenteil wurde von den Bürgerlichen behauptet. Aber es ziemt sich quasi nicht, die Frage der Einnahmenseite nicht auch zu erwähnen. Wir sind ganz klar der Meinung, dass die Einnahmen genauso gestärkt werden können, zumal es hier nicht unverschämt hohe Steuern sind. Und weiterhin haben wir das Gefühl, dass auch, wenn wir den Kapitalismus schon gerade nicht überwinden können, doch die Steuern inner-

halb dieses Systems als wesentlichster Teil im Instrumentarium der Umverteilung gesehen werden können. Der Kapitalismus neigt dazu, Reichtum so obszön zu verteilen, dass er es uns auf eine Art auch einfach macht, das Geld zu holen. Den meisten von euch ist sicher klar, dass man mit der geeigneten Steuerpolitik eigentlich die meisten finanziellen Probleme lösen könnte, denn es hat extrem viel Geld. Irgendwo liegt es, man müsste es einfach am richtigen Ort holen. Selbstverständlich leben wir in einem bürgerlichen Kanton und deshalb ist die Steuerprogression, um die es uns eigentlich gehen würde, natürlich denkbar schlecht. Es ist eine Kurve, die langsam abflacht. Und wer über 220'000 Franken pro Jahr verdient, zahlt nicht mehr entsprechend höhere Steuern. Es bleibt bei einem Steuersatz von 6,5 Prozent, wenn ich mich richtig erinnere. Wir würden selbstverständlich gerne die Progression anheben. Das ist heute Morgen im Grossen Rat gescheitert. Allerdings nur knapp – von der SP eingegeben. Vielleicht denkt es sich leichter, wenn das schwere Amt der Regierung nicht so auf einem lastet. Ich weiss es nicht. Aber im Grossen Rat geht zumindest steuerpolitisch etwas. Wir unterstützen das in jedem Fall und werden sicher auch nächstes Jahr einen Vorschlag für eine Steuererhöhung eingeben. Ist jetzt ein schlechter Zeitpunkt für eine Steuererhöhung? Auf eine Art ja, aber soll man es deswegen nicht machen? Wir finden nein, weil es wie gesagt tatsächlich eine Steuerprogression gibt, auch wenn sie im Kanton Bern nicht gut ist. Und es ist eine echte Umverteilung. Weil es mir aber nicht egal ist, dass Geringverdienende bei einer Steuererhöhung mehr Steuern zahlen müssten, wenn auch wenig, aber doch mehr, so empfehlen wir euch, bei Annahme einen Eventualantrag anzunehmen, und zwar Antrag 6 BSS, damit wir von diesen erwarteten 50 Millionen 10 Millionen für die Aufstockung des Globalbudgets des Sozialamts einsetzen können, um damit gemäss ihrem eigentlichen Grundauftrag, Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Armut ergreifen zu können. Damit soll die allfällige steuerliche Mehrbelastung der unteren Steuerklassen abgefedert werden. Wir empfehlen euch darum, den Antrag 9 selbstverständlich anzunehmen. Die AL/PdA-Fraktion unterstützt weitere FIKO-Anträge: selbstverständlich Nummer 12 bis 14. Mindeststandards für neue Aufgaben und Mindestanforderungen von neuen Beiträgen und Subventionen sollen sicher nicht am Kanton ausgerichtet werden. Noch einmal: Der Kanton ist ein bürgerlicher Kanton, wir sind eine linke Stadt. Das wäre einfach ungereimt und gehört nicht in einen Eckwert. Wir werden uns selbstverständlich der Streichung anschliessen. Nachher den Antrag 18 zur Umnutzung von bestehenden Gebäuden und Modulbauten können wir auch unterstützen. Antrag 27: Die offenen politischen Entscheide sollen im Budget explizit aufgeführt werden, Stichwort Kühlewil letztes Jahr. Das finden wir eine gute Idee. Wir unterstützen auch den Vorschlag für eine Priorisierung der Investitionen, allerdings gibt es dort zum Teil auch noch semantisch unterschiedliche Auffassungen. Eine Priorisierung ist für die AL-PdA-Fraktion zuerst einmal, eine Nummer hinter die einzelnen Investitionen zu setzen, diese aber nicht schon zu staffeln. Dafür sind wir selbstverständlich nicht. Wir wollen zuerst schauen: Gibt es überhaupt die Möglichkeiten, eine Priorisierung sinnvoll herzustellen? Also, ich sehe nicht, wie man riesige Projekte einfach mal kippen könnte, nur weil das Nümmerchen von 1 auf 2 gerutscht ist. Trotzdem: Den Vorschlag, dass man eine Priorisierung macht, finden wir gut und das mal dem Stadtrat zu unterbreiten, ist richtig. Nachher Antrag Nummer 34: Eine Onlineplattform für die Produktgruppen ist sicher ein guter Schritt. Auf dieser Ebene das Budget anschauen, die Planung anschauen zu können, wäre wesentlich. Und das ist, wenn wir das richtig sehen, auch versprochen worden. Wir unterstützen, dass das forciert wird. Und zuletzt auch noch Antrag 73 für Massnahmen für die Gesundheitsprävention in der Stadtverwaltung finden wir eine sinnvolle Massnahme. Diesen würden wir selbstverständlich unterstützen.

Präsident: Vielen Dank, Raffael. Dann kommt als nächstes Francesca Chukwunyere für die GFL/EVP-Fraktion.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Die Fraktion GFL/EVP wird dem Budget zustimmen und den Finanzaufgabenplan neutral zur Kenntnis nehmen, wenn beide hier im Parlament nicht noch bis zur Unkenntlichkeit zerzaust werden, sprich: noch massiv mit Zusatzwünschen überladen werden. Das heisst konkret: Wenn das Defizit im Budget mittels Anträgen um insgesamt mehr als 2 Millionen vergrössert wird, dann werden wir uns vorbehalten, das Budget abzulehnen oder uns mindestens zu enthalten. Der Gemeinderat hat einmal mehr versucht, den Fünfer und das Weggli zu liefern. Er legt uns nämlich ein Budget und einen AFP vor, die allen teils berechtigten und von unserer Fraktion durchaus inhaltlich mitgetragenen politischen Wünschen der Regierungsparteien mindestens ansatzweise gerecht werden. Er hat auf der Grundlage von Einnahmen, die man auf dem bestehenden Steuerfuss prognostizieren konnte, auch auf keine geplanten Investitionen verzichtet. Ein neues Sparpaket stellt er erst für 2026 in Aussicht. Böse Zungen vermuten dahinter ein wahltaktisches Manöver. Unter diesen Umständen erstaunt die Schaffung von 14 neuen Stellen vor allem darum – also freiwilligen neuen Stellen –, weil die, die in den letzten Jahren zahlreich neu geschaffen wurden noch nie daraufhin überprüft wurden, ob sie immer noch nötig sind und ihren Zweck tatsächlich erfüllen. Es ist folglich klar, dass das Defizit damit nicht kleiner wird, nicht kleiner werden kann. Wir haben darum gewisse Sympathien für die Forderung, ein neues Sparpaket bereits auf 2025 vorzulegen. Die Unzufriedenheit mit der Taktik des Gemeinderates manifestiert sich auch dieses Jahr wieder in einer Unzahl von Anträgen und Planungserklärungen. Die erschöpfen sich aber entweder in einem Kleinkrieg, etwa wenn es darum geht, Eckwerte für das Budget anders zu formulieren, oder sie wärmen bereits abgeschlossene politische Debatten für die Galerie und für die eigene Wählerschaft wieder auf wie zum Beispiel das Personalreglement, Tram Ostermundigen, Planung Gaswerkareal. Oder sie stellen Forderungen, die so weit über das Ziel hinausschiessen, dass von Anfang an klar ist, dass die Urheber nicht im Traum daran glauben, damit im Parlament eine Chance zu haben. Ich meine damit die Anträge der PdA und der AL. Oder sie stellen Forderungen, die auf einer Problemanalyse beruhen, die wir durchaus nachvollziehen können und für die wir Sympathie haben, speziell im Bereich der Detailberatung BSS, die das Budget aber definitiv zum Kippen bringen werden, ohne dass Vorschläge dazu gemacht werden, wie denn die dafür notwendigen Mehreinnahmen generiert werden können. Out of the box und in sich konsequent und kohärent ist einzig die Strategie der PdA und AL, wenn sie fordern, den Steuerfuss zu erhöhen, die Finanzplanung per se abzuschaffen oder sich nicht mehr an international gültigen Referenzen zu orientieren und gleichzeitig ihre Anträge in Millionenhöhe zur besseren Finanzierung von Projekten und Anliegen im Sozial- und Kulturbereich zu stellen. Meine persönliche Sympathie haben sie. Sie entspricht allerdings nicht ganz der Fraktion. Ich werde trotzdem dafür stimmen, auch wenn ich weiss, dass es keine Chance hat. Insgesamt ergibt sich das Bild eines Parlaments, das sich zwar der eigenen finanziellen Situation bewusst ist, gleichzeitig aber nicht bereit ist, Abstriche zu machen, vor allem dann, wenn es um den eigenen Garten geht, eines Parlaments, das sich auch nicht immer bewusst zu sein scheint, dass die Stadt Bern über eine hervorragende Lebensqualität verfügt, dass die Stadt Bern in vielen Belangen weit über die Vorgabe des konservativen Kantons hinausgeht, von dem wir halt in Gottesnamen politisch und juristisch Teil sind. Ich bin schon lange dafür, dass wir einen Halbkanton schaffen und dass das Pflegen dieser Oase halt etwas kostet. Uns scheint es in dieser

Lage unabdingbar, dass der Gemeinderat den Mut hat, stärker zu priorisieren und auch einmal Nein zu sagen. Projekte, die nicht zwingend sind, hinauszuschieben und damit unter Umständen der eigenen Klientel ein wenig auf die Füsse zu treten. Und wann, wenn nicht in einem Moment, in dem 3 Gemeinderatsmitglieder nicht mehr zur Wiederwahl stehen, wäre das besser möglich gewesen? Die FIKO hat in diesem Sinn einstimmig ein klares Zeichen gesetzt und erwartet vom Gemeinderat noch diesen Herbst eine Priorisierung der mittelfristigen Investitionen. Es kann nicht sein, dass die Neuverschuldung jährlich um 90 Millionen Franken zunimmt und der Selbstfinanzierungsgrad unter 40 Prozent liegt. Unsere Fraktion hat das schon im Votum zur Rechnung 2022 gesagt: Es braucht eine Priorisierung der Investitionen. Es braucht aber auch Ausgabendisziplin im laufenden Budget, wenn wir eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgen wollen. Und die Nachhaltigkeit ist der GFL/EVP-Fraktion nicht nur im Klima- und im Sozialbereich, sondern eben auch im Finanzbereich ein Anliegen. Wir fordern den Gemeinderat mit dem FIKO-Antrag auf, konsequent zu sein. Er kann nicht das Narrativ einer schwierigen finanziellen Lage aufrechterhalten und gleichzeitig so tun, man habe eine volle Kasse. Dabei geht es nicht nur um eine Verzichtsplanung, sondern auch um eine zeitliche Staffelung der Projekte. Sind denn alle Projekte so dringend, wie es in der Mittelfristplanung aussieht? Wir denken nicht. Die Neugestaltung des Waisenhausplatzes ist ein langjähriges Anliegen unserer Fraktion, aber sie ist nicht dringender als die Neugestaltung des Helvetiaplatzes. Wenn man das Projekt nach hinten verschiebt, ergeben sich allenfalls sogar Synergien mit einer Umnutzung der Metro-Parkhäuser. Bei der Schulhaussanierung ist zudem darauf zu achten, dass diese nicht jedes Mal durch den Denkmalschutz übermässig verteuert werden. Da werden wir in Zukunft genau hinschauen, auch wenn wir uns als Kulturpartei sehen. Andererseits finden wir es wichtig, dass es mit der Zentralisierung der Personaldienste vorwärtsgeht. Nur so kann man ein einheitliches Case Management einführen. Bekanntlich gibt es Unterschiede zwischen den Direktionen und teilweise hohe Absenzen. Das muss angegangen werden. Zur Konkretisierung des Antrags der FIKO stellen wir den Antrag, dass die Investitionen in den ersten 4 Planjahren um 10 Prozent gesenkt werden. Das scheint uns das Minimum, was wir erwarten können. Beim weitergehenden Minderheitsantrag der FIKO für eine Steigerung des Selbstfinanzierungsgrad auf 50 Prozent durch eine Verschiebung gewisser Projekten nach hinten sind wir nicht einheitlicher Meinung. Ich komme noch zu den einzelnen Anträgen. Die Rückweisung lehnen wir ab. Zu den Eckwerten: Wir folgen hier grundsätzlich dem Gemeinderat, der nach sich am kantonalen Standard orientiert. Es kann nicht sein, dass die Stadt überall dort einspringt, wo der Kanton seine Leistungen nicht erbringt. Beim Antrag 16 der GLP zum Entlastungsprogramm von 20 Millionen bereits 2025 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Es ist auch die Frage, ob das als Antrag bei den Eckwerten verpflichtender ist als Planungserklärung. Den FIKO-Anträgen 27 zur Transparenz beim Einbezug der Geschäfte, zu denen noch eine Volksabstimmung ansteht, und 34 zur Auflegung der Produktengruppe im Budget stimmen wir zu. Beim Antrag der Bürgerlichen auf Einführung der Vertrauensarbeitszeit ab Lohnklasse 26 sind wir unterschiedlicher Meinung. Ein FIKO-Minderheitsantrag zur konstanten Steueranlage bei 1,54 über die nächsten 4 Jahre stimmen wir grossmehrheitlich zu – eben, wie gesagt, grossmehrheitlich. Wir wollen damit signalisieren, dass eine Steuererhöhung für uns der letzte gangbare Weg ist, die angespannte Situation zu lösen. Für den Antrag 38 AL/PdA zur Einstellung der Finanzstrategie haben wir gewisse Sympathien, weil es ehrlicher ist, auf die Strategie zu verzichten, wenn sie ohnehin nicht eingehalten wird. Man könnte sagen, diese Finanzstrategie sei ein unnötiger Papiertiger, vor allem, so sagen sie noch einmal, da der Gemeinderat keine Priorisierung der Investitionen

vorgenommen hat. Trotzdem wird die grosse Mehrheit der Fraktion diesen Antrag ablehnen, weil wir der Auffassung sind, diese Strategie gäbe doch eine gewisse Orientierung, während wir sonst im kompletten Blindflug versinken würden. Es wäre allerdings interessant, das Szenario zu sehen, welche Konsequenzen die Einhaltung der Finanzstrategie hätte. Die weiteren Planungserklärungen der SVP und den Bürgerlichen lehnen wir ab. Für die Planungserklärung der GB/JA!-Fraktion für mehr Gesundheitsschutz haben wir Sympathien, wie schon vorher gesagt. Für einen Teil von uns ist das aber der falsche Weg, weil zuerst die Personaldienste zusammengeführt werden sollten, denn sonst braucht es in jeder Direktion eine eigene gesundheitsbeauftragte Person. Aus diesem Grund unterstützt ein Teil der Fraktion den Antrag 65 der Bürgerlichen wie auch die Planungserklärung 73, wohlwissend, dass das in Zukunft Mehrkosten generieren wird. Alle Anträge, die das soeben vom Souverän verabschiedete Personalreglement betreffen, lehnen wir aus demokratiepolitischen Grundsätzen ab. Gerne können wir über eine mittelfristige Erhöhung des Pensionsalters, aber auch über die Hebung des Lohndeckels –

Präsident: Francesca, deine Redezeit ist abgelaufen.

Francesca Chukwunyer: Tiptopp, ich bin sowieso fertig.

Präsident: Vielen Dank, Francesca. Dann kommt als nächstes Janina Aeberhard von der GLP/JGLP-Fraktion.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Ich werde das Fraktionsvotum, die Begründung der Anträge und unser grundsätzliches Abstimmungsverhalten zu den Anträgen gerade in einem Votum zusammenfassen. Die Fraktion GLP/JGLP lehnt das Budget 2024 ab. Nach den defizitären Budgets der letzten Jahre weist das Budget 2024 mit einem Defizit von 37,2 Millionen einen noch tieferen Betrag aus als in den letzten Budgets vorgesehen war, und das, obwohl –

Präsident: Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Man versteht Janina im Saal nicht mehr. Merci vielmals.

Janina Aeberhard (GLP) fährt fort: – und das, obwohl der Gemeinderat bereits mehrfach gebetmühlenartig selber festgehalten hat, dass im Sinne der finanziellen Nachhaltigkeit mit zweistelligen Millionenüberschüssen geplant werden müsste. Mit dem Budget wird wiederum jedes einzelne finanzpolitische Ziel verfehlt, das der Gemeinderat sich selbst auferlegt hat. Der Gemeinderat entfernt sich immer weiter von seiner eigenen Finanzstrategie, nimmt damit seine Verantwortung nicht wahr und nimmt eine stetig wachsende Verschuldung in Kauf. Das sollte uns allen zu denken geben. Wie kann es sein, dass man seine eigenen Ziele bei weitem verfehlt, aber offensichtlich keine Bemühungen unternimmt, das sofort zu ändern. Ein weiteres Haushaltsentlastungspaket sieht der Gemeinderat erst ab 2026 vor und auch nur im Umfang von 20 Millionen Franken. Das ist nicht nur mut-, sondern auch verantwortungslos. Und die Zahlen zeigen, dass 20 Millionen für ein längerfristig ausgewogenes Budget bei weitem nicht reichen werden. Der Milliardenschuldenberg wächst weiter und der Gemeinderat geht sogar davon aus, dass sich der Bruttoverschuldungsanteil bis 2027 auf sage und schreibe 165 Prozent erhöht. Dass dieser gemäss Finanzstrategie nicht über 140 Prozent liegen dürfte, muss ich ja hier glaube ich nicht erwähnen. Das wisst ihr. Darum werden wir

den Rückweisungsantrag 1 FIKO annehmen, der fordert, dass das Budget so anzupassen sei, dass es der Finanzstrategie des Gemeinderats bei gleichbleibender Steueranlage besser entspricht. Weil der Gemeinderat bereits 2025 mit einem Bilanzfehlbetrag rechnet, haben wir den übergeordneten Antrag 16 eingereicht, in dem wir fordern, dass bereits 2025 neue Entlastungsmassnahmen vorgelegt werden sollen. Als Kompromiss haben wir auch den Antrag 17 eingereicht. Nur wenn die Rechnung 2023 wider Erwarten positiv ausfallen sollte, so dass für 2025 kein Bilanzfehlbetrag mehr droht, kann das Entlastungspaket auf die Folgejahre verschoben werden. Wir haben immer wieder eine generationengerechte Finanzpolitik gefordert und wir machen das auch jetzt. Es ist schlicht verantwortungslos, zukünftigen Generationen eine solche Schuldenlast aufzubürden. Es wäre aber auch verantwortungslos, jetzt auf dringend notwendige Investitionen zu verzichten und zum Beispiel den kommenden Generationen marode Schulhäuser zu hinterlassen. Wir würden so zwar keine direkten monetären Schulden weitergeben, dafür aber einen Berg von Investitions- und Sanierungsprojekten, der kaum zu stemmen wäre. Wir stehen heute schon vor der Herausforderung, dass viele Investitionen einfach getätigt werden müssen, damit wir einen wachsenden Schaden verhindern können. Für die grünliberale Fraktion ist es aber zentral, dass die Investitionen endlich priorisiert werden. Wir sind der Ansicht, dass es durchaus Sachen gibt, wie beispielsweise die Aufwertung von Parks, die gut noch ein paar Jahre warten könnten, weil daraus kaum ein wachsender Schaden entsteht. Das ist oft so, wie wenn ich zum Beispiel mein Velo in einen kleinen Service geben sollte, dann aber gerade das neuste oder modernste E-Bike kaufe. Für solche Sachen haben wir aber einfach keinen finanziellen Spielraum mehr. Schon mit der Priorisierung werden die Pillen, die wir schlucken müssen, sehr bitter sein. Aber es ist unter der grossen Schuldenlast das Einzige, was wir im Moment machen können. Wenn man danach fragt, wie denn die anstehenden Investitionen priorisiert werden sollen, bekommt man nirgends eine konkrete Antwort. Wir unterstützen darum den Antrag 33 der FIKO, der die Priorisierung der Investitionen ab 2025 fordert. Es freut uns –

Präsident: Ich bitte wirklich um Ruhe. Ich verstehe nichts mehr.

Janina Aeberhard fährt fort: Es freut uns, dass zumindest die Priorisierung der kleinste gemeinsame Nenner in der FIKO war. Alle Fraktionen sehen Verbesserungspotenzial. Diese Priorisierung wird auch dabei helfen, um den aktuell tiefen Selbstfinanzierungsgrad zu erhöhen. Das ist zwingend und wir unterstützen darum auch den FIKO-Minderheitsantrag 24, der einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 Prozent von Planjahr 2025 an fordert. Grundsätzlich verstehen wir aber weder Rechts noch Links. Die einen wollen kopflos alles wegstreichen und überall kürzen, zum Beispiel selbst bei der Verkehrsplanung, weil sie nicht in ihrem Sinn ist, oder sie fordern ein ausgeglichenes Budget 2024 ohne Defizite, was etwa der schönen, aber illusorischen Forderung gleichkäme, innerhalb der nächsten 6 Monate auf jedem Haus in der Stadt Bern eine PV-Anlage anzubringen. Die anderen wollen übermässig Geld ausgeben, das wir schlicht nicht haben. Wir sind auch für Klimaschutzmassnahmen, aber das Geld dafür muss ganz gezielt eingesetzt werden, um die besten Wirkungen erzielen zu können. Mit Giesskannen können wir das Klima nämlich kaum retten. Die Grünen finden das offenbar in Ordnung und würden dafür sogar grundsätzlich eine Steuererhöhung in Kauf nehmen. Wir Grünliberalen sind weder dafür, alles einfach wegzustreichen, noch dafür, überall noch mehr auszugeben. Was wir wollen, ist wie gesagt eine klare Priorisierung. Das ist es, was wir brauchen. Der Finanzdirektor hat selbst gesagt, dass der Gemein-

derat vom Stadtrat keine Geschenke will. Wir bitten alle Fraktionen, dies ernst zu nehmen. Nur, wenn wir gemeinsam an einem Strick ziehen, können wir die Stadt Bern wieder aus dem Defizitsumpf herausholen. Ich bin schon auf ein paar FIKO-Anträge eingegangen und habe unsere beiden Anträge begründet, also die Anträge der GLP. Da es insgesamt so viele sind, will ich hier nicht ins Detail geben, sondern nur kurz unsere Grundsätze skizzieren und auf ein paar wenige Anträge eingehen, die uns wichtig erscheinen. Die grünliberale Fraktion lehnt grundsätzlich alle Anträge ab, die Sachen, über die gerade per Volksentscheid entschieden wurde, rückgängig machen wollen. Dazu müssten die entsprechenden Reglemente geändert werden, und das gehört nicht hier in die Budgetdebatte hinein. Anders sehen wir das beim Antrag 18 SBK zur Beschränkung des Betreuungsschlüssels 1 zu 6 für den Zyklus 1. Eine Mehrheit unserer Fraktion hat bereits in der ursprünglichen Debatte zum Betreuungsschlüssel eine Kompromisslösung von 1 zu 8 bevorzugt, statt einer direkteren Änderung von 1 zu 10 auf 1 zu 6 für alle 3 Zyklen. Wir finden es sinnvoll, dass der Betreuungsschlüssel von 1 zu 6 für die kleinen Kinder angewendet wird. Ab Zyklus 2 finden wir aber einen tieferen Betreuungsschlüssel als inadäquat, weil die Kinder weniger Betreuung brauchen und zum Beispiel auch eine Lehrperson in einer Schulklasse mit 20 Kindern unterrichtet. Hier wäre es unserer Ansicht nach in Ordnung, den bisherigen Schlüssel von 1 zu 10 beizubehalten. Wenn man das nachher als Mischrechnung über alle 3 Zyklen hinweg betrachtet, dann gäbe das ungefähr unseren gewünschten Kompromiss von 1 zu 8. Ich habe erwähnt, dass wir klar der Ansicht sind, dass wir nicht einfach weiterhin Geld ausgeben können wie bisher. Es liegen grundsätzlich keine Mehrausgaben mehr drin. Wir lehnen darum auch die Anträge ab, die Blankoschecks verteilen, wie zum Beispiel den Antrag 3 RWSU, der zur Erreichung der Zielsetzung von 1 Tonne CO₂ pro Kopf pro Jahr 300'000 Franken pro Planjahr vorsehen will. Das heisst nicht, dass wir gegen zusätzliche Klimaschutzmassnahmen sind, aber wir finden, dass, wenn mehr Geld gesprochen werden soll, das gezielt für konkrete Projekte und Aktivitäten eingesetzt werden muss. Klimaschutzmassnahmen sollen vermehrt über Projekte, vor allem im Tiefbauamt, realisiert werden und nicht mehr über Strategiearbeit. Die Anträge, die ein Haushaltsverbesserungspaket bereits früher als der Gemeinderat vorsehen, nehmen wir an. Antrag 58 FDP/JF, Mitte und SVP, der einen Verzicht auf weitere Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger durch Abgaben fordert, lehnen wir ab, weil wir beispielsweise auch der Erhöhung der Parkgebühren zugestimmt haben. Ich will hier nicht länger werden. Wie gesagt, der finanzielle Spielraum ist ausgeschöpft und wenn wir weiterfahren wie bis jetzt, müssen wir bittere Pillen schlucken. Weder Kürzungen auf Biegen und Brechen, wie das die SVP gerne möchte, noch übermässiges Ausgeben von Geld, das wir nicht haben, wie das die linke Seite gerne hätte, ist zielführend. Wir brauchen die Priorisierung der zahlreichen anstehenden Investitionen und jede Erhöhung des Steuersubstrats muss künftig für diese Investitionen getätigt werden. Danke vielmals.

Präsident: Wir wären mit den Fraktionsvoten durch. Wir beginnen mit den Einzelvoten.

Ursina Anderegg (GB), Einzelvotum: Ich möchte einfach rasch auf das Votum der FDP-Sprecherin und der Mitte-Sprecherin reagieren, die ich ehrlich gesagt recht unterirdisch gefunden habe. Also, Dolores – nein, sie ist, glaube ich, gar nicht da, aber sie kann es im Protokoll nachlesen oder ihr könnt es ihr erzählen –, wenn du die Hälfte deines Votums verbrauchst, um linke Personen im Gemeinderat und im Stadtrat persönlich zu beleidigen und irgendwelche schräge Theorien über RGM-Spiele aufzutischen, dann fehlt es euch offensichtlich recht stark an eigenen inhaltlichen Ambitionen

und einem politischen Kompass. Und Milena, du hast jetzt schon zum zweiten Mal zwar auf persönliche Beleidigungen verzichtet, aber zweimal aus dem Film «La Haine» zitiert. Darin geht es um Rassismus und Armutsbetroffenheit und soziale Abstürze. Du zitierst aus einer Szene heraus, in der jemand von einem Gebäude stürzt. Du findest es vielleicht auch noch originell. Ich finde, das ist ehrlich gesagt recht jenseits der Grenze, wenn wir hier zusammen eine anständige Diskussion führen wollen. Und ihr beide, FDP wie Mitte, habt sehr viel Redezeit für solche Geschichten verbraucht. Ihr habt keine einzige inhaltliche Priorität, wie ihr die Stadt weiterentwickeln wollt, auf den Tisch gelegt, sondern ihr wollt einfach grundsätzlich weniger. Diese Haltung kann man haben. Mehr kommt da nicht. Wir würden gerne mit euch über inhaltliche Prioritäten diskutieren. Es ist einfach. So viel zu «lame Duck», konstruktiver Politik und zu faktenbasierten Diskussionen.

Präsident: Merci Ursina. Als nächstes kommt Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Ich will zum Antrag 9 der AL noch etwas sagen und unsere Haltung als JUSO dazu kurz darlegen. Wir haben durchaus Sympathien für diesen Antrag. Es ist so, wie die Antragstellenden sagen, dass die Stadt Bern einen vergleichsweise tiefen Steuersatz hat, verglichen mit anderen Gemeinden im Kanton. Eine Steuererhöhung wäre also nicht vermessen und würde auch einen gewissen Spielraum schaffen, einen finanziellen Spielraum, aber vor allem auch eine finanzpolitische Perspektive, nämlich in dem Sinn, dass man Finanzpolitik auch von der Einnahmeseite her zu denken beginnt und nicht immer nur von der Ausgabenseite. Wir zweifeln aber wie die Fraktion GB/JA! daran, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Steuererhöhung ist. Finanziell besteht die Not im Moment nicht. Und zudem würden wir gerne noch die Möglichkeit mitdenken, juristische und natürliche Personen zum Beispiel unterschiedlich zu besteuern. Finanzpolitisch finden wir das aber im Gegensatz zu Sparpaketen eine wichtige und richtige Stossrichtung, die man nicht einfach so begraben kann. Aus all diesen Überlegungen werden wir uns als JUSO bei diesem Antrag enthalten.

Präsident: Merci, Paula. Als nächstes kommt Johannes Wartenweiler von der SP.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich glaube, es gehört dazu, dass es bei einer Budgetdebatte hart auf hart zugeht. Das ist absolut normal und man kann sich auch den einen oder andere Vorwurf gefallen lassen. Das gehört auch dazu. Was ich aber einfach zurückweisen möchte, ist der Versuch, unseren Finanzdirektor mit einem Begriff aus dem Tierbuch zu bezeichnen. Ich glaube, der Finanzdirektor arbeitet kompetent und engagiert daran und hat gewiss keinen einfachen Job, in einem schwierigen Umfeld die Stadtfinanzen auf Kurs zu behalten. Und deswegen finde ich, gehört es einfach auch dazu, zu akzeptieren, dass er aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt bekanntgegeben hat, rechtzeitig bekanntgegeben hat, so dass man seine Nachfolge aufgleisen kann. Und ich glaube, ihn jetzt einfach so ein bisschen in die Ecke stellen zu wollen, ist, bei allem Respekt, nicht ganz fair.

Präsident: Merci vielmals, Johannes. Dann kommt als nächstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe mich veranlasst gesehen, kurz nach vorne zukommen. Es ist gesagt worden, die finanzielle Situation sei nicht so schlimm. Wenn man den Aufwandüberschuss nimmt, das ist auf Seite 11 des schönen Büchleins Aufgaben- und Finanzplan, dann haben wir 53,243 Millionen Defizit. Und wenn wir die

Fusion haben, haben wir 65,043 Millionen Defizit. Einfach nur das. Das ist locker zu stemmen. Wenn man sieht, was heute wieder teilweise für Anträge kommen, bei denen man noch mehr ausgeben soll – ihr seht, was wir uns wiederum für Projekte leisten –, dann geht das nicht. Ich sage es noch einmal. Ihr habt gehört, das Grüne Bündnis lehnt den Antrag der AL ab, wir auch. Aber eines habe ich schon vorhin gesagt: Die AL ist wenigstens ehrlich im Gegensatz zu anderen. Sie stellen den Antrag, den man bei dieser Finanzlage wahrscheinlich stellen müsste, sonst kommt der Kanton. Wir haben auch ganz klar gesagt, wo man sparen kann. Ich bringe X Beispiele dafür. Ein paar wurden ja befolgt. Die Velobrücke wurde vorläufig zurückgestellt, auch der Helvetiaplatz wurde zurückgestellt. Jetzt müsst ihr noch das Kirchenfeld-Schulhaus in der Priorisierung zurückstellen und auf die reine Sanierung des Schulhauses beschränken. Diese hat es wirklich nötig. Wenn man Gangsingen macht, das hat man mir bestätigt, muss man aufpassen wegen der Traglast. Das wäre etwas, was man an die Hand nehmen müsste, aber nicht Utopien weiterverfolgen. Dort muss man stoppen. Darum ganz klar die Priorisierung. Und darum auch nochmals die Warnung an Ostermundigen: Was kommt auf uns zu. Ich halte ganz klar fest, wenn ihr unsere Anträge ablehnt, werden wir ganz klar das Budget ablehnen und auch den AFP ganz klar negativ zur Kenntnis nehmen. Nochmals: Die Nagelprobe wegen den Finanzen sind die Anträge FDP/JF, Mitte und SVP und auch unser eigener Antrag, den wir schon im 2022 gestellt haben, dass es eben keine Steuer- und Gebührenerhöhung geben darf. Wenn ihr den heute ablehnt, dann sollten alle Leute wissen, dass es dann brutal knallen kann, dass wir dann die Steuererhöhung haben, die die AL heute ehrlicherweise beantragt hat, die wir bekämpfen werden. Aber das sind die Konsequenzen mit diesen Sachen, die man macht. Da muss ich der AL und der PdA recht geben. Wenn man immer mehr bestellt und nichts macht, dann kommt es so raus. Und denkt daran, es ist gesagt worden, ich kann es bestätigen, 2024 haben wir Wahlen, 2023 haben wir die Abstimmung über die Fusion mit Ostermundigen. Da will man nichts sagen und kaum ist das alles dann durch, wird 2025 das Defizit vielleicht noch höher sein. Cassandra hat gesprochen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Es gibt keine weiteren Einzelvoten mehr. In diesem Fall hat der Gemeinderat das Wort. Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich sage ja immer, Finanzpolitik sei ein rollender Prozess. Als ich heute zugehört habe, hat es mich zum Teil fast gedünkt, es sei mehr ein polternder Prozess. Ich will dir, Dolores Dana, eine Geschichte erzählen. Als es bei uns darum ging, ein Sparpaket, das erste Sparpaket, zu schnüren, habe ich Urs Gasche angerufen. Er wurde 2001 Regierungsrat und musste ein Sparpaket aufsetzen. Damals musste der Kanton jeden Tag 1 Million Schuldzinsen bezahlen, jeden Tag 1 Million Schuldzinsen. Was will ich damit sagen? Erstens, dass es wahrscheinlich nicht dumm ist, wenn man parteiübergreifend versucht, voneinander zu lernen und zusammenzuarbeiten. Und zweitens, dass vielleicht einfach auch die Sachzwänge und die Rahmenbedingungen einen ganz grossen Einfluss haben, was für eine Politik auch immer eine linke oder eine rechte oder eine grüne oder eine violette Regierung auch betreibt. Das einleitend. Jetzt möchte ich allen danken, die betroffen sind, vor allem – ich schaue rüber zur Verwaltung, den Herren dort am Tisch. Es gibt ja auch Damen, die mitgearbeitet haben in den Kommissionen und der FIKO. Ich bin ja ein positiver Mensch. Ich freue mich an allem, das positiv ist. Das ist der neue AFP, noch 250 Seiten dick, früher waren es 900 Seiten, ein Geschäft, das mein Vorgänger im Schublädchen gelassen hat. Er ist schlank und gut angekommen, und ich habe das Gefühl, es sei gut aufge-

nommen worden. Es war ein riesiger Aufwand. Jetzt kommt dann noch der neue Jahresbericht, der sollte ähnlich attraktiv sein. Wir werden auf das Update zu Hana und die Version 4 umsteigen. Es gibt also noch einige Herausforderungen, neben den rein inhaltlichen Dingen. Mein Fazit: Es hat sich gelohnt. Im Detail braucht es sicher noch Anpassungen. Ich bitte euch bereits hier, Zurückhaltung mit Anträgen zu Kennzahlen, Ziffern und so weiter zu üben. Schauen wir doch, wie das funktioniert. Für mich sehr positiv ist auch die neue FIKO, der Prozess, der Austausch. Wir haben alle unter hohem Zeitdruck gearbeitet. Das müssen wir sicher gut anschauen, analysieren und dort, wo wir können, noch optimieren. Und sich ist es nach wie vor auch so ein bisschen eine Frage der Rollenteilung zwischen Gemeinderat, FIKO und nachher dem Stadtrat. Einfach, um es noch einmal zu wiederholen, die Eckwerte des Budgets: 37,2 Millionen, so wie wir es euch vorlegen, FIT-Massnahmen von fast 40 Millionen. Es soll niemand kommen und sagen, es habe FIT nicht gebraucht. 40 Millionen sind berücksichtigt. Wir haben Steuern von 1,54. Und ich möchte schon noch einmal betonen, dass die Stadt Bern zu den 20 Prozent der Gemeinden im Kanton Bern mit den tiefsten Steuern gehört. Wir sind hochattraktiv und das zeigt auch, dass wir steuerstark sind und vielleicht nicht ganz alles falsch oder sogar sehr viel richtig machen. Ich habe es gesagt, es sind die Rahmenbedingungen, die die Herausforderungen sind. Bei den Steuererträgen sind wir eigentlich gut unterwegs. Wir haben einen rekordhohen Steuerertrag von fast 570 Millionen eingeplant. Wir gehen davon aus, dass das realistisch ist. Es ist also recht ambitiös, aber wir können das erreichen. An dieser Stelle steht ja immer noch die Frage, wie wir 2023 abschliessen? Da kann ich heute festhalten, dass wir sowohl Ups wie auch Downs haben. Wir haben die Feuerwehersatzabgabe, das wisst ihr, die draussen ist. Wir haben die Minderausgaben der bekannten Stellen Sozialausgaben bis jetzt im Forecast. Wir haben aber auch höhere Steuereinnahmen. Also wir gehen davon aus, dass wir besser abschliessen als das budgetierte Defizit von 35 Millionen. Der FILAG, einfach auch das, ein Dauerbrenner. Es heisst ja immer, der Kanton Zürich zahle Bern 1 Milliarde und suggeriert, die Milliarde gehe an die Stadt Bern. Das ist eigentlich Blödsinn. Wir generieren 2 Milliarden Steuereinnahmen und 1 Milliarde geht mal an den Kanton. Und zusätzlich zahlen wir noch 50 Millionen oder 52 Millionen netto in den Finanzausgleich des Kantons Bern. Also soll niemand kommen und sagen, die Stadt Bern sei nicht finanzkräftig, aber eben, im nächsten Jahr sind es dann schon 8,5 Millionen, die wir zusätzlich zahlen, beispielsweise 4,6 Millionen mehr für die Lehrer*innenlöhne. Das hat nichts mit Wachstum zu tun. Es interessiert die Finanzen nicht, ob das Wachstum bei der Bevölkerung 1 Prozent ist, wenn wir bei diesen Löhnen jedes Jahr ein Wachstum von 6,4 Prozent haben. Ich komme noch bei den Schüler*innenzahlen darauf zurück. Auch die Zinskosten wachsen und betragen 5,8 Millionen. Es ist sicher sehr gescheit, wenn wir da schauen, dass die Verschuldung nicht einfach beliebig anwächst. Wir haben neue Ausgaben. Ich bin relativ dankbar, dass nicht einfach die 100 Stellen im allgemeinen Haushalt und die rund 50 zusätzlich drittfinanzierten das Thema waren. Denn ich muss einfach sagen: Zweidrittel dieser neuen Stellen sind EKS und drittfinanziert. Asylsozialdienst: das zahlt der Kanton. Die Tagesbetreuung durch das Wachstum, der Schlüssel ist auch dabei. Das gebe ich zu. Und die Kitas. Also Zweidrittel sind dort. Und wenn ich neue Stellen in der Informatik brauche, ist das nicht ein Nice-to-have. Wir deklarieren das als freiwillig, aber das sind Leute, die dafür sorgen, dass wir punkto Digitalisierung Schritt halten und all die Programme betreiben können. Mit diesem Budget, davon sind wir überzeugt, bleibt die Stadt lebenswert und sozial. Wir können auch mit diesem Budget vor allem schwächere Menschen, die es nötig haben, unterstützen. Und es ist auch ganz viel für das Klima, die Digitalisierung und so weiter vorgesehen. Jetzt komme ich auf das Thema Investitionen. Das war ja

schon relativ lange ein Thema, jetzt wieder ein bisschen verstärkt im Fokus. Stichwort Priorisierung. Ich habe das immer wieder gesagt. Wir haben Altlasten und wir haben ein Schüler*innenwachstum und werden, ich sage die Zahl immer und immer und immer wieder, lasst sie euch auf der Zunge zergehen, 240 Millionen in die Eis- und Sportanlagen investieren. Ich glaube, es haben alle zugestimmt, dass wir die Eisanlagen neu machen, dass wir die Schwimmhalle bauen, dass wir die Freibäder sanieren und die Schulen – 660 Millionen. Das sind Fakten. Und ich komme jetzt noch einmal auf die komische Begründung, wenn das Wachstum 1 Prozent sei, warum dann um so viel mehr zunehmende Kosten? Von 2011 bis 2021 sind die Volksschulen ohne Kindergärten auf über 2000 Kinder gewachsen. Das ist ein Wachstum von 30 Prozent. Das sind 100 neue Klassen. Soll man die in Zelten unterrichten und in einer Wald-Kita? Das sind Fakten und nicht irgendwie Sachen, die wir gross steuern können, also ich bitte euch um Kenntnisnahme. Wir haben im Moment 183 Millionen drin im Budget 24. Wir wissen, etwa 3/4 können wir realisieren. Damit sind wir bei diesen 142 Millionen. Die Selbstfinanzierung ist im Moment zu tief mit 34 Prozent für die Neuverschuldung um 90 Millionen. Das ist nicht wahnsinnig schön, aber es ist auch noch nicht das Ende der Fahnenstange. Also, es ist im Moment verkraftbar. Jetzt soll man sparen bei den Investitionen, Priorisierung. Ich will euch einfach hier warnen, dass ihr nicht zu grosse Hoffnungen habt. Und ich will hier einfach sagen, dass immer genau die Investitionen, von denen wir sagen, die kann man verschieben, dann genau die falsche Variante ist, um zu sparen. Und wir haben im FIT verschiedene Investitionen herausgenommen. Die habt ihr zum Teil selbst wieder in die Investitionen hineingetan. Ich bin jetzt gespannt, was mit den nächsten Investitionen kommt. Aber es ist ein Fakt, dass genau dort, wo man sparen will, es immer gerade der falsche Ort ist. Die Sachzwänge sind enorm hoch. Und es hat ja im Vorfeld der Debatte 2 Anträge gegeben. Der eine war die Reduktion um 10 Prozent, also von den 140 Millionen sind im Schnitt 15,5 Millionen, die man herausstreichen sollte. Das ist vielleicht noch so einigermaßen realistisch. Einfach nur, damit man sich nicht falsche Vorstellungen macht.

Präsident: Ich bitte ein bisschen um Ruhe. Ich verstehe Michael fast nicht.

Michael Aebersold, Direktor FPI, fährt fort: Ich verstehe mich selbst auch fast nicht. (*Lachen im Saal*) Was heisst das für die Abschreibungen? Es geht euch ja mit diesen Investitionspriorisierungen darum, Freiraum zu schaffen, damit dann im laufenden Budget Geld ausgegeben werden kann. Die 10 Prozent bei Zinsannahmen von 2,5 Prozent und Abschreibungen von 5 Prozent entlasten das Budget langfristig um 1,2 Millionen. Das ist nicht gerade der grosse Wurf. Wir haben auch noch den Antrag angeschaut, der glaube ich noch steht, für eine Selbstfinanzierung von 50 Prozent. Das heisst im Durchschnitt pro Jahr 63 Millionen kürzen. Ich weiss nicht, wie wir das machen wollen. Das meiste Zeug läuft, ist für die nächsten Jahre vom Volk entschieden, ist bestellt, ist im Betrieb oder dann kommt das Gewerbe wieder. Wahrscheinlich müssen wir dann Pennale zahlen. Also das ist völlig unrealistisch. Wenn ich die gleiche Rechnung mache – was heisst das langfristig? Wie hoch ist die Entlastung? Sind wir dann bei 4,7 Millionen? Auf 1,4 Milliarden macht das den Braten auch nicht fett. Macht euch nicht zu viele Hoffnungen. Wir schauen es an. Wir haben den Auftrag, nehmen den entgegen, aber es wird nicht Wunder wirken und vor allem das Budget nicht langfristig retten, ausgaben- und einnahmenseitig. Es gibt auch Silberstreifen am Horizont. Ich habe es gesagt, oder? Der Walfischbuckel der Investitionen, die man wirklich 30 Jahre nicht gemacht hat – gekonnt oder nicht gewollt hat, ich kenne die Gründe nicht – ist da.

Wir sind gekommen und haben 2017 gesagt: So, jetzt müssen wir ein bisschen nachholen. Und ich habe einfach mal geschaut, was die Neuanmeldungen und der Mix waren. Ihr müsst zuhören, das sind alles Fakten. 2016 hat man noch 52 Millionen Neuanmeldungen gemacht. 2020 waren wir bei 375 Millionen Neuanmeldungen in der MIP. Man wollte das damals. Man hat gesehen, dass die Anlagen auseinanderfielen. Die müssen wir sanieren. 2023 waren es noch 223 Millionen. Jetzt komme ich zu den guten News. 2025 sind wir jetzt bei rund 40 Millionen. Das sagt mir ein bisschen, dass dieser Stau kommt. Und den müssen abarbeiten. Und dann einfach auch hier mein Appell: Jetzt können wir nicht wieder neues Zeug reinstopfen. Und am Schluss entscheiden wir und ihr im Stadtrat, wenn ein neues Projekt kommt, ob ihr das genehmigen wollt oder sagt, das ist vielleicht genau das Projekt, das wir jetzt priorisieren können. Ich komme zum letzten Teil der heutigen Debatte. Es sind ja rund 180 Anträge gestellt worden. Auf den ersten Blick ist das viel. Es wurde gesagt, der grösste Teil sei schon mindestens zweimal diskutiert worden. Also vielleicht könnte man das dann auch ein bisschen abkürzen. Die Zusatzbestellungen, das will ich auch noch einmal betonen, hat der Gemeinderat ins Budget eingestellt, weil er sie als nötig und aufgrund der finanziellen Ausgangslage als verantwortbar erachtet. Ihr müsst uns jetzt nicht Zusatzaufgaben auf das Auge drücken, mit Geld, das wir nicht einfach im Überfluss haben. Jede Zusatzausgabe bedeutet eine Verschuldung nach oben. Also wir haben nicht irgendwo noch ein Kässeli, aus dem wir das Geld nehmen können und sagen: Hier noch 200'000 für dieses und hier noch 100'000 für eine Studie für die Vermögensbewirtschaftung, die ich gar nicht brauche, weil ich ja nur Schulden habe. Also ich bitte euch wirklich: Gebt uns kein Geld, das wir nicht bestellt haben, das wir nicht brauchen. Wir brauchen das, was wir haben. Und damit arbeiten wir. Ich mache beliebt, nicht noch neue Konzepte und neue Piloten zu starten. Wir müssen eine real existierende, konkrete Sache realisieren. Und das passiert übrigens auch. Dass jemand sagen darf, man mache nichts: EWB hat eine halbe Milliarde an Investitionen über die nächsten Jahre. Das sind hard Facts. Da ist das Personal drin. Das passiert effektiv. Und ich muss aber auch sagen, dass das für EWB eine Herausforderung ist. Und gleichzeitig will man dann, dass EWB mit den Erträgen nachher quasi noch Strom subventioniert. Dann verbläst es irgendeinmal auch EWB. Und wir selbst von der Stadt haben auch einen Kredit von 48 Millionen für Massnahmen zur Aufwertung im Strassenraum. Das ist eine gute Sache. Damit finanzieren wir Stellen. Damit können wir nachher wirklich auch Klimamassnahmen machen. Es soll doch niemand kommen und sagen, in dieser Stadt passiere nichts. Es passiert extrem viel, wahrscheinlich mehr als in den meisten Städten. Und alle Aufträge, die noch im Büro passieren – wir finden schon die Leute nicht, die auf der Strasse arbeiten und die am Bürotisch auch nicht, und die braucht es im Moment auch nicht.

Präsident: Michael, ich bitte dich, zum Schluss zu kommen.

Michael Aebersold, Direktor FPI, fährt fort: Ich komme zum Schluss. Ich will euch noch schnell sagen, wie wir mit diesen Anträgen umgehen, damit das einfach allen klar ist. Also Anträge, die budgetrelevant sind, und Anträge, die auf die Eckwerte abzielen, also zum Beispiel diesen «Bei neuen Aufgaben möglichst» werden wir umsetzen. Es gibt nachher eine neue Version, in der sie umgesetzt sind. Das werdet ihr 1:1 im AFP 2024 bis 2027 sehen. Anträge, die ab 2025 wirken, und Anträge, die an den Indikatoren und so weiter schrauben, sind Planungserklärung und diese würde man dann im nächsten Jahr umsetzen oder nicht umsetzen. Ich schliesse, indem ich sage, dass Panikmache von der bürgerlichen Seite genauso falsch ist wie die teilweise Sorglosigkeit von ganz links. Wir haben noch Reserven. Die Ausgaben und die Einnahmen entwickeln sich

nicht synchron. Dann müssen wir hinschauen, aber im Moment ist das Fuder schwer bepackt, aber noch nicht überladen. Schaut, dass es so bleibt.

Präsident: Vielen Dank, Michael Aebersold. Wir kommen zur Abstimmung. Wir gehen zu den Anträgen der Grundsatzdebatte. Wir würden starten mit dem Antrag Nummer 1.

Anträge Grundsatzdebatte

1	FIKO-Minderheit	Budget	Rückweisung des Budgets mit der Auflage, das Budget so anzupassen, dass es der Finanzstrategie des Gemeinderats bei gleichbleibender Steueranlage besser entspricht.
2	SVP	Budget	Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage 40 Millionen einzusparen; das Budget 2024 darf kein Defizit ausweisen. Dies unter Ausarbeitung einer Verzichtplanung, insbesondere und Priorisierung der Aufgaben geschehen. Es sind weitere unnötig teure Sanierungen zurückzustellen und die Projekte entsprechend anzupassen und/oder definitiv zu verzichten.
3	SVP	Budget	Eventual-Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz von 1.54 auf 1,49 zu senken; das Budget 2024 darf kein Defizit ausweisen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtplanung, insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.
4	FDP/JF, Mitte, SVP	Budget	Rückweisung: Das Budget 2024 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit folgenden Auflagen zurückgewiesen: 1. Sparmassnahmen werden grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen. 2. Auf die Einführung oder Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten.
5	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	Rückweisung: Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Budget vorzulegen, das mittels einer gezielten Ausgabenentwicklung einen AFP für alle Planjahre zu erarbeiten, welcher die selbst gesetzten finanzpolitischen Grundsätze erfüllt bzw. der neu aufgesetzten Finanzstrategie entspricht.
6	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	Rückweisung: Der Gemeinderat wird aufgefordert, ein Budget vorzulegen, das keine neuen bzw. höhere Steuern und Abgaben vorsieht.
7	FIKO-Minderheit, SVP	Budget	Die vom Gemeinderat beschlossenen zusätzlichen, freiwilligen 14.25 Stellen sind vollumfänglich intern zu kompensieren.
8	FDP/JF	Budget	Auf den geplanten Personalausbau ist 2024 zu verzichten. Das Budget ist um Fr. 3'340'405 zu reduzieren.
9	AL	Budget	Die Steueranlage für die Gemeindesteuer ist auf 1.7 festzusetzen.
10	SVP	Budget	Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats beschlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien - sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvariante vorsieht, vollumfänglich bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS und im Kulturbereich zu kompensieren, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert werden.
11	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	Die Globalkredite der Dienststellen sind um Fr. 8'250'000.00 zu kürzen. Das neue Personalreglement soll aufgrund der davon abhängigen Folgearbeiten erst 2026 in Kraft treten. Die Kosten für den vollen Teuerungsausgleich werden damit erst im 2026 fällig.

12	FIKO	Eckwerte	13	Zu Kapitekl 2.5.1: Der strategische Eckwert der Finanzplanung wird gestrichen: Die Stadt hält sich bei neu zugeordneten Aufgaben in der Regel an den vorgegebenen Mindeststandard im Kanton Bern.
13	FIKO-Minderheit, SVP	Eckwerte	13	Zu Kapitel 2.5.1: Der strategische Eckwert der Finanzplanung ist wie folgt zu ändern: Die Stadt hält sich bei neu zugeordneten Aufgaben in der Regel an den vorgegebenen Mindeststandard im Kanton Bern. Sie geht nicht darüber hinaus.
14	FIKO	Eckwerte	13	Zu Kapitel 2.5.1: Der strategische Eckwert der Finanzplanung wird gestrichen: Die Stadt geht bei neuen Beiträgen und Subventionen in der Regel nicht über kantonale Mindestanforderungen hinaus.
15	FIKO-Minderheit, SVP	Eckwerte	13	Zu Kapitel 2.5.1: Der strategische Eckwert der Finanzplanung ist wie folgt zu ändern: Die Stadt geht bei neuen Beiträgen und Subventionen in der Regel nicht über kantonale Mindesanforderungen hinaus.
16	GLP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.3: Neuer Eckwert ist wie folgt aufzunehmen: Für 2025 werden Entlastungsmassnahmen im Umfang von 20 Mio. Franken eingeplant.
17	GLP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.3: Neuer Eckwert ist wie folgt aufzunehmen: Der Gemeinderat sieht ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2025 vor. Sollte die Rechnung 2023 so positiv ausfallen, dass für 2025 kein Bilanzfehlbetrag mehr droht, wird das Haushaltspaket erst ab 2026 wirksam.
18	FIKO, SVP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.2: Der strategische Eckwert der Finanzplanung ist wie folgt zu ändern: Städtische Investitionen richten sich nach dem Suffizienzprinzip. Dabei sind Umnutzungen bestehender Gebäude und den Einsatz von geeigneten Modulbauten vermehrt anzustreben.
19	FIKO-Minderheit, SVP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.2: Der strategische Eckwert der Finanzplanung ist wie folgt zu ändern: Neue Infrastruktur soll nur bei nachgewiesenem zwingenden Bedarf (z.B. Schulraum) umgesetzt werden. Dieser ist bei Projektverzögerungen regelmässig zu überprüfen und das Projekt allenfalls anzupassen.
20	FIKO-Minderheit, SVP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.3: Der folgende strategische Eckwert ist in die Finanzplanung aufzunehmen: Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2025 vor.
21	AL/PdA	Eckwerte	15	Der strategische Eckwert der Finanzplanung «Moody's-Rating von Aa1» ist ab PJ 2024 zu streichen.
22	SVP	Eckwerte	14	Zu Kapitel 2.5.2: Ergänzung des folgenden Eckwerts: In der Investitionsplanung werden. Neue Infrastruktur soll nur bei nachgewiesenem zwingenden Bedarf (z.B. Schulraum) umgesetzt werden. Dabei ist auf teure unterirdische Bauten / Anbauten zu verzichten.
74	SVP	Eckwerte	14	Eventualantrag: Zu Kapitel 2.5.2: Ergänzung des folgenden Eckwerts: In der Investitionsplanung werden. Neue Infrastruktur soll nur bei nachgewiesenem zwingenden Bedarf (z.B. Schulraum) umgesetzt werden. Dabei ist auf teure unterirdische Bauten / Anbauten wenn immer möglich zu verzichten, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, die dies im Einzelfall rechtfertigen.
23	FDP/JF, Mitte, SVP	Eckwerte	13	Zu Kapitel 2.5.1: Die strategischen Eckwerte der Finanzplanung bzgl. Ergebnis der Erfolgsrechnung sind wie folgt zu ergänzen: Die neuen Aufgaben und der Leistungsausbau müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zur durchschnittlichen Zunahme des Steuerertrags und der Bevölkerung in den letzten fünf bis zehn Jahren stehen.

24	FIKO-Minderheit	Planjahr		Es seien Entlastungsmassnahmen vorzulegen, damit die untere Grenze der gemeindrätlichen Mindestvorgabe zum Selbstfinanzierungsgrad von 50 % ab Planjahr 2025 nicht mehr unterschritten wird.
25	FDP/JF	Planjahr		Der Gemeinderat wird aufgefordert, 2024 einen AFP vorzulegen, der in allen Planjahren einen Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von mindestens 70% vorsieht.
26	GFL	Planjahr		Die nächste MIP 2025 - 2032 weist eine klare Priorisierung auf, so dass die Neuverschuldung nicht weiter ansteigt. Die Gesamtinvestitionen von 1.442 Milliardenfranken sind in den ersten vier Planjahren um mindestens zehn Prozent zu reduzieren.
27	FIKO	Planjahr		Der Gemeinderat soll für die Budgetierung diejenigen Projekte, die vom Stadtrat oder Stimmvolk in Form eines Kredits oder einer Reglementsrevision noch zu genehmigenden sind, kenntlichmachen. Einplanung im Budget vor Abstimmung, oder keine Einplanung vor Abstimmung, soll im Budget mit Betrag und Differenz explizit und transparent ausgewiesen werden.
28	FDP/JF	Planjahr		Die Arbeitgeberbeiträge BVG sollen 50% betragen. Personalreglement und Verordnung sind entsprechend anzupassen.
29	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr		Für Stadtberner Angestellte, welche ein Jahreseinkommen über brutto CHF 120'000 erzielen, ist die Vertrauensarbeitszeit einzuführen. Die notwendigen Anpassungen in Reglementen und Verordnungen sind umzusetzen.
30	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr		Eventualantrag: Für Stadtberner Angestellte ab der Lohnklasse 26 ist die Vertrauensarbeitszeit einzuführen.
31	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr		Das Pensionsalter der Verwaltungsangestellten ist auf dasjenige in der Bundesgesetzgebung vorgesehene Alter (zurzeit 65 Jahre für Männer und für Frauen) festzulegen. Die notwendigen Anpassungen in Reglementen und Verordnungen sind umzusetzen.
32	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr		Eventualantrag: Die Arbeitgeberbeiträge BVG sollen analog der Regelung beim Kanton Bern 58% betragen.
33	FIKO	Planjahr	32	Es sei ein Vorschlag für die Priorisierung der Investitionen für die Jahre 2025 ff. vorzulegen.
34	FIKO	Planjahr		Die online Plattform, in welcher die Budgets auf Ebene Produktgruppe und Produkte ersichtlich sind, soll auf die Vorbereitungsphase des AFP 2025-28 bereitstehen.
35	FIKO-Minderheit / SVP	Planjahr		Der Gemeinderat soll seine Finanzstrategie einhalten. Dafür muss er die nötigen Massnahmen und eine Priorisierung und Verzichtplanung ausarbeiten und im nächsten AFP mit Budget vorlegen.
36	FIKO-Minderheit, FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr		Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten. Der Gemeinderat legt auch in den kommenden vier Jahren jeweils einen Aufgaben- und Finanzplan vor, welcher eine Steueranlage von 1.54 vorsieht.
37	FIKO-Minderheit	Planjahr	14	Die nächste MIP 2025 - 2032 weist eine klare Priorisierung auf, so dass der Selbstfinanzierungsgrad für die Planjahre 2025 bis 2028 mindestens 50% beträgt.
38	AL/PdA	Planjahr	13ff.	Die Finanzstrategie ist ab PJ 2024 nicht weiter zu verfolgen.
39	SVP	Planjahr		Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung Gaswerkereale. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.

40	SVP	Plan-jahr	Die Stadt schafft im Gaswerkareal einen grossflächigen Marzilipark als wertvolle grüne Lunge und zur Erweiterung des Naherholungsgebiets und des Bad Marzili. Davon sind poitive Finanzeffekte zu erwarten.
41	SVP	Plan-jahr	Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung ein.
42	SVP	Plan-jahr	Die Stadt passt die Planung Tram Bern Ostermündigen an und prüft dabei Alternativen, die den Erhalt der Allen sichern. Dadurch sind ebenfalls positive Finanzeffekte zu erwarten.
43	SVP	Plan-jahr	Die Stadt stellt auch die in öffentlichem Eigentum stehenden Alleeen und Bäume unter Schutz. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
44	SVP	Plan-jahr	Auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhung im Sinne der Sparmassnahmen sei generell zu verzichten.
45	SVP	Plan-jahr	Die Stadt verzichtet auf Steuer- und Gebührenerhöhungen.
46	SVP	Plan-jahr	Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt.
47	SVP	Plan-jahr	Der Personalaufwand sei um 5 % zu reduzieren.
48	SVP	Plan-jahr	Eventualantrag: Der Personalaufwand sei um 2,5 % zu reduzieren.
49	SVP	Plan-jahr	Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus rassistischen Gründen, Gründen der sexuellen Orientierung aus politischen Gründen diskriminieren. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
50	SVP	Plan-jahr	Die Stadt setzt ihre im IAFP beschlossenen Einsparungen konsequent um. Sie gibt ihre bisherige frivole Ausgabenpolitik, die keine Rücksicht auf die kommenden Generationen nimmt, auf.
51	SVP	Plan-jahr	Die in den vergangenen 8 Jahren neu geschaffenen Stellen seien neu zu evaluieren und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Aufsichtskommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.
52	SVP	Plan-jahr	Eventualantrag: Die neu geschaffenen Stellen seien nach 2 Jahren neu zu evaluieren, und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Finanzkommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.
53	SVP	Plan-jahr	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung wichtiger Grünflächen und schützt die wertvollen historischen Baumalleen. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.
54	SVP	Plan-jahr	Die Stadt nimmt bei der Stadtplanung vermehrt auf den Erhalt der Grünflächen und Alleeen Rücksicht.
55	SVP, Die Mitte	Plan-jahr	Die Stadt ermöglicht auch wieder Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.
56	SVP	Plan-jahr	Die Stadt ermöglicht im Gaswerkareal auch Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen.

Abstimmungen Grundsatzdebatte

2022.FPI.000031: Antrag 1 FIKO-Minderheit Rückweisung

Ablehnung

Ja 21

Nein 40

Enthalten 0

[Namensliste 003](#)

2022.FPI.000031: Antrag Rückkommen auf Abstimmung zu Antrag 1

Annahme

Ja 38

Nein 26

Enthalten 4

[Namensliste 004](#)

2022.FPI.000031: Antrag 1 FIKO-Minderheit Rückweisung

Ablehnung

Ja 25

Nein 43

Enthalten 0

[Namensliste 005](#)

2022.FPI.000031: Antrag 2 SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 006](#)

2022.FPI.000031: Antrag 3 SVP Eventualrückweisung

Ablehnung

Ja 9

Nein 58

Enthalten 1

[Namensliste 007](#)

2022.FPI.000031: Antrag 4 FDP/JF, Mitte, SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 008](#)

2022.FPI.000031: Antrag 5 Mitte, FDP/JF, SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 009](#)

2022.FPI.000031: Antrag 6 Mitte, FDP/JF, SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 010](#)

2022.FPI.000031: Antrag 7 FIKO-Minderheit, SVP (Ja) vs. Antrag 8 FDP/JF (Nein)

Antrag 7 FIKO-Minderheit, SVP obsiegt

Ja 29

Nein 27

Enthalten 10

[Namensliste 011](#)

2022.FPI.000031: Antrag 7 FIKO-Minderheit, SVP

Ablehnung

Ja 23

Nein 43

Enthalten 2

[Namensliste 012](#)

2022.FPI.000031: Antrag AL

Ablehnung

Ja 6

Nein 59

Enthalten 3

[Namensliste 013](#)

2022.FPI.000031: Antrag 10 SVP

Ablehnung

Ja 6

Nein 62

Enthalten 0

[Namensliste 014](#)

2022.FPI.000031: Antrag 11 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 51

Enthalten 0

[Namensliste 015](#)

2022.FPI.000031: Antrag 12 FIKO (Ja) vs. Antrag 13 FIKO-Minderheit, SVP (Nein)

Antrag 12 FIKO obsiegt

Ja 42

Nein 25

Enthalten 1

[Namensliste 016](#)

2022.FPI.000031: Antrag 12 FIKO

Annahme

Ja 39
Nein 29
Enthalten 0 [Namensliste 017](#)

2022.FPI.000031: Antrag 14 FIKO vs. 15 FIKO-Minderheit, SVP

Antrag 14 FIKO obsiegt

Ja 42
Nein 25
Enthalten 1 [Namensliste 018](#)

2022.FPI.000031: Antrag 14 FIKO

Annahme

Ja 39
Nein 29
Enthalten 0 [Namensliste 019](#)

2022.FPI.000031: Antrag 16 GLP (Ja) vs. Antrag 17 GLP (Nein)

Antrag 17 GLP obsiegt

Ja 23
Nein 34
Enthalten 8 [Namensliste 020](#)

2022.FPI.000031: Antrag 17 GLP

Ablehnung

Ja 24
Nein 44
Enthalten 0 [Namensliste 021](#)

2022.FPI.000031: Antrag 18 FIKO, SVP

Annahme

Ja 38
Nein 30
Enthalten 0 [Namensliste 022](#)

2022.FPI.000031: Antrag 19 FIKO-Minderheit, SVP

Ablehnung

Ja 23
Nein 45
Enthalten 0 [Namensliste 023](#)

2022.FPI.000031: Antrag 20 FIKO-Minderheit, SVP

Ablehnung

Ja 25

Nein 43 Enthalten 0	Namensliste 024
2022.FPI.000031: Antrag 21 AL/PdA	
Ablehnung Ja 6 Nein 58 Enthalten 4	Namensliste 025
2022.FPI.000031: Antrag 22 SVP	
Ablehnung Ja 7 Nein 60 Enthalten 1	Namensliste 026
2022.FPI.000031: Antrag 74 SVP Eventual	
Ablehnung Ja 14 Nein 54 Enthalten 0	Namensliste 027
2022.FPI.000031: Antrag 23 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung Ja 25 Nein 43 Enthalten 0	Namensliste 028
2022.FPI.000031: Antrag 24 FIKO-Minderheit (Ja) vs. Antrag 25 FDP/JF (Nein)	
Antrag 24 FIKO-Minderheit obsiegt Ja 36 Nein 25 Enthalten 6	Namensliste 029
2022.FPI.000031: Antrag 24 FIKO-Minderheit (Ja) vs. Antrag 26 GFL (Nein)	
Antrag 26 GFL obsiegt Ja 24 Nein 44 Enthalten 0	Namensliste 030
2022.FPI.000031: Antrag 26 GFL	
Ablehnung Ja 30 Nein 37	

Enthalten 0	Namensliste 031
2022.FPI.000031: Antrag 27 FIKO	
Annahme	
Ja 66	
Nein 2	
Enthalten 0	Namensliste 032
2022.FPI.000031: Antrag 28 FDP/JF	
Ablehnung	
Ja 14	
Nein 52	
Enthalten 2	Namensliste 033
2022.FPI.000031: Antrag 29 Mitte, FDP/JF, SVP	
Ablehnung	
Ja 19	
Nein 47	
Enthalten 2	Namensliste 034
2022.FPI.000031: Antrag 30 Mitte, FDP/JF, SVP Eventual	
Ablehnung	
Ja 21	
Nein 47	
Enthalten 0	Namensliste 035
2022.FPI.000031: Antrag 31 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 17	
Nein 50	
Enthalten 1	Namensliste 036
2022.FPI.000031: Antrag 32 FDP/JF, Mitte, SVP Eventual	
Ablehnung	
Ja 18	
Nein 49	
Enthalten 1	Namensliste 037
2022.FPI.000031: Antrag 33 FIKO	
Annahme	
Ja 66	
Nein 0	
Enthalten 1	Namensliste 038

2022.FPI.000031: Antrag 34 FIKO

Annahme

Ja 60

Nein 8

Enthalten 0

[Namensliste 039](#)

2022.FPI.000031: Antrag 35 FIKO-Minderheit, SVP

Ablehnung

Ja 25

Nein 41

Enthalten 0

[Namensliste 040](#)

2022.FPI.000031: Antrag 36 FIKO-Minderheit, FDP/JF, Mitte, SVP

Ablehnung

Ja 29

Nein 38

Enthalten 0

[Namensliste 041](#)

2022.FPI.000031: Antrag 37 FIKO-Minderheit

Ablehnung

Ja 25

Nein 42

Enthalten 1

[Namensliste 042](#)

2022.FPI.000031: Antrag 38 AL/PdA

Ablehnung

Ja 18

Nein 46

Enthalten 4

[Namensliste 043](#)

2022.FPI.000031: Antrag 39 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 58

Enthalten 1

[Namensliste 044](#)

2022.FPI.000031: Antrag 40 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 59

Enthalten 2

[Namensliste 045](#)

2022.FPI.000031: Antrag 41 SVP

Ablehnung

Ja 9

Nein 57

Enthalten 2

[Namensliste 046](#)

2022.FPI.000031: Antrag 42 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 60

Enthalten 1

[Namensliste 047](#)

2022.FPI.000031: Antrag 43 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 59

Enthalten 2

[Namensliste 048](#)

2022.FPI.000031: Antrag 44 SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 49

Enthalten 1

[Namensliste 049](#)

2022.FPI.000031: Antrag 45 SVP

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 050](#)

2022.FPI.000031: Antrag 46 SVP

Ablehnung

Ja 24

Nein 41

Enthalten 3

[Namensliste 051](#)

2022.FPI.000031: Antrag 47 SVP

Ablehnung

Ja 16

Nein 49

Enthalten 1

[Namensliste 052](#)

2022.FPI.000031: Antrag 48 SVP Eventual

Ablehnung

Ja 17

Nein 51

Enthalten 0

[Namensliste 053](#)

2022.FPI.000031: Antrag 49 SVP

Ablehnung

Ja 11

Nein 56

Enthalten 1

[Namensliste 054](#)

2022.FPI.000031: Antrag 50 SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 51

Enthalten 0

[Namensliste 055](#)

2022.FPI.000031: Antrag 51 SVP

Ablehnung

Ja 16

Nein 48

Enthalten 3

[Namensliste 056](#)

2022.FPI.000031: Antrag 52 SVP Eventual

Ablehnung

Ja 17

Nein 49

Enthalten 1

[Namensliste 057](#)

2022.FPI.000031: Antrag 53 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 59

Enthalten 2

[Namensliste 058](#)

2022.FPI.000031: Antrag 54 SVP

Ablehnung

Ja 7

Nein 57

Enthalten 3

[Namensliste 059](#)

2022.FPI.000031: Antrag 55 SVP, Mitte

Ablehnung

Ja 15

Nein 50

Enthalten 1

[Namensliste 060](#)

2022.FPI.000031: Antrag 56 SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 50

Enthalten 1

[Namensliste 061](#)

Präsident: Wir müssen hier unterbrechen. Unsere Zeit ist abgelaufen, sonst gibt es doppeltes Sitzungsgeld. Wir machen Pause und fahren anschliessend hier weiter.

Schluss der Sitzung: 16.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 18.55 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Simone Richner
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Erich Hess	Michael Ruefer
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Kurt Rügsegger
Tom Berger	Seraphine Iseli	Vanessa Salamanca
Diego Bigger	Bettina Jans-Troxler	Mahir Sancar
Lea Bill	Anna Jegher	Judith Schenk
Laura Binz	Raffael Joggi	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Nora Joos	Sara Schmid
David Böhner	Barbara Keller	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Anna Leissing	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Matteo Micieli	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Szabolcs Mihalyi	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Tanja Miljanovic	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Niklaus Mürner	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Bernadette Häfliger	Maurice Lindgren	Sarah Rubin
Matthias Humbel		

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretä- rin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekreta- riat
Anita Flessenkämper		

2022.FPI.000031

2 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft

Präsident: Liebe Stadträte*innen Ich bitte alle wieder abzusitzen und Platz zu nehmen, damit wir mit den Abstimmungen über die Anträge weiterfahren können. Ich bitte alle Platz zu nehmen. Wir fahren weiter mit der Abstimmung Antrag Nummer 57. Ich bitte um Konzentration, wir stimmen ab über den Antrag Nummer 57. Wir stimmen ab.

Fortsetzung Anträge Grundsatzdebatte

57	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Das Haushaltsverbesserungspaket ist wie ursprünglich geplant auf das Jahr 2025 umzusetzen.
58	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Das nächste Haushaltsverbesserungspaket soll effektive Einsparungen vorsehen. Auf eine weitere Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger durch höhere Steuern, Gebühren oder die Einführung neuer Abgaben ist zu verzichten.
59	FDP/JF	Planjahr	Der Gemeinderat wird aufgefordert, in den Produktgruppenbudgets der Jahre 2025ff. zur Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrads der anstehenden Investitionen maximal 30% der gegenüber der Rechnung 2019 eingestellten höheren Steuererträge für den Leistungsausbau und neue Aufgaben zu budgetieren.
60	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern "Leistungen, welche über das gesetzliche Minimum und kantonale Vorgaben hinausgehen und mit entsprechenden Mehrausgaben verbunden sind." In künftigen AFP ist transparent auszuweisen, um welche Leistungen es sich hierbei handelt und welche Ressourcen einschliesslich Personalaufwand mit diesen Leistungen verbunden sind.
61	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Im AFP soll eine Differenzierung in gebunden durch übergeordnetes Recht ersichtlich sein. Gemäss Gemeinderat gebundene Ausgaben sind in Zukunft nach national/kantonal und kommunal (Stadtratsbeschlüsse/Reglemente) separat auszuweisen.
62	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Zur Stabilisierung des Bruttoverschuldungsanteils soll der Gemeinderat dem Stadtrat in Zukunft Aufgaben- und Finanzpläne (AFP) vorlegen, welche der Vorgabe folgen, dass der Bruttoverschuldungsanteil in den jeweils ersten beiden Planjahren die Obergrenze von 140% nicht überschreiten darf.
63	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Finanz- und Investitionsplanung vorzusehen, welche den Sanierungsbedarf von städtischen Infrastrukturen sowohl im Verwaltungs- als auch im Finanzvermögen reduziert.
64	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr	Im AFP ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung ein wichtiges Ziel ist und es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen dieses erreicht werden soll.
65	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr	Die Direktionspersonaldienste sind zu zentralisieren.
66	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Das Stellenwachstum in den Direktionen, das prozentual über dem Bevölkerungswachstum liegt, ist innerhalb der jeweiligen Direktion zu kompensieren wenn es: 1) nicht lastenausgleichsberechtigt ist 2) nicht drittfinanziert ist 3) nicht durch den Vollzug von kantonalem oder nationalem Recht erzwungen ist.
68	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr	Für individuelle Lohnerhöhungen sollen im Grundsatz "nur" 0.5% vorgesehen werden, 1.0% Lohnerhöhungen sollen nur für Verwaltungsangestellte in Betracht kommen, die ein Jahressalär ausweisen, welches weniger als CHF 80'000.00 pro Jahr beträgt.

69	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr	Die Wochenarbeitszeit soll für Angestellte der Stadt Bern grundsätzlich auf 42 Stunden angehoben werden.
70	Mitte, FDP/JF, SVP	Planjahr	Die wiederkehrenden Kostenfolgen der allfälligen Fusion mit Ostermundigen sind im AFP transparent abzubilden.
71	FDP/JF, Mitte, SVP	Planjahr	Auf die Lancierung weiterer Pilotprojekte ist zu verzichten.
72	FDP/JF	Planjahr	Die Stadt soll prüfen, wie durch die Abgabe von Durchgangsstrassen an den Kanton Entlastungen in den Stadtfinanzen erreicht werden können.
73	GB/JA	Planjahr	Es seien Massnahmen für die Gesundheitsprävention, den Gesundheitsschutz und die Entlastung des Personals zu ergreifen. So soll zum Beispiel das Case-Management ausgebaut und gestärkt werden und genügend personelle Ressourcen sollen zur Erfüllung der Aufgaben eingestellt werden.

Abstimmungen Grundsatzdebatte

2022.FPI.000031: Antrag 57 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 22	
Nein 38	
Enthalten 1	Namensliste 062
2022.FPI.000031: Antrag 58 FDP/JF, SVP, Mitte	
Ablehnung	
Ja 16	
Nein 45	
Enthalten 1	Namensliste 063
2022.FPI.000031: Antrag 59 FDP/JF	
Ablehnung	
Ja 22	
Nein 42	
Enthalten 0	Namensliste 064
2022.FPI.000031: Antrag 60 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 23	
Nein 41	
Enthalten 2	Namensliste 065
2022.FPI.000031: Antrag 61 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 24	
Nein 39	

Enthalten 2	Namensliste 066
2022.FPI.000031: Antrag 62 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 23	
Nein 41	
Enthalten 2	Namensliste 067
2022.FPI.000031: Antrag 63 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 18	
Nein 47	
Enthalten 0	Namensliste 068
2022.FPI.000031: Antrag 64 Mitte, SVP, FDP/JF	
Ablehnung	
Ja 17	
Nein 49	
Enthalten 1	Namensliste 069
2022.FPI.000031: Antrag 65 Mitte, FDP/JF, SVP	
Annahme	
Ja 47	
Nein 19	
Enthalten 1	Namensliste 070
2022.FPI.000031: Antrag 66 FDP/JF, Mitte, SVP	
Ablehnung	
Ja 22	
Nein 41	
Enthalten 3	Namensliste 071
2022.FPI.000031: Antrag 67 Mitte, FDP/JF, SVP	
Ablehnung	
Ja 22	
Nein 39	
Enthalten 5	Namensliste 072
2022.FPI.000031: Antrag 68 Mitte, FDP/JF, SVP	
Ablehnung	
Ja 23	
Nein 42	
Enthalten 2	Namensliste 073

2022.FPI.000031: Antrag 69 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 18

Nein 49

Enthalten 0

[Namensliste 074](#)

2022.FPI.000031: Antrag 70 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 28

Nein 37

Enthalten 1

[Namensliste 075](#)

2022.FPI.000031: Antrag 71 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 49

Enthalten 1

[Namensliste 076](#)

2022.FPI.000031: Antrag 72 FDP/JF

Ablehnung

Ja 11

Nein 54

Enthalten 1

[Namensliste 077](#)

2022.FPI.000031: Antrag 73 GB/JA!

Annahme

Ja 40

Nein 24

Enthalten 3

[Namensliste 078](#)

Direktion GuB/PRD

Präsident: Wir kommen zu Punkt Nummer 2, Detailberatung der GuB/PRD. Ich übergebe hier das Wort der Sprecherin der Kommission PVS. Das ist gemäss meiner Information Barbara Nyffeler. Das sind Voten von je 3 Minuten. Als nächste Sprecherin habe ich auf der Liste Corina Liebi und für die RWSU danach, Michael Sutter. Ich bitte auch die Sprecher*Innen sich entsprechend vorzubereiten. Für die PVS Barbara Nyffeler und ich bitte Sie wieder um entsprechend ein bisschen Ruhe im Saal, damit ich Barbara Nyffeler auch verstehen kann. Merci vielmals!

Barbara Nyffeler (SP) für die PVS: Wir haben in der Delegation und in der Kommission das Budget und die Finanzplanung des Stadtplanungsamts und von Hochbau Stadt Bern angeschaut. Beide Abteilungen haben vor allem Personal- und Sachaufwand und etwas an Drittaufträgen. Sie arbeiten beide ab, was andere bestellen. Die PVS stellte

keine Anträge zum Budget. Wir haben zwei Planungserklärungen zu Hochbau Stadt Bern. Sie konnten sie lesen. Antrag 23: dass man im AFP einen Leistungsindikator zum Anteil installierte Photovoltaikanlagen aufnimmt. Damit man aufzeigen kann, wie die Stadt bei diesem wichtigen Thema vorwärtskommt. Die Kennzahl – hat man uns gesagt – ist verfügbar und muss nicht separat mit Aufwand gross erhoben werden. Antrag 24 geht in die gleiche Richtung, da geht es um Gebäudehüllensanierungen. Die PVS beantragt Ihnen, das Budget dieser beiden Abteilungen mehrheitlich anzunehmen und den Finanzplan auch mehrheitlich positiv zur Kenntnis zu nehmen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals Barbara. Dann kommt als nächstes Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP) für die SBK: Die Kommission Soziales, Bildung und Kultur (SBK) hat an ihrer Sitzung im August das Ergebnis des Delegationsbesuches GUB/PRD ausführlich diskutiert. Aus dieser Diskussion möchte ich heute Abend zwei Punkte aufgreifen: Erstens ist in der Präsidialdirektion die aktuelle Personalbelastung ausgiebig besprochen worden. Die Stadtverwaltung weist momentan einen Wert von 11,9 Krankheitstagen pro Vollzeitstelle aus, und das bei fehlender Krankentaggeldversicherung. Als Gründe dafür sind unter anderem genannt worden, dass gewisse Dienststellen teilweise sehr klein sind und eine einzige Langzeitabsenz bereits zu grossen Schwankungen führen kann. Als negative Rahmenbedingungen sind auch die verhältnismässig grosse Fluktuation beim Personal, Personal-Gewinnungsprobleme einhergehend mit einer grösseren Personalbelastung und chronische Ressourcenknappheit genannt worden, die zu einer Zusatzbelastung des Personals führen können. Zweitens gab es auch intensive Diskussionen bei Kultur Stadt Bern. Generell lässt sich festhalten, dass der Gesuchseingang stetig steigt, und das nicht nur bei der Stadt. Das führt zu einer administrativen Mehrbelastung der Verwaltung und der Kommission, obwohl weder mehr Geld zur Verfügung steht, um mehr Gesuche bewilligen zu können, noch dass es ein grosses Publikum gibt, welches die Produktionen schauen gehen kann. Es braucht daher klare Kriterien, wer Förderung bekommt. Weiter erwartet Kultur Stadt Bern, dass die Gesuchsbeurteilung mit dem neuen Experten*innenpool nicht viel effizienter als zuvor umgesetzt werden kann, dafür das Fachwissen besser auf die einzelnen Gesuche zugeschnitten ist. Die aktuelle Arbeitsbelastung der Kommissionen beläuft sich auf rund 45 Gesuche pro Sitzung bei einer Vorbereitungszeit von 3 Tagen. Die Höhe der Sitzungsgelder von 100 Franken pro Sitzung sei in einem Missverhältnis zum Arbeitsaufwand, den die Kommission leisten muss. Diese Problematik soll im Rahmen einer neuen Kommissionsverordnung angepackt werden. Aus der Kommission sind vier SBK-Minderheitsanträge an den Stadtrat weitergereicht worden. Sie beziehen sich namentlich auf die zuvor genannten Kommissionsentschädigungen und das fehlende Geld für die Umsetzung der Lohngleichheitskontrollen im Jahr 2024 bei der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann. Die SBK beantragt, dem Stadtrat dem Budget 2024 mit den behandelten Dienststellen der PRD mit 6 Ja zu 4 Nein bei 0 Enthaltungen zuzustimmen und mit dem gleichen Stimmenverhältnis auch den AFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Im Namen der Kommission möchte ich mich ganz herzlich für die geleistete Arbeit der Verwaltung im vergangenen Jahr bedanken.

Michael Sutter (SP) für die RWSU: Ja die beiden Dienststellen der PRD, die wir in der RWSU behandelt haben, haben nicht viel zu diskutieren gegeben. Wir haben auch keine Anträge gehabt in der Kommission und aus der Kommission demzufolge auch keine

Anträge. Darum ja, mache ich es kurz, die RWSU empfiehlt Ihnen für die zwei Dienststellen das Budget anzunehmen und den AFP zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Merci.

Präsident: Kurz und bündig. Danke vielmals, wir wären bei den Fraktionsvoten. Ich glaube, die erste ist Eva Chen gewesen. Alexander Feuz, Sofia Fisch, Tom Berger habe ich gesehen. Macht ihr es zusammen Nora? Gut. Lukas Gutzwiller. Gibt es weitere Voten? Barbara Nyffeler auch noch? Gut. Wir starten mit Eva Chen für die AL/PdA.

Eva Chen (AL) für die Fraktion: Ich begründe zuerst unseren Antrag und gehe nachher auf einzelne Anträge noch kurz ein. David Böhner wird dann noch den neuen Antrag 26, der dazu gekommen ist, begründen. Die Fraktion AL/PdA beantragt mit dem Antrag 6 und der gleichlautenden Planungserklärung 20 eine Erhöhung des Betriebskredites der Reitschule um 60'000 Franken ab 2024 und auch für die weiteren Vertragsjahre. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung ist den massiv angestiegenen Strom- und Gaspreisen geschuldet. Bei den Verhandlungen des Leistungsvertrages mit der IKUR hat man den Anstieg nicht voraussehen können und darum sehen wir die Verantwortung auch bei der Stadt als Leistungsvertragspartnerin. Der Beitrag, mit dem die Stadt an die Nebenkosten beiträgt, hat einmal 30 Prozent der Gesamtkosten gedeckt. Laut den Prognosen wird es 2024 nur noch rund 17 Prozent der Nebenkosten decken. Die höheren Strom- und Gaspreise werden längerfristig auch für andere Kulturbetriebe ein Problem darstellen. Weil wir dort genauso Handlungsbedarf sehen, werden wir heute Abend ein dringliches Postulat zu diesem Thema einreichen. Weil die Reitschule ihre Leistungsverpflichtung von sozialverträglichen Eintritts- und Konsumationspreisen gefährdet sieht, braucht es dort schnellstmöglich eine Anpassung. Deshalb bitten wir Sie, sowohl unseren Budgetantrag als auch die dazugehörige Planungserklärung zu unterstützen. Dann komme ich zu den anderen Anträgen. Pauschal zusammengefasst kann man vorwegnehmen, dass die Fraktion AL/PdA sich ganz klar für ein nachhaltiges und verantwortungsvolles Budget und grundsätzlich gegen Kürzungen einsetzt. Wenn man sich die Kürzungsanträge der SVP, Mitte und FDP/JF anschaut, könnte man meinen, dass hinter diesen Zahlen keine wichtigen Anliegen, keine wertvolle Arbeit und vor allem keine Menschen stehen. Es ist ein bisschen anmassend, den Fachstellen vorschreiben zu wollen, welche - aus Sicht der rechten Ratshälfte - ihre Kernaufgaben sind, wie zum Beispiel beim Antrag 1 «Ombudsstelle» oder auch bei Antrag 22 bei der Denkmalpflege oder welche Projekte, die man gerade ersatzlos streichen könnte, weil man als Cis-Männer-Fraktion findet «Bern schaut hin» sei überflüssig. Super ist es auch, wenn man, statt Hürden abzubauen, neue Hürden errichten will, wie zum Beispiel mit der Planungserklärung 18, mit der man die Gesuchsbewilligungen der Kulturförderung an qualitative höhere Voraussetzungen binden will, was auch immer in dem Kontext als qualitative Voraussetzung verstanden werden soll. Kunst- und Kulturangebote brauchen Erfahrungswerte, Entwicklungsspielraum und vor allem Plattformen. Ziele des neuen Kommissionsmodells sind unter anderem auch, dass man die Gesuche nicht auf bestimmte gewünschte Aspekte ausrichtet, sondern dass man eben die Gesuchseinreichungen gesamthaft vereinfacht. Deshalb ist dieser Antrag aus unserer Sicht völlig verkehrt. Gleichzeitig will man mit Antrag 9 schon bereits eingestellte Gelder für die Gesuchprüfung streichen, weil man ja eben einfach Qualitätsmerkmale festlegen kann und das nachher wohl am besten gerade ein Selbstläufer wird. Weil unsere Fraktion vom Gegenteil überzeugt ist, und zwar, dass es eben unbedingt Kunst- und Kulturschaffende braucht, die wissen, von was sie sprechen, und die Gesuchskompetenz beurteilen kön-

nen, unterstützen wir selbstverständlich den Antrag 5 SBK-Minderheit und die dazugehörige Planungserklärung. Die Kommissionsarbeit soll fair und nicht symbolisch vergütet werden. Gerade Kunst- und Kulturschaffende sind in der Regel leider nicht diejenigen, die sich nebenbei noch Gratisarbeit leisten können. Besonders im Zuge der sozialen Nachhaltigkeit für Kunst- und Kulturschaffende, für die sich die Stadt in ihrer Kulturbotschaft eindeutig dazu bekannt hat, wäre es fatal, gerade bei den Kommissionen zu sparen und damit zu riskieren, dass die wichtige Arbeit nicht mehr von Kunst- und Kulturschaffenden verrichtet werden kann. Als Folge könnten nur noch Gutverdienende die Arbeit machen, was längerfristig den Diversitätsanspruch der Kommissionszusammensetzung gefährden würde. Ebenfalls im Zeichen der sozialen Nachhaltigkeit in der Kulturbranche unterstützen wir natürlich auch die Planungserklärung 21 der GB/JA! zur sukzessiven Erhöhung der Projekt- und Programmförderung. Es ist nämlich eigentlich ein vielsagendes Zeichen, dass sich durch die Einhaltung von sozialverträglichen Löhnen die Projektzahlen, die man finanzieren kann, halbiert hat. Eine sozialverträgliche Kulturförderung darf die Breite und Vielfältigkeit der Angebote nicht aufheben. Die Fraktion AL/PdA unterstützt auch die Leistungs- und Personalaufstockung zugunsten der Gleichstellung zur sozialen Infrastruktur und zur Freiraumplanung. Wir werden darum auch dem SBK-Minderheitsantrag 2 sowie den Antrag 11 JUSO und 12 GB/JA! zustimmen, so wie die gleichlautenden Planungserklärungen unterstützen. Ebenfalls unterstützen wir die Aufnahme von Leistungsindikatoren zur Überprüfung der Klimaziele und damit die Planungserklärungen der PVS sowie auch die Planungserklärung des Büros als Folge des Verzichts auf Papierunterlagen durch die GRSR-Revision. Alle anderen Anträge werden wir ablehnen.

Präsident: Merci vielmals Eva. Ich nehme an, ihr habt ein geteiltes Votum gehabt. Ihr habt noch 2,5 Minuten.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Noch zweieinhalb Minuten gut, das reicht genau. Es geht um die Seenotrettung im Mittelmeer. Wir haben einen Antrag gestellt, der ursprünglich im SUE drin war, also irgendwie unter «Rettung und Etwas». Wir haben dann jetzt gemerkt, dass das nicht so sinnvoll dort ist, und haben ihn in die Präsidialdirektion rübergeschoben, in der es um die Entwicklungszusammenarbeit geht und so. Ich hoffe, dass wir damit nicht allzu viel Verwirrung gestiftet haben und, genau, Ihr habt es schon gelesen. Und ich gehe davon aus, dass wahrscheinlich einige von uns in ein paar Wochen ihre Herbstferien am Mittelmeer verbringen werden. Deshalb bitte ich Sie von ganzem Herzen, diesem Antrag zuzustimmen. Es ist sehr wohl ein Thema, welches direkt die Stadt Bern betrifft. Auch wenn wir immer noch keine freie Sicht auf das Mittelmeer haben, können wir vor dieser Tragödie mit tausenden von Menschen, die jedes Jahr ertrinken, die sich jedes Jahr abspielt, nicht einfach die Augen verschliessen. Der Stadtrat hat in dieser Legislatur schon ein paar Mal über den Umgang mit Geflüchteten debattiert und schon einige symbolische Vorstösse angenommen, die sich für einen menschlichen Umgang mit Geflüchteten einsetzen. Zum Beispiel im letzten März, als wir ein Postulat von Seebrücke Schweiz sehr deutlich angenommen haben. Jetzt bei dieser Budgetdebatte haben wir die Möglichkeit, die symbolische Ebene zu verlassen und ganz konkret eine solidarische Spende für die Seenotrettung zu leisten und damit Menschenleben zu retten. Wir können mit einem solidarischen einmaligen Beitrag das Seenotrettungsschiff «SEA-EYE 4», welches im Mittelmeer unterwegs ist, unterstützen, wie das schon einige Kommunen in Deutschland gemacht haben. Mit 7'000 Franken respektive 7'000 Euro können wir das Betreiben des Schiffes für einen Tag unterstüt-

zen. Darum hat die Fraktion AL/PdA einen einmaligen Budgetantrag von 70'000 Franken gestellt. Damit wären zehn Tage Seenotrettung durch die «SEA-EYE 4» damit finanziert. Falls Sie jetzt finden, das sei ein zu hoher Betrag, haben wir Eventual-Anträge gestellt, aber wir fänden es ein sehr starkes und wichtiges Zeichen, wenn der Stadtrat diesen heute Abend setzten würde und diese paar Franken im Budget aufnehmen würde. Wir können Menschenleben retten damit. Danke vielmals.

Präsident: Danke David. Ich habe jetzt auf der Liste Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: PRD ist für uns ein bisschen ein Sorgenkind. Wir haben ein paar Punkte und wir werden dort auch relativ streng sein in den Kürzungsanträgen. Wir haben ein paar Punkte, die uns nicht passen. Fangen wir an mit dem grossen Leuchtturmprojekt, mit den Fusionen. Alle anderen Gemeinden mit Ausnahme von Ostermundigen sind abgesprungen. Ostermundigen: So wie man es verhandelt hat, dass man ihnen nicht einmal einen eigenen Gemeinderat geben will, obwohl man das hätte machen können. Ich erinnere an Littau-Luzern, Schlosswil und Grosshochstetten, das ist etwas, was nicht gut kommt. Ich habe wirklich das Gefühl, jetzt auch mit dieser Budgetdebatte, die hier stattfindet, dass die Leute gewarnt sind. Das ist etwas, was in die Hose geht. Da war man einfach zu arrogant. Das wird sich rächen. Das Gleiche haben wir auch beim Bypass gesehen, wir haben geplant, eine grosse Planung. Was haben wir gehabt? Ich habe die Medienmitteilung gelesen, ich bin ja nicht mehr in der PVS, aber das zwischen den Zeilen habe ich gelesen. Dort hat es Fehler gegeben. Dort ist man mit dieser Planung nicht einverstanden. Ich war selber in der Quartierkommission, als man das Projekt vorgestellt hat. Eine halbe Stunde Zeit hat man gehabt, man hat aber von Anfang an erklärt, dass das dann wahrscheinlich nicht reicht und nachher sind die ersten 25 Minuten Belanglosigkeiten gesagt worden, welche die Leute schon etwa drei- oder viermal gehört haben. Aber auf die richtig heiklen Punkte, da ist man dann nicht eingegangen. Das sind Sachen, die man nachher eben auch sieht. Aber auch schon bei früheren Planungen: Ich erinnere an das Kunstmuseum, man will dort dem Herrn Wyss, Investor, entgegenkommen, indem man die Schützenmattstrasse einfach dann mal dort ein bisschen abschneiden soll und eben am Tag nicht mehr durchfahren kann. Zu den Drogensüchtigen – ich bin Weissgott nicht der Vorkämpfer von ihnen – aber dann sagen: «Ja, die dürfen dann nicht dort vor der Schule durchlaufen, die müssen dann dort nicht durchgehen.» Die Leute haben das Recht, von der Busstation auf dem direkten Weg zu ihrer Anlaufstelle zu gehen. Und wenn man nachher so plant und so macht, dann muss ich sagen, fehlt einfach relativ viel. Aber auch in eigener Sache. Davon sind wir von der SVP selber betroffen. Sie haben es wiederum gehört, der Antrag wurde abgelehnt, und man wird dementsprechend wieder vorgehen. Da hat man Leistungsverträge mit Institutionen und da wird eine gewisse Kategorie aus politischen Gründen keinen Zugang erhalten. Man darf hier auch nicht immer das Gefühl haben, man sollte hier etwas dagegen machen. Nein, es ist Gott gegeben. Es ist halt so, ein eidgenössischer Musikpreis wird nachher vergeben. Zugang hat man nicht. Man hat wahrscheinlich die Institutionen nicht einmal darüber orientiert, dass gewisse Leute keinen Zugang haben. Wenn man so vorgeht, kommt das nicht gut. Das sind einfach die Zeichen einer gewissen Überheblichkeit, die eben nicht geht. Und dann bleiben wir gerade bei der Kultur: Wir hatten eine Kommission, verschiedene Fachkommissionen «Literatur», «Tanz», «Ballett», die die Förderungsbeiträge angeschaut haben. Jetzt zentralisiert man alles. Ich hoffe, der Stadtpräsident liest dann wenigstens das Protokoll, wenn man ihn kritisiert. Auch das ist ein Zeichen mangelnden Respektes und ich hoffe, Ostermundigen sieht ja auch, wie es dann ihnen geht,

wenn sie unter dem rot-grünen Joch sind, dass, wenn man selbst Kritik macht, das abprallt. Wir sind hier nicht im Kleinen und Grossen Burgerrat, wir sind hier im Stadtrat und offensichtlich ist das, was ich hier sage, nicht sehr wesentlich, aber immerhin hoffe ich, die Medien nehmen es auf, im Zeichen eben von dieser stadtpäsidentlichen Macht und Arroganz. Wenn man sich eben nicht anschauen will, wie man es machen will, dann sage ich und auch die Kleinkindererzieherin, wenn nicht hören will, muss fühlen. Dann gibt es dementsprechend eben Anträge, die man stellt, weil das alles einschneidende Sachen sind. Wenn man Leute ausgrenzen würde, gewissen Sachen wie den Schweizerhof, der keine Chinesen mehr bewirten würde oder was auch immer, gäbe es ein Aufschrei der Empörung. Wenn das Puppentheater keine Leute aus Indien nähme, ein Aufschrei der Empörung. Aber gewisse andere Sachen akzeptiert man halt eben nachher und das ist eben auch der Punkt, wieso wir jetzt hier im PRD doch gewisse scharfe Anträge ganz bewusst stellen. Ich fange jetzt an. Ich will auch die Redezeit. Ihr habt gesehen, ich bin wie immer schön drinnen. Vorhin hat auch eine Rednerin der SP die Redezeit schön überzogen. Ich war immer gegen eine Kürzung der Redezeit. Ich habe gesagt, ich komme damit dann aus, aber wenn man die Anträge nicht einmal knapp begründen kann, ich werde die Sache schön einhalten. Aber eben, wenn Ihr jetzt die ganze Problematik seht, dann kann man einfach in gewissen Anträgen stellen, dort gehe ich jetzt eben gerade hin. Ich fange jetzt gerade eben mal mit den Anträgen 7 und 8 an. Dort will ich den Personalaufwand in der PRD-Kultur um 700'000, respektive eventualiter auf 350'000 kürzen. Wenn man nicht in der Lage ist, politisch unbeliebte Personen den Zugang wieder in die Reithalle sicherzustellen und sich um das foutiert und nachher stellt man in der Kultur- und Kunstkommission alles auf den Kopf und schafft die bewährten Fachkommissionen ab, dann bin ich der Meinung, ein solches Gremium kann man in der Verwaltung kürzen. Ich habe unverständliche Entscheide gesehen, welche Gruppierungen Geld bekommen und welche Gruppierungen nicht. Darum bin ich der Meinung, man kann dort sehr viel kürzen, ohne dass man Probleme hat. Jetzt auch gerade etwas zu den Anträgen 13 und 14: Ihr seht, in dem Antrag Nummer 12 habe ich wirklich ganz gross mit dem Holzhammer zugeschlagen und eine Kürzung von 12 Millionen verlangt. Ich habe einfach gesagt, wenn man so daneben plant, wie eben beim Bypass in Ostermündigen, dann hat es einfach mal Konsequenzen. Aber ich sehe, den Herrn Stadtpräsident, – obwohl man ihm will 12 Millionen kürzen – interessiert das ihn nicht gross. Er kann es nachher im Protokoll nachlesen. Die Abstimmung werde ich wahrscheinlich verlieren, aber immerhin geht es mir darum, ein Zeichen zu setzen, um euch Ostermündigern zu zeigen, wie es euch dann geht, wie man euch dann zuhören wird, wenn ihr dann zum 7. Stadtteil werdet. Wenn man nachher die Fehlplanungen usw. sieht, dann bin ich der Meinung, da muss man halt dann kürzen. Die 12 Millionen sind viel, das ist mir klar. Ich habe nachher einen bescheidenen Eventualantrag gemacht, um doch hier irgendwie ein Zeichen zu setzen, dass man mit dieser Planung, bei der man einfach Geld ausgibt, immer neues Personal einstellt, für immer neue Planungen, obwohl die anderen Planungen teilweise abgeschlossen sind, dass man hier das nötige kürzt. Jetzt gehe ich auf ausgewählte, das heisst auf gewisse Artikel ein, die wir kürzen. Anträge 3 und 4: Hier gehe ich nicht gross darauf ein. Auch die anderen Anträge der SBK-Minderheiten werde ich nicht gross erwähnen. Einfach zu einem Antrag muss ich sagen, dass wir natürlich dann den Erhöhungskredit der Reithalle ablehnen, ist klar. Wenn man keinen Zugang aus Gründen hat, erhöht man nachher nicht noch in einer Amtszeit mit angespannter Finanzlage die Sache. Wir haben dort andere Anträge, Ihr werdet dann sehen, weil wir eben der Meinung sind, dass wir dann mit dem Personal der Kantonspolizei den nötigen Schutz hinbringen. Selbstverständlich unterstützen wir alle die Anträge der Mitte/FDP/Jungfreisinn. Insbesondere habe ich vorhin

ja kritisiert – ein weiteres Beispiel dieses Blödsinns in dieser Kulturstadt Bern – dass bewährte Kommission abgeschafft werden. Jetzt macht man dafür eine neue Kommission. Die Leute, die das teilweise jahrelang gemacht haben, sind – im Gegenteil der kleinen Anfrage – sehr unzufrieden, was meine Abklärungen ergeben haben. Man will dann hier noch bei der Gesuchsverwaltung nachher noch mehr Geld haben, was noch zentral ist und die professionellen Leute noch mehr Geld haben. Deshalb ist für uns die PRD eine ganz grosse Baustelle, deshalb unsere massiven Kürzungsanträge, als eine Konsequenz aus einer gewissen Arroganz der Macht.

Präsident: Vielen Dank Alexander Feuz. Für das Protokoll: bis jetzt hat noch niemand die Redezeit überschritten. Ich habe jeden abgeklemmt bis jetzt und es haben alle gleich viel Zeit gehabt. Wir kommen zu der dritten Sprecherin für die SP/JUSO. Ess fängt Sofia Fisch an - und ich glaube, das ist geteilt mit der Barbara Nyffeler. Habe ich das richtig registriert? - Soll ich etwas sagen oder habt ihr die Zeit im Griff? Habt ihr die Redezeit im Griff? Oder soll ich es in der Hälfte sagen? - Ist gut, merci.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Genau, Barbara Nyffeler wird als PVS-Mitglied zum Hochbau- und Stadtplanungsamt sprechen und wegen der Nähe auch zu den Anträgen des Denkmalschutzes Stellung nehmen. Ich werde jetzt zu den anderen Anträgen sprechen. Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt von der Wichtigkeit der städtischen Ombudsstelle. Es ist eine wichtige Anlaufstelle für die Bevölkerung. Ihre Anliegen und ihre Kritik müssen in einer gut funktionierenden Demokratie ernst- und aufgenommen werden. Das soll niederschwellig passieren können und darf nicht voraussetzen, dass Menschen auf langwierige und auch sehr teure Rechtsstreitigkeiten eingehen müssen. Es ist nicht zuletzt auch von grossem Interesse für die Stadt. Auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung bietet die Ombudsstelle grosse Vorteile bei Konflikten. Die Meldestelle setzt ein wichtiges Zeichen, dass sich die städtischen Mitarbeitenden kritisch und offen über ihre Arbeitssituation äussern können, ohne Gefahr zu laufen, dass es Konsequenzen gibt. Der Dienst der Ombudsstelle verträgt keine Kürzungen. Wir werden als Fraktion darum den Antrag 1 ablehnen. Beim Antrag 2 und 17 von der SBK-Minderheit hat es einige Diskussionen gegeben in der Fraktion. Aus finanzpolitischen Gründen soll die Überprüfung der Lohngleichheit mittels Stichkontrollen bei der städtischen Aufgabenvergabe erst 2025 erfolgen. Ein Teil der Fraktion sieht in den Verpflichtungserklärungen, die auch jetzt schon abgegeben werden müssen, das grosse Kommitent. Die Verpflichtungserklärungen seien in erster Linie ausschlaggebend dafür, ob die Lohngleichheit eingehalten wird oder nicht. Sie finden es vertretbar, mit der Einführung der Stichkontrolle bis 2025 zu warten. Ein anderer Teil der Fraktion sieht das nicht so und ist entrüstet darüber, dass wieder einmal auf dem Rücken der Gleichstellung solche finanzpolitischen Entscheide getroffen werden. Die Stadt Bern steht in der Pflicht, die Stichkontrollen ab 2024 einzuführen. Das steht so im Aktionsplan «Gleichstellung», und zudem hat die Stadt auch die Charta Lohngleichheit im öffentlichen Sektor unterzeichnet, die sie dazu verpflichtet. Wir haben bei diesen Anträgen Stimmfreigabe beschlossen. Alles in allem muss man in der Gleichstellung aller Geschlechter aber jetzt endlich vorwärts machen und die Kürzungen bei dieser Fachstelle goutieren wir nicht. Wir werden darum die Anträge 3 und 4 ablehnen. Zu den Anträgen 5 und 19 SBK-Minderheit: Die Fraktion möchte die Überarbeitung der Kommissionsverordnung abwarten und stellt sich aus dem Grund zum heutigen Zeitpunkt gegen eine einseitige Erhöhung der Entschädigung der Kommission für Kulturförderung. Sie lehnt den Budgetantrag sowie die Planungserklärung ab. Wir als JUSO werden die beiden Anträge unterstützen. Die Ent-

schädigung der Kulturförderkommission ist rein symbolisch und viel zu tief für die Arbeit, die geleistet wird. Ich zitiere gerne die Kulturbotschaft: «Die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden muss verbessert werden. Die öffentliche Kulturförderung steht hier in der Verantwortung.» Das muss doch eigentlich auch einfach für die Kulturschaffenden und ihre Arbeit innerhalb dieser Kommission gelten. Es ist schon etwas peinlich, dass die Stadt Bern bis jetzt ihre eigenen Grundsätze zur sozialen Nachhaltigkeit nicht einhält. Wir sind der Ansicht, dass die Arbeit der Kulturförderkommission angemessen entschädigt werden muss, und bitten Sie, die beiden Anträge anzunehmen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Budgetantrag 6 und den Planungserklärungsantrag 20 von der AL/PdA-Fraktion. Die Abgeltung der Nebenkosten sind seit dem Abschluss der Leistungsverträge nie angepasst worden. Gerade in Zeiten, in denen Strom- und Gaspreise steigen, gilt es jetzt endlich, diese Anpassung vorzunehmen. Für die Fraktion ist es auch wichtig, dass die Problematik bei allen Kulturbetrieben und weiteren gemeinnützigen Vereinen überprüft wird. Deshalb reichen wir das Postulat, das vorhin erwähnt wurde, ein. Die Stadt Bern soll ein Ort mit einem vielfältigen Kulturangebot bleiben. Für das braucht es natürlich auch genügend Ressourcen beim Personal. Kürzungen haben da keinen Platz. Antrag 7, 8 und 9 lehnen wir ab. Auch den Antrag 10 von der SVP, in dem es um Dienststellen aus den Beziehungen und Statistik geht, lehnen wir ab. Budgetanträge 13 und 14, in denen horrende Kürzungen bei der Präsidialdirektion gefordert wird, lehnen wir auch ab. Den Antrag 15 lehnen wir ebenfalls ab. Der Planungserklärung des Büros stimmen wir zu. Antrag 18 lehnen wir ab. Für uns ist es wichtig, dass es ein vielfältiges Kulturangebot in der Stadt gibt, wie ich schon gesagt habe. Wir wollen den Kulturschaffenden keine weiteren Hürden auferlegen. Bei dem Planungserklärungsantrag 21 der GB/JA!-Fraktion haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Für einen Teil der Fraktion ist klar, dass der Kredit für die «Spartenübergreifenden Projekte und Programmförderungen» angepasst werden muss, damit die Vielfalt in der bernischen Kulturlandschaft bestehen bleibt und die Anzahl der Projekte nicht abnimmt. Ein anderer Teil der Fraktion erachtet es nicht als erwiesen, dass in Zukunft ohne diese Planungserklärung weniger Projekte gefördert werden, und gemäss diesem Teil der Fraktion gilt es zuerst abzuwarten und zu schauen, ob das wirklich ein Problem ist. Genau! Antrag 26 von der AL/PdA und alle Eventual-Anträge dazu unterstützen wir auch.

Präsident: Danke vielmals. Barbara du hast noch 2 Minuten.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Ich fange an mit Antrag 12: Die fünfzig Prozent-Stelle beim Stadtplanungsamt für die Freiraumplanung, den Antrag lehnen wir ab. Wir sind der Ansicht, dass mehr Ressourcen in der Planung nichts bringen, wenn nachher die entsprechenden Kapazitäten für die Umsetzung fehlen. Für den Antrag 22, die Stellenreduktion bei der Denkmalpflege haben wir durchaus Sympathien. Wir wünschen uns weniger Erhalt der Welt von gestern und mehr Flexibilität für die Welt von heute und von morgen. Ich nenne nur das Stichwort «Schulanlagen». Wegen dieses schützenswerten Ensembles darf die Stadt bestehende Gebäude nicht ersetzen oder vergrössern und muss dafür wertvollen Freiraum verbauen. Trotzdem lehnen wir diesen Antrag ab, weil er vom falschen Ende herkommt. Zuerst müsste man die Aufgaben der Denkmalpflege anpassen, bevor wir über die Stellen anfangen können zu diskutieren, denn sonst werden alle die Bewilligungsverfahren noch viel länger dauern. Die PVS-Anträge 23 und 24 nehmen wir an.

Präsident: Vielen Dank Barbara. Als nächstes kommt für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion Tom Berger.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Ich halte ein grundsätzliches Votum, welches sich über alle kommenden Direktionen zieht. In der Grundsatzdebatte ist uns vorgeworfen worden, wir machen hier keine Finanzpolitik, weil wir ja gar keine Anträge einreichen. Wo soll man dann Schwerpunkte setzen? Die Finanzpolitik und gute Finanzpolitik wird also darauf limitiert, dass man möglichst mehr Geld ausgibt und dass man möglichst irgendwo noch Empfangskreise definiert, bei denen man noch ein bisschen mehr Geld ausgeben soll. Auf gar keinen Fall! Eine gute Finanzpolitik kann sein, wenn man alles liest, was der Gemeinderat schreibt. Wenn man zum Beispiel liest, dass der Gemeinderat damit plant, dass wir Ende 2025 kein Eigenkapital mehr werden haben und dass man darum konkrete Vorschläge macht, wo man auch weniger ausgeben kann. Wo könnte man weniger ausgeben? Wir können bei uns selber anfangen. Es ist nicht lange her, da haben wir unser Sitzungsgeld von 80 auf 130 Franken pro Sitzung erhöht. Nachher macht man aber einen Teuerungsausgleich, bei dem man den Referenzwert nimmt, der weit zurückliegt, also noch weiter zurück als die 80 Franken, die man hatte, und begründet darum, dass das Sitzungsgeld gerade wieder erhöht werden muss auf 135. Ihr wisst, wir haben in der nächsten oder übernächsten Sitzung das entsprechende Reglement, in dem es genau darum geht, dass man den automatisierten Teuerungsausgleich auf unser eigenes Sitzungsgeld streichen kann und wir stellen bereits jetzt den Budgetantrag dazu, dass man entsprechend bei uns selber anfängt mit der Bescheidenheit, die es braucht. Zu den Kommissionsentschädigungen in der Kultur ist vorhin von Seiten von der SP/JUSO bereits das Entscheidende gesagt worden. Der Kommission wurde klar gesagt, dass im Moment verwaltungsintern über die ganze Stadt und über sämtliche Kommissionen, die es gibt, – es gibt ganz viele Kommissionen und in all diesen Kommissionen wird sehr wertvolle Arbeit geleistet nicht nur in der Kulturkommission, eine Überprüfung im Gang ist, wie die Entschädigungen sind und es ist angedacht, dass man die einander angleichen würde. Es bringt absolut gar nichts, wenn Sie jetzt den Kulturschaffenden beweisen wollen, wie gut Sie sich für sie einsetzen, indem Sie einfach parallel zu dieser Überprüfung bei einer einzigen Klientel, bei einer einzigen Gruppierung, erstmal die Sitzungsgelder erhöhen. Ich bin positiv überrascht, das habe ich aus dem Votum der SP/JUSO-Fraktion herausgehört, dass man angezweifelt hat, dass wegen der simplen Regelung, dass man künftig bei der Kulturförderung die Einhaltung von gewissen Mindeststandards bezüglich der sozialen Sicherheit, massiv weniger fördern können wird. In der Kulturbotschaft steht, dass man davon ausgeht, dass man weniger fördern können wird. Wie viel weniger wird sich erst noch weisen. Und ich erlaube mir trotzdem, auch hier wieder die Frage in den Raum zu stellen, die ich immer bringe, wenn es um die Kultur geht. Vielleicht ist es auch gar nicht so schlimm, wenn man nicht mehr alles fördert. Die Reitschule bringt eine spannende Grundsatzdiskussion auf und da kann ich Ihnen alles offenlegen. Sie haben es vielleicht mitbekommen, ich selber werde ab dem 1. Dezember eine Institution leiten, die unter anderem einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern hat. Die Institution ist in einem Gebäude des Kantons und ich kann Ihnen sagen, die gestiegenen Mietkosten des Kantons, die gestiegenen Nebenkosten, die gestiegenen Stromkosten, alles das tut so einer Institution weh. Aber auch hier erschliesst es sich mir nicht, wieso, dass man eine einzige Institution herausgreift, die man halt besonders gern hat, und der man halt jetzt im Wahlkampf beweisen will, dass man sich sehr für sie einsetzt. Ich wäre sofort dabei, ein Postulat zu machen, in dem man grundsätzlich der Frage nachgeht, was die gestiegenen Nebenkosten bedeuten – nicht selten ist in diesen Situationen

auch der Staat selber der Kostentreiber – was die für die Leistungsvertragspartner bedeuten. Und nachher ist man genau wieder in der Situation, entweder gibt man als Auftraggeber dieser Leistungen mehr Geld oder man ist bereit, Leistungen zu kürzen. Ich erlaube mir explizit bei der Reitschule aber auch noch die Bemerkung, dass das wahrscheinlich eine von diesen Institutionen in der Stadt Bern ist, die am einfachsten ich sage nicht, dass es einfach ist, aber am einfachsten das zusätzliche Geld refinanzieren könnte. Die machen, in meinen Augen einmal pro Jahr ein grosses Solidaritätsfest, spielt mal auch wieder Patent Ochsner gratis, dann haben sie den Stutz doppelt und dreifach drin, müssen ihn aber halt ins Gebäude tun und nicht in andere Kassen. Ich kann den Rest eigentlich zusammenfassen und es gilt wirklich eigentlich für sämtliche Direktionen, die nachher folgen. Wir lehnen so ziemlich jede Mehrausgabe ab, eigentlich alle. Auch hier noch einmal der SP-Gemeinderat und der RGM-Gemeinderat sagen ihrem Parlament, wir brauchen keinen Rappen mehr, als wir im Budget drin haben. Es braucht keine einzige Stelle mehr, als drin ist und Sie bringen Anträge zu Themen, die berechtigt sind, die spannend sind, die wichtig sind, planen aber immer gerade mehr Budget ein. Sie sagen nicht, macht doch diese Aufgabe, priorisiert diese aber innerhalb der Mittel. Ich kann Ihnen dann beim BSS-Votum noch konkrete Zahlen nennen, wieso ich das ein bisschen schwierig fände. Wir werden aber auch die Rasenmäher- oder eigentlich die Mähdrescher-Anträge ab, die da irgendwie einfach linear und pauschal über ganze Direktionen hinwegfahren und irgendwelche riesigen Beträge streichen wollen, ohne zu nennen, auf was man dann bereit ist zu verzichten.

Präsident: Vielen Dank, Tom Berger. Dann käme als nächstes für das GB/JA! Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Ich spreche zuerst zu den Themen, die die SBK betreffen, und Nora Joss wird nachher noch etwas zu den PVS-Themen sagen. Für uns ist klar, dass die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich verbessert werden müssen. Die fehlende soziale Absicherung und die tiefen Löhne führen dazu, dass sich viele Kulturschaffende in finanziell prekären Situationen befinden. Das hat sich nicht zuletzt auch während der Coronapandemie gezeigt. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich die Richtung, die die Stadt einschlägt, die höhere Löhne und bessere soziale Absicherungen für die Kulturschaffenden vorsieht. Für uns ist aber auch klar, dass die Verbesserungen nur dann nachhaltige Veränderungen bringen, wenn man auch mehr Geld in die Kulturförderung investiert. So sind im Moment bei den direkten Projekt- und Programmförderungen höhere Honorare und Beiträge an die Berufsvorsorge vorgesehen, ohne allerdings den Kredit entsprechend zu erhöhen. Das bedeutet schlussendlich ganz einfach, dass weniger Projekte gefördert werden als zuvor. Eine wirklich nachhaltige Verbesserung für die Kulturschaffenden sieht unserer Meinung nach anders aus. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag 21 gestellt, der zum Ziel hat, dass der Kredit der Projekt- und Programmförderung entsprechend in den nächsten vier Jahren um so viel erhöht wird, dass gleich viele Projekte wie bis jetzt gefördert werden können, aber unter sozialgerechten Bedingungen. Wir unterstützen zudem auch die Anträge 5 und 19 der SBK-Minderheit für eine angemessene Entgeltung der Kulturkommissionsarbeit. Die Arbeit der Kommissionsmitglieder ist sehr wertvoll und aufwändig. Umso mehr finden wir es ein Problem, dass die momentane Entschädigung diesem Aufwand nicht gerecht wird. Für uns liegt es ganz klar in der Verantwortung der Stadt Bern, diese Arbeit angemessen zu zahlen, auch im Hinblick auf die vorher erwähnte soziale Nachhaltigkeit für Kulturschaffende. Die Anträge 6 und 20 von der AL/PdA zur Krediterhöhung für die

Reitschule unterstützen wir natürlich auch. Die steigenden Energiepreise sind ein Problem, die unter anderem auch Kulturinstitutionen betreffen und wir finden es richtig, dass die Stadt dort hilft, die Erhöhungen abzufedern und damit die betroffenen Kulturbetriebe zu unterstützen. Grundsätzlich finden wir es nicht ganz ideal, in diesem Fall nur eine einzelne Institution zu unterstützen. Es ist ja nicht so, dass die Reitschule als einzige mit diesen Preiserhöhungen zu kämpfen hat. Wir hätten deshalb einen allgemeinen Antrag, zum Beispiel für alle Kulturinstitutionen oder Leistungsvertragspartner*innen sinnvoller gefunden. Den Antrag 15 der FDP lehnen wir ab. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein Teuerungsausgleich sinnvoll ist. Uns stellt sich allerdings schon die Frage, liebe SP, wie gewisse Leute auf einem Teuerungsausgleich für unsere Stadtratsarbeit bestehen können und gleichzeitig bei einer Kulturkommission, deren Kommissionsmitglieder im Gegensatz zu uns ja nicht einmal einen Teuerungsausgleich erhalten, nachher gegen eine faire Entlohnung der Kommissionsarbeit sein können. Weiter lehnen wir auch alle Kürzungsanträge zur Fachstelle für Gleichstellung für Mann und Frau ab. Sehr irritiert haben wir dort die Unterstützung der FDP mit dem Antrag Nummer 4 zur Kenntnis genommen. Sie haben die Motion «Text me and you get home» damals mitunterschrieben, aber wenn es darum geht, Geld für die Umsetzung in die Hand zu nehmen, geht das anscheinend relativ schnell wieder vergessen. Ich verstehe wirklich nicht, was Sie hier gross abwarten wollen. Sexualisierte Gewalt ist seit der Einreichung dieser Motion nicht verschwunden. Ihr Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas aber anscheinend schon. Es zeigt sich, wie ernst es euch mit der Bekämpfung von sexualisierter Gewalt ist, und dass für euch einmal mehr sparen halt über jedem politischen Inhalt steht. Zuletzt komme ich noch zu den SBK-Minderheitsanträgen 2 und 17, die fordern, dass die Lohngleichheitskontrolle schon ab 2024, wie es auch im Aktionsplan steht, und nicht erst ab 2025 durchgeführt werden. Die GB/JA!-Fraktion unterstützt diesen Antrag selbstverständlich. Lohnungleichheit ist und bleibt ein reales Problem und es zeichnet sich leider nicht ab, dass wir das von heute auf morgen überwunden haben werden. Seit vielen Jahren wird von bürgerlicher Seite behauptet, dass sich das Problem dann von selber löst, denn der freie Markt regelt ja bekanntlich alle unsere Probleme. Gleichzeitig stagniert der geschlechtsspezifische Lohnunterschied auf hohem Niveau. Das zeigt vor allem, dass ein Abwarten und nichts machen, bringt uns nicht weiter. Dass sich die SP als selbst ernannte Gleichstellungspartei sich hier nicht zu einem klaren Ja durchringen konnte, finden wir darum ehrlich gesagt wirklich enttäuschend. Ich hoffe sehr, darüber denke man noch einmal nach und stimme diesem Antrag zu.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Ich nehme jetzt noch Stellung zu den Anträgen, die das Stadtplanungsamt, Hochbau Stadt Bern und die GuB betreffen. Eine sinnvolle und integrativ gedachte Stadt- und Bauprojektplanung ist wichtig. Wird ein Areal- oder Gebäudeprojekt nicht vorsichtig aufgegleist, die verschiedenen Interessenskonflikte abgewägt und entsprechend umgesetzt, hat das langjährige negative Konsequenzen für alle Raumnutzenden. Die GB/JA! spricht sich entsprechend gegen lineare Kürzungen bei der PRD aus und lehnt die 2 Anträge der SVP ab. Freiraum muss zum Beispiel bei jeder Planung strategisch mitgedacht werden. Genug freier Raum ist ein wichtiger Qualitätsfaktor bei der Siedlungsentwicklung nach innen. Nur so können die definierten Klimaziele erreicht werden, die Biodiversitätsstrategie fruchten und das öffentliche Leben sozial nachhaltig stattfinden. Momentan kann wegen mangelnder Ressourcen beim Stadtplanungsamt nicht jedes relevante Projekt vonseiten des Freiraums begleitet werden. Das darf nicht sein. Unser Antrag Nummer 12 fordert darum eine 50 Prozent-Stelle, um die bestehende Lebensqualität auch für die wachsende Stadtbevölkerung in

den Bereichen Erholung, Nachhaltigkeit, Klima und andere ausreichend zu erhalten und neu zu schaffen. Die GB/JA!-Fraktion erstaunt es sehr, dass unser Antrag nicht konsequent von allen grünen und linken Parteien mitgetragen wird. Handelt es sich doch bei der Freiraumsicherstellung um etwas, das, wenn es einmal verschlafen ist, nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir fragen uns, ob der SP und der GFL eine soziale, lebenswerte und ökologische Ausgestaltung der Stadt Bern plötzlich nicht mehr so wichtig sind. Wo soll das öffentliche Leben sonst stattfinden, wenn nicht in unseren Freiräumen? Und meinem Wissen nach gibt es kein Beispiel, in dem ein Freiraum mal geplant wurde, aber in der TVS Leute für die Umsetzung gefehlt haben. Und sonst lässt man den Freiraum halt brach liegen, was auch gar nicht so tragisch wäre. Auch mit dem Argument, dass es nicht dem Stadtrat seine Aufgabe ist, an einer einzelnen Stelle herumzuschrauben, sind wir nicht einverstanden. Es stimmt, dass die Verwaltung am besten weiss, wo es Ressourcen braucht. Es ist aber nachher unsere Aufgabe, wenn die fehlenden Ressourcen der Verwaltung, die zum Beispiel bei den Delegationsbesuchen hervorgehoben werden, die finanziellen Mittel zur Verbesserung der Situation hier in der Budgetdebatte sicherzustellen. Wir würden uns darum freuen, wenn Sie unseren Antrag unterstützen würden. Betreffend die zwei PVS-Planungserklärungen zu den Leistungsindikatoren: die GB/JA!-Fraktion stimmt beiden zu. Es stimmt, dass die PVS oder die RWSU Einblick in die meisten einzelnen Projekte haben, in denen PV-Anlagen installiert oder Gebäude saniert werden. Was aber bis jetzt fehlt, ist der Überblick. Wir brauchen sinnvolle Kennzahlen und Statistiken, um eine Gesamtansicht zu haben. Nur so ist sichtbar, ob wir zum Erreichen des CO₂-Absenkpfeils bezüglich Wärme, Verbrauch und Stromproduktion auf Kurs sind. Zudem stimmt es nicht, dass sowieso alle Geschäfte in die Kommission kommen. Ist ein Kredit unter dem definierten Betrag, wird das Geschäft nur vom Gemeinderat direkt behandelt. Zum Schluss: die GB/JA!-Fraktion hat starke Sympathien für die Anträge Nummer 26, 27 und 28 der AL/PdA. Es ist gut und notwendig, dass die Stadt Bern einen konkreten Beitrag zur Unterstützung der Seenotrettung im Mittelmeer spricht und sich somit auch gegen die unaushaltbare und sehr beschämende Situation an der EU-Aussengrenze einsetzt. Wir stimmen diesen Anträgen zu und hoffen, dass noch weitere zustimmen.

Präsident: Danke vielmals. Als nächstes kommt für die GFL/EVP-Fraktion Lukas Gutzwiler.

Lukas Gutzwiler (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion hat grosse Sympathie für den Antrag der AL/PdA zur Unterstützung bei den Betriebskosten der Reitschule. Wir sehen das sehr kritisch, dass wir Energiekosten, die natürlich jetzt gestiegen sind, dass man die jetzt quasi subventioniert, aber aus unserer Sicht ist die Reitschule in einer speziellen Situation, weil sie in einem uralten, komplexen Gebäude ist, in dem es baulich sehr schwierig ist, zusätzlich Energie zu sparen. Aber grundsätzlich sollten hohe Energiepreise ein Signal geben zum Energiesparen, um die Leute zu sensibilisieren, aber wir sehen das ein bisschen so wie die AL/PdA, dass es in der Reitschule relativ schwierig ist. Und wie die Vorrednerin vom Grünen Bündnis gesagt hat, eigentlich müsste man bei allen Kulturinstitutionen hinschauen, aber es haben sicher nicht alle das gleiche Einsparpotenzial durch bauliche Massnahmen. Ich komme zum Antrag 15 zum Verzicht auf die Teuerungszulage für unsere Stadtratssitzungsgelder. Es ist schon gesagt worden, das ist das erste Mal, dass ich mir selber den Lohn erhöhen konnte, und zwar ist es praktisch eine Verdoppelung gewesen, und das zeigt einfach, dass die Sitzungsgelder des Stadtrats nichts mit einem Teuerungsausgleich zu tun ha-

ben. Wir werden den Antrag der Bürgerlichen unterstützen, wonach wir auf den Teuerungsausgleich für die Stadtratsgelder verzichten. Das ist nichts anderes als logisch aus unserer Sicht. Nachher zum Antrag 16 vom Büro zu Gemeinde und Behörden, Verzicht auf die Drucksachen, das ist ganz klar, das unterstützen wir. Bei uns gibt es auch einzelne, die gerne gewisse Dokumente auf Papier haben, aber das heisst nicht, dass man die flächendeckend gedruckt zur Verfügung stellen muss. Ich komme noch zu den Anträgen 23 und 24 zu den Leistungsindikatoren für Hochbauten, für Fotovoltaik und Sanierungen: Wir unterstützen die Aufnahme von diesen Leistungsindikatoren, die zwei zu Energiethemen. Es geht hier nur um die städtischen Bauten, aber es ist wichtig, dass die Stadt in diesem Bereich eine Vorbildfunktion wahrnimmt. Alle anderen Anträge zu PRD und GUB werden wir ablehnen.

Präsident: Danke Lukas. Dann kommt noch Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Zuerst einmal herzlichen Dank auch an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die Erstellung vom Budget und vom AFP. Ich würde auch gleich gerne mit einer grundsätzlichen Stellungnahme beginnen. Uns wurde vorhin vorgeworfen, vor allem von Ursina Anderegg, dass wir nicht fähig seien, verantwortungsbewusste Finanzpolitik zu betreiben. Wir schossen nur ein bisschen gegen alles, es sei aber nicht klar, wofür wir denn seien. Das ist ganz klar unsere Antwort: Wir sind grundsätzlich für eine lebendige Stadt Bern. Wir haben das Budget und den AFP, welche der Gemeinderat und die Verwaltung in stunden-, tage-, wochenlanger Arbeit erstellt hat, sehr genau gelesen und wir schauen unsere Aufgabe als Unterstützungstätigkeit an. Das heisst, wir schauen die Unterlagen genau an und versuchen den Gemeinderat dabei zu unterstützen, die richtigen Akzente zu setzen. In einer angespannten finanziellen Lage bedeutet das leider, den Rotstift hervor zunehmen. Das heisst, wir sagen nachher mit ganz konkreten Akzenten: Hier können wir auf etwas verzichten. Hier kann man einen gewissen Betrag einsparen. Hier machen wir einen Antrag im Budget oder eine Planungserklärung für den AFP, wo man auf etwas verzichten kann. Ich erspare Ihnen, auf jeden einzelnen Antrag einzugehen. Ein Beispiel dieser Akzente wäre zum Beispiel die Ombudstätigkeit, bei der wir der Meinung sind, dass es sehr wichtig ist, dass es eine Ombudsstelle gibt. Gleichzeitig ist das Budget der Ombudsstelle in den letzten Jahren, seit sie eingerichtet wurde, massiv gestiegen, hat sich verdoppelt, verdreifacht. Deshalb sind wir bereit, wieder ein bisschen zurückzustecken. Etwas ähnliches auch bei den Kulturkommissionen: Die neue Kulturkommission, die die bisherigen Einzelnen ersetzt hat, hat noch nicht einmal getagt. Das heisst, bevor man dort schon einmal mehr Geld investiert, weil man befürchtet, es gebe mehr Gesuche, wartet man besser ab, wie viele Gesuch es effektiv gibt. Nebst dem, dass die Mitarbeit in der Kulturkommission auch eine sehr ehrenvolle Aufgabe ist, die – glaube ich – sehr viele Menschen auch in der Stadt Bern in der Freizeit verrichten, weil das eine schöne Aufgabe ist. Ein bisschen ähnlich wie mit einem Stadtratsmandat. Ich glaube, die wenigsten sitzen hier drin, weil sie so viel Geld dafür bekommen. Ein weiteres Beispiel, wo man jetzt sparen muss respektive wo wir eine Priorisierung verlangen, ist beim Leistungsvertrag mit der Reitschule. Selbstverständlich ist der schon länger nicht mehr der Teuerung angepasst worden. Es gibt eine politische Mehrheit in der Stadt Bern, die die Kulturinstitution sehr toll und erhaltenswert findet. Gleichzeitig ist für uns absolut nicht ersichtlich, wieso man jetzt genau dort sagen müsste, dass die jetzt leide unter den hohen Nebenkosten und bei allen anderen Kulturinstitutionen, die auch sehr wertvolle Leistungen für die Stadt und für die Bevölkerung erbringen, sagt man einfach: «Ja, die müssen halt selber schauen.» Das ist überhaupt nicht verantwortungsbewusst. Das hat

für uns nichts zu suchen in einer seriösen Budgetdebatte. Das gehört eigentlich in den Rahmen der Leistungsverträge hinein. Wenn man die Teuerung ausgleichen möchte und sagt, die Institutionen leiden unter den höheren Nebenkosten, dann muss man fair sein und bei allen mit gleichen Ellen messen und nicht nur, weil jetzt Wahljahr ist, weil Nationalratswahlen bevorstehen, sagen: genau bei der Reitschule muss man jetzt sofort ein bisschen mehr Geld geben. Nebst dem: Die 60'000 Franken, die hier vorgeschlagen sind, machen, glaube ich, im Budget einer Reitschule nicht so viel aus. So viel zu unserer Haltung. Wir werden grundsätzlich die meisten Anträge, die für Mehrausgaben sorgen, ablehnen und die, die für weniger Ausgaben respektive Mehreinnahmen sorgen würden, annehmen, mit Ausnahme natürlich von denen, die gerade mit dem Schlaghammer ganze Direktionen fast zusammenstreichen wollen. Merci.

Präsident: Danke vielmals Lionel Gaudy. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Wir wären bei den Einzelvoten, zu denen man sich anmelden kann. Sofia Fisch, Michael Burkard, Alexander Feuz. Ich sehe keine weiteren Voten. Dann übergebe ich das Wort der SP, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Ich möchte noch gerne kurz Stellung nehmen zum Antrag 12, in dem gefordert wird, dass eine Stelle für Freiraumplanung geschaffen wird, weil wir als JUSO eine andere Haltung haben als die SP. Nach dem städtischen Entwicklungskatalog soll Bern grün und vernetzt sein. Um das aber auch wirklich sicherzustellen, müssen wir Freiräume in der Planung immer mitdenken, insbesondere auch Freiräume, die für nicht kommerzielle Zwecke genutzt werden können. Viele Bauprojekte können momentan nicht mit einer Fachperson «Freiraumplanung» von Seiten der Stadt begleitet werden, weil es gerade an Personal fehlt. Es kann nicht sein, dass es von den einzelnen Landschaftsarchitekten abhängt, ob Freiraum entsteht oder nicht. Wir bitten Sie und insbesondere auch unsere Fraktionskollegen*innen, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident: Merci vielmals Sofia. Dann käme als nächstes Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL), Einzelvotum: Ich rede nur einzig und alleine zum Antrag 1 der PRD-Ombudsstelle und das mache ich nicht für die Fraktion und nicht für die Kommission bzw. Geschäftsprüfungskommission, sondern einfach als Mitglied dieser Kommission, in der ich das Privileg hatte, die Arbeit der Ombudsstelle ein bisschen zu begleiten und ich lese hier, dass offenbar die Ombudsstelle Amok läuft und irgendwelche Aufträge an sich reisst, die gar nicht in ihr Kompetenzbereich gehören. Dann steht hier: «Grösstenteils beschäftigen sie sich mit Sachen, für die sie gar nicht zuständig sind, die gar nicht in ihrem Aufgabenbereich sind.» Offenbar langweilt sie sich den ganzen Tag und sucht irgendwie im Ausland nach Aufträgen. Als ich als junger Jurist die erste Stelle beim Gericht angetreten habe, ist das erste gewesen, was ich gelernt habe: wie wird man ein Fall los. Nämlich indem, dass man die Zuständigkeit prüft und sagt, wir sind gar nicht zuständig. Das lernt jede Juristin und jeder Jurist im ersten Semester und man lebt es nachher auch vor allem in der Praxis. Und das ist das A und O auch vom Juristendasein, zumindest wenn man in der öffentlichen Verwaltung ist: man ist gar nicht zuständig. Und wenn man weiss, wie die Arbeitslast ist, wenn man vielleicht den letzten Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle gelesen hätte, mit was für Fällen und mit was für einer grossen Belastung sie zu tun hat, dann ist es irgendwie ein bisschen absurd, wenn man behauptet, ja, sie würde noch ausgreifend über den Kompetenzbe-

reich hinaus, in dem sie gemäss Reglement zuständig ist, auch sonst noch Fälle akquirieren, damit sie vielleicht noch am Wochenende sich ein bisschen mit diesen Fällen beschäftigen kann, für die sie gar nicht zuständig ist. Das ist nicht so. Man merkt, dass es ein Missverhältnis zwischen der geschriebenen Begründung des Antrags und der Aussage – du hast es vorher gesagt Lionel Gaudy – das Budget sei verdoppelt worden. Man kann natürlich sagen, man wolle sie einschränken und sagen, sie soll nicht mehr so für alle Leute da sein, die in der Stadt Bern wohnen. Das kann man machen, aber man sollte es ehrlich sagen, man wolle es kürzen und nicht, dass der Aufgabenbereich ausgeweitet werde. Das ist nicht der Fall. Schon in der Webseite steht, dass die Zuständigkeit ein ganz wichtiges Anliegen ist, dass sie aber nicht in die kantonale oder Bundeszuständigkeit eingreift, auch nicht in private Rechtsverhältnisse, sondern nur dort, wo sie effektiv zuständig ist. Was hier behauptet wird, ist faktenfreie Behauptung ohne jeden Wahrheitsgehalt.

Präsident: Merci Michael. Dann käme zum Schluss noch Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich mache es kurz, ich möchte zuerst einmal, eigentlich zweimal danken. Ich möchte der GFL danken, die unseren Antrag und den der FDP zum Verzicht auf den Teuerungsausgleich, unterstützt. Ich finde das gut, für mich ist es nach wie vor unverständlich gewesen, aber gemäss Reglement ist es nicht anders möglich gewesen, als dass hier die Teuerung angepasst wird. Aber für mich ist klar, das geht nicht. Dieser Antrag muss unterstützt werden. Merci! Zweitens: Ich mache es kurz und Lionel Gaudy, du hast mir aus dem Herzen gesprochen. Ich will hier nicht die Emotionen noch hochtreiben. Das, was du zur Reitschule gesagt hast, mit den anderen Kulturinstitutionen, das unterstütze ich voll. Ich habe noch einen dritten Punkt des Büros, den lehnen wir ab. Wir sind nach wie vor einer Meinung, dass wir Papier brauchen. Ich habe es heute auch bedauert, denn ich habe auch gesagt, dass wir hier keinen Drucker haben. Wir können keine Kleinen Anfragen einreichen. Das ist dann die eine Konsequenz. Wir haben keine Fotokopierer. Die SVP hat es für sich organisiert, dass sie es machen kann. Aber das sind für mich alles Dienstleistungen, die ich hoffe, die man hier weiterhin erbringen kann. Sonst ist es einfach relativ schwierig und mühsam, wenn wir sie nicht haben. Sonst muss man ja wirklich ganz konsequent umstellen, dass man sie dann per Mail einreichen kann. Und dann wissen wir alle, wenn manchmal eine Anlage abstürzt, wie wir es auch vorhin fast knapp gehabt haben, was wir haben. Viertens noch zum Vorwurf des Schlaghammers: Es ist mir klar, dass wir hier bei der PRD den Hebel angesetzt haben. Wir haben eigentlich einen Hauptantrag, der wir finden, dass der gut wäre. Es ist mir klar, dass er keinerlei Chancen hat. Wir haben einen Eventualantrag gestellt und wenn Sie wissen, wie wir Geld verplanen und verblöden, dann bin ich der Meinung, dass es gerechtfertigt ist und insbesondere, wenn man dann auch sieht, dass man eine Vorbildfunktion hat. Dem Bürger wird alles verboten. Er soll vegan essen, er soll vegetarisch essen und nicht mehr Autofahren und nachher geht man dann nach New York mit den Kaderangestellten. Das ist nicht wichtig, Hauptsache der Stadtpräsident hat es gehört.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Einzelvoten, daher übergebe ich das Wort dem Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die Debatte. Sie haben es gehört, es hat relativ kurze Kommissionsvoten gegeben aus den drei Kommissionen, die für die PRD zuständig sind. Das waren auch relativ kurze Debatten. Ich würde es begrüssen,

wenn wir jeweils die Anträge auch in den Kommissionen mit den Delegationen diskutieren könnten, dann könnten wir sie ein bisschen vertiefen. Ich kann jetzt nicht auf alle 26 Anträge eingehen in diesen 8 Minuten. Ich probiere, punktuell auf einzelne einzugehen. Die einzigen Anträge, die aus den Kommissionen überwiesen worden sind, sind die Anträge 23 und 24. Es geht um einen Indikator über Fotovoltaikanlagen bei Hochbau Stadt Bern und über die Gebäudehüllensanierung bei Hochbau Stadt Bern. Einfach alle Projekte von Hochbau Stadt Bern kommen durch den Stadtrat, Hochbaustadt Bern macht keine Projekte ausserhalb des Stadtrates. Die Kommission und der Stadtrat wissen eigentlich haargenau, wie die Gebäude saniert werden bei Hochbau Stadt Bern. Der Antrag betrifft ja nur Hochbau Stadt Bern, von dem her haben wir gefunden, braucht es den Indikator oder nicht, aber die Kommission hat den Antrag so gestellt. Dann die beiden Anträge, die den Stadtrat betreffen: Anträge Nummer 15 und 16, wegen dem Teuerungsausgleich und wegen dem Druck. Es geht bei beiden Anträgen genau gleich. Sie haben in Ihrem Geschäftsreglement beides niedergelegt und beides sind gebundene Ausgaben. Also ihr könnt das hier noch lange kürzen, das sind beides gebundene Ausgaben. Wenn Sie etwas ändern wollen an diesen Ausgaben, dann müsst ihr euer Geschäftsreglement überarbeiten. Ihr könnt hier in der Budgetdebatte nichts anpassen in diesen beiden Bereichen. Dann zu den Kulturkommissionen: Die Arbeit der Kulturkommissionen in der bisherigen Form und in der neuen Form wird immer noch die gleiche sein. Also die Geschäfte werden vorbereitet durch das Kommissionssekretariat, und die Kommissionsmitglieder, die in der Kommission dann Einsitz nehmen für diese Sitzung, bereiten sich entsprechend vor. Die Vorbereitungszeit werde zu wenig abgegolten, wird aus der Kulturabteilung gemeldet. Deshalb ist jetzt noch dieser Antrag hier. Der Gemeinderat wird die Entschädigungen von allen Kommissionen anschauen. Wir werden auch im Rahmen dieser Frage probieren, alle Kommissionen gleich zu behandeln und das Ganze so ein bisschen auszubalancieren. Das ist nicht ganz einfach. Aber der Gemeinderat ist daran dran und wir versuchen auch den Anliegen der Kommissionen entsprechend nachzukommen, sobald wir die Arbeit gemacht haben. Wir sind jetzt gerade daran, wir haben eine Vorlage vorliegen. – Können Sie bitte ruhig sein, da vorne. Ich kann mich nicht konzentrieren sonst. – Sobald wir das haben, werden wir Sie darüber informieren. Es wird eine Änderung der Kommissionsverordnung für die Entschädigungen geben und wir versuchen, die Frage dort auch drin abzubilden. Etwas anderes ist es bei der Aufstockung von Kulturgeldern. Wir probieren einfach alle vier Jahre die Kulturdebatte hier zu führen und die Kulturgelder eigentlich für die nächsten vier Jahre nachher festzulegen, für das alle Planungssicherheit haben und unser Grundsatz ist, dass wir unter dieser Periode eigentlich keine weiteren Anpassungen vornehmen. Wenn Ihr jetzt sagt, es gehe um die Heizkosten der Reitschule, dann ist das tatsächlich eine punktuelle Geschichte. Es gäbe dann auch noch die Frage vom Teuerungsausgleich, der eigentlich nicht mitgedacht worden ist bei der Festlegung der Kulturgelder, weil damals als wir die Beiträge für die nächste Periode ab 2024 festgelegt haben, da hat es keine Teuerung gegeben und entsprechend ist keine Teuerung eingerechnet worden. Es gäbe also auch noch andere Fragen, die dort zu diskutieren wären. Wir können die Diskussion gerne führen, aber bitte nicht so isoliert und punktuell wie hier in der Budgetdebatte. Dann noch zu der Fachstelle Gleichstellung: wegen «Bern schaut hin». Das ist ja vom Stadtrat auch so gefordert worden. Es geht dort um 10'000 Franken. 131'000 Franken, da müsste man dort irgendeinen Abbau machen, aber das ist nicht das «Bern schaut hin», den Sie meinen, der damit betroffen ist. Jetzt aber zu den Stichproben der Lohngleichheit, einfach damit ich das vielleicht noch gesagt habe, wie das funktioniert. Wir überprüfen die Lohngleichheit viel konsequenter. Wir überprüfen es auch in den Leistungsverträgen, bei den Vergabungen, und zwar ist

das immer ein System der Selbstdекlaration. Es gibt ein Tool LOGIB, das das eidgenössische Büro für Gleichstellung entwickelt hat, das von allen, – vom Bund bis hin zu den Gemeinden – angewendet wird, wo man die Lohngleichheit nachweisen muss, und das muss man bei jedem Gesuch, jedem Leistungsvertragspartner. Alle, die für die Stadt arbeiten wollen, die bei einer Ausschreibung mitmachen, müssen das LOGIB ausfüllen und nachher machen wir Stichproben. Die Stichproben, das ist wie eine Buchprüfung, müssen Sie sich vorstellen. Und die sind sehr teuer. Sie sind sehr aufwändig. Wir haben nur die Stichproben verschoben, das kostet ungefähr, weiss nicht, 5'000 bis 10'000 Franken pro Stichprobe, für eine. Und es ginge also etwa um zehn Stichproben, die wir jetzt gesagt haben, die machen wir nicht im 2024, die machen wir dann im 2025, ganz risikobasiert dort, wo man das Gefühl hat, da könnte jetzt im LOGIB etwas nicht stimmen. Dort würde man nachher so eine Stichprobe hinterherschicken. Das ist wie eine Steuerüberprüfung, aber eigentlich funktioniert die Einhaltung der Lohngleichheit via die Selbstdекlaration, via das LOGIB. Das ist eigentlich ein gutes System. Das ist das gleiche System, wie es bei den Steuern so funktioniert und eigentlich auch dort gut funktioniert. Wir haben den Eindruck, dass funktioniert auch im Bereich der Lohngleichheit zunehmend besser. So. Dann noch zur kurzfristig aufgetauchten Frage der Seerettung. Ich habe dort persönlich ein grosses Verständnis dafür. Der Stadtrat hat bis jetzt kein Budget gehabt für das, wenn Sie das schaffen wollen, dann machen Sie das. Aus humanitären Gründen, aus Katastrophengründen unterstützt der Gemeinderat jedes Jahr. Wir informieren über das auch die Öffentlichkeit. Es gibt ein Posten bei der Finanzdirektion von 250'000 Franken. 150'000 Franken werden jedes Jahr an drei Organisationen ausgeschüttet. Das sind dieses Jahr die SWISS REHA, SWISSAID und die «Vétérinaires sans Frontières», die bekommen je 50'000 Franken und nachher bleibt der Rest von 100'000 Franken für spontane Massnahmen. Ich bin nicht ganz sicher, aber wir haben uns das überlegt. Wir haben für Odessa, das heisst für ein Hilfsprojekt direkt in Odessa dieses Jahr Geld gegeben. Und wir überlegen uns oder beziehungsweise die Finanzdirektion überlegt sich jetzt, ob man in Marokko oder Libyen eingreifen will. Das ist einfach das Budget, welches es gibt. Wenn ihr ein neues Budget schafft, dann ist das Sache des Stadtrats. Damit bin ich durch. Ich bitte euch alle Anträge abzulehnen und hoffe, ich habe mit diesen Erläuterungen noch am einen oder anderen Ort ein bisschen Licht ins Dunkel bringen können. Merci.

Präsident: Vielen Dank Alec von Graffenried. Wir sind in diesem Fall, auch bei dieser Direktion, bereit für die Abstimmungen der Anträge.

Anträge zur Direktion GuB/PRD

1	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	48/49	GuB	020_Ombudsstelle	Die Nettokosten der Ombudsstelle sind um CHF 218'000.00 zu kürzen.
26	AL/PdA	Budget	100	GuB	030_Gemeinderat	Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen. Antrag wurde neu in GuB/PRD verschoben. Bisher SUE Nr. 14.
2	SBK-Minderheit	Budget	67	PRD	105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_von_Mann_und_Frau	Für die Überprüfung der Lohngleichheit mittels Stichkontrollen bei der städtischen Auftragsvergabe sei bereits ab 2024 Fr. 50'000 einzustellen, um so das Ziel von 10 Kontrollen pro Jahr wie ursprünglich geplant bereits im Jahr 2024 zu erreichen.
3	SVP	Budget	67	PRD	105_Fachstelle_für_die_Gleich	Das Projekt sexuelle Integrität "Bern schaut hin" sei ersatzlos zu streichen. Der

					stel- lung_von_ Mann_und _Frau	Betrag von Fr. 10`000.00 sei ersatzlos zu streichen.
4	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	66	PRD	105_Fach- stelle_für_ die_Gleich- stel- lung_von_ Mann_und _Frau	Kürzung Globalbudget um CHF 131'000.00.
5	SBK- Minder- heit	Budget	70	PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Das bestehende Globalbudget ist für eine angemessene Entgeltung der Kulturkommissionsarbeit um 60'000 Franken zu erhöhen.
6	AL/PdA	Budget	70	PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Der Betriebskredit der Reitschule ist um Fr. 60'000 zu erhöhen.
7	SVP	Budget		PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Der Personalaufwand sei um 700`000 zu kürzen.
8	SVP	Budget		PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Eventualantrag Der Personalaufwand sei um 350`000 zu kürzen.
9	Mitte, FDP/JF, SVP	Budget	69- 71	PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Personalaufstockung für die Gesuchsverwaltung von CHF 60'000 ist zu kürzen.
10	SVP	Budget	75	PRD	130_Aus- senbezie- hungen_und_ Statistik	Das Budget sei um 300'000 zu kürzen.
12	GB/JA	Budget	85	PRD	170_Stadt- planungs- amt	Im Budget sind 70'000.- zusätzliche Mittel für eine 50%-Stelle im Bereich Freiraumplanung einzustellen.
13	SVP	Budget		PRD	übergeord- net	Das Budget bei der Präsidialdirektion sei linear um 12 Mio. zu kürzen.
14	SVP	Budget		PRD	übergeord- net	Eventualantrag: Das Budget bei der PRD sei linear um 3 Mio. zu kürzen.
15	FDP/JF, SVP	Plan- jahr	46	GuB	010_Stadt- rat	Auf den Teuerungsausgleich auf den Sitzungsgeldern des Stadtrats wird verzichtet und das Sitzungsgeld wird wieder bei CHF 130.00 festgelegt. Das Sachkonto 30 Personalaufwand ist um CHF 50'000.00 zu kürzen.
16	Büro	Plan- jahr	45	GuB	010_Stadt- rat	Der Globalkredit ist per PJ 2025 um Fr. 140'000.00 zu kürzen.
17	SBK- Minder- heit	Plan- jahr	67	PRD	105_Fach- stelle_für_ die_Gleich- stel- lung_von_ Mann_und _Frau	Für die Überprüfung der Lohngleichheit mittels Stichkontrollen bei der städtischen Auftragsvergabe sei ab 2025 ff. Fr. 50'000.- einzustellen, um so das Ziel von 10 Kontrollen pro Jahr wie ursprünglich geplant bereits im Jahr 2024 zu erreichen.
18	Mitte, FDP/JF, SVP	Plan- jahr	69- 71	PRD	110_Kul- tur_Stadt_ Bern	Die Bewilligungsvoraussetzung für Gesuche für Kulturschaffende und Kulturveranstaltende soll an qualitativ höhere Voraussetzungen gebunden werden. Es soll wieder mehr nach dem Motto Qualität vor Quantität bewilligt werden.

19	SBK-Minderheit	Planjahr	70	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Das bestehende Globalbudget ist für eine angemessene Entgeltung der Kulturkommissionsarbeit um 60'000 Franken zu erhöhen.
20	AL/PdA	Planjahr	70	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Betriebskredit der Reitschule ist jährlich um Fr. 60'000 zu erhöhen.
21	GB/JA	Planjahr	59	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Kredit der direkten spartenübergreifenden Projekt- und Programmförderung soll in den nächsten vier Jahren sukzessive so erhöht werden, dass gleich viele Projekte wie bis anhin gefördert werden können.
29	FDP/JF	Planjahr		PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	In den kommenden vier Jahren ist bei sämtlichen Projekten auf einen Zuschlag für KIÖR zu verzichten. Antrag wurde neu in PRD verschoben. Bisher TVS Nr. 16.
22	FDP/JF	Planjahr		PRD	120_Denkmalpflege	Der Mitarbeiterbestand der Denkmalpflege ist auf 3 FTE zu reduzieren und der Handlungsspielraum auf den UNESCO-Weltkulturerbe-Permieter zu fokussieren. Ausserhalb des UNESCO Weltkulturerbe Perimeters ist die Mitsprache der Denkmalpflege auf besonders schützenswerte Gebäude zu reduzieren. Entsprechend soll der budgetierte Aufwand auf die Hälfte gekürzt werden.
23	PVS	Planjahr	79	PRD	140_Hochbau_Stadt_Bern	Im AFP 2025 - 2027 und ff. ist ein Leistungsindikator zum Anteil installierter Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen aufzunehmen.
24	PVS	Planjahr	79	PRD	140_Hochbau_Stadt_Bern	Im AFP 2025 - 2027 und ff. ist ein Leistungsindikator zur Anzahl energetischer Gebäudehüllensanierung bei Sanierungen aufzunehmen.

Abstimmungen Direktion GuB/PRD

2022.FPI.000031: Antrag 1 Mitte, FDP/JF, SVP	
Ablehnung	
Ja 17	
Nein 47	
Enthalten 1	Namensliste 079
2022.FPI.000031: Antrag 26 AL/PdA	
Annahme	
Ja 38	
Nein 25	
Enthalten 2	Namensliste 080
2022.FPI.000031: Antrag 2 SBK-Minderheit	
Ablehnung	
Ja 29	
Nein 36	
Enthalten 2	Namensliste 081

2022.FPI.000031: Antrag 3 SVP

Ablehnung

Ja 6

Nein 58

Enthalten 2

[Namensliste 082](#)

2022.FPI.000031: Antrag 4 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 15

Nein 48

Enthalten 2

[Namensliste 083](#)

2022.FPI.000031: Antrag 5 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 18

Nein 47

Enthalten 2

[Namensliste 084](#)

2022.FPI.000031: Antrag 6 AL/PdA

Annahme

Ja 38

Nein 26

Enthalten 3

[Namensliste 085](#)

2022.FPI.000031: Antrag 7 SVP

Ablehnung

Ja 4

Nein 60

Enthalten 0

[Namensliste 086](#)

2022.FPI.000031: Antrag 8 SVP

Ablehnung

Ja 5

Nein 61

Enthalten 0

[Namensliste 087](#)

2022.FPI.000031: Antrag 9 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 15

Nein 50

Enthalten 1

[Namensliste 088](#)

2022.FPI.000031: Antrag 10 SVP

Ablehnung

Ja 5

Nein 60

Enthalten 1

[Namensliste 089](#)

2022.FPI.000031: Antrag 12 GB/JA!

Ablehnung

Ja 19

Nein 48

Enthalten 0

[Namensliste 090](#)

2022.FPI.000031: Antrag 13 SVP

Ablehnung

Ja 4

Nein 62

Enthalten 1

[Namensliste 091](#)

2022.FPI.000031: Antrag 14 SVP Eventual

Ablehnung

Ja 6

Nein 62

Enthalten 0

[Namensliste 092](#)

2022.FPI.000031: Antrag 15 FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 26

Nein 40

Enthalten 1

[Namensliste 093](#)

2022.FPI.000031: Antrag 16 Büro

Annahme

Ja 57

Nein 8

Enthalten 3

[Namensliste 094](#)

2022.FPI.000031: Antrag 17 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 27

Nein 39

Enthalten 1

[Namensliste 095](#)

2022.FPI.000031: Antrag 18 Mitte, FDP/JF, SVP

Ablehnung

Ja 16

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste 096](#)

2022.FPI.000031: Antrag 19 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 18

Nein 48

Enthalten 1

[Namensliste 097](#)

2022.FPI.000031: Antrag 20 AL/PDA

Annahme

Ja 37

Nein 27

Enthalten 3

[Namensliste 098](#)

2022.FPI.000031: Antrag 21 GB/JA!

Ablehnung

Ja 28

Nein 33

Enthalten 3

[Namensliste 099](#)

2022.FPI.000031: Antrag 29 FDP/JF

Ablehnung

Ja 11

Nein 50

Enthalten 6

[Namensliste 100](#)

2022.FPI.000031: Antrag 22 FDP/JF

Ablehnung

Ja 19

Nein 42

Enthalten 6

[Namensliste 101](#)

2022.FPI.000031: Antrag 23 PVS

Annahme

Ja 55

Nein 11

Enthalten 2

[Namensliste 102](#)

2022.FPI.000031: Antrag 24 PVS

Annahme

Ja 54

Nein 12

Enthalten 2

[Namensliste 103](#)

Präsident: Antrag 25 wurde zurückgezogen. Wir kommen jetzt zur Direktion SUE. Ich übergebe der Kommission RWSU das Wort, Marcel Wüthrich.

Direktion SUE

Marcel Wüthrich (GFL) für die Kommission RWSU: Danke. Ich lege zum Anfang bei drei Dienststellen einen Schwerpunkt. Zuerst zum Amt für Umweltschutz (AfU), weil wir da in der Kommission am meisten Zeit benötigt haben und die RWSU da auch Anträge stellt. Das AfU hat in der Umsetzung des Klimareglements und der Erarbeitung der Energie- und Klimastrategie vor allem eine Koordinationsrolle inne, sodass diese Punkte auch bei anderen Dienststellen und ausserhalb der Stadtverwaltung umgesetzt werden können. Der Grundauftrag richtet sich an die ganze Stadtverwaltung und in etlichen Dienststellen besteht noch Spielraum für eine konsequentere Umsetzung der Klimamassnahmen, weil naturgemäss die Konstellation zu Zielkonflikten führt. Ich möchte ein Beispiel erwähnen. Immobilien Stadt Bern (ISB) hat zwar eine nachhaltige Immobilienstrategie, aber ISB hat eben auch den Auftrag zu günstigem Wohnungsbau. Die Kommission will darum via zwei neue Leistungsindikatoren, gerade wie wir es auch vorher gehabt haben mit dem Hochbau, auf die Prioritätensetzung Einfluss nehmen, nämlich dass die installierten Photovoltaikanlagen und die energetischen Gebäudehüllensanierungen künftig erhoben werden sollen. Die Anträge sind bei der FPI dann untergebracht, als RWSU-Anträge Nummer 2 und 3. Zudem beantragt die RWSU vier Planungserklärungen zur künftigen Finanzierung von den übergeordneten Zielsetzungen des AfU zur Annahme. Die betreffen den Bereich des CO₂-Absenkpfeils, der City-Logistik, der klimaverträglichen Ernährung sowie der Umweltgesetzgebung und dem Gewässerschutz. Zweiter Schwerpunkt betrifft den Bereich Schutz und Rettung Bern, da stehen nämlich diverse Neuorganisationen an. Eine generelle Konsolidierung ist deshalb kurz- und mittelfristig nicht absehbar. Im Rettungswesen fordert der Kanton eine neue Ausrichtung und unter dieser Prämisse strebt die Stadt Bern die Zusammenlegung der Rettungsdienste der Sanitätspolizei und der Inselgruppe an und die grössere von beiden ist die Sanitätspolizei und es wäre gut, und die Verhandlungen gehen in die Richtung, dass die zwei Institutionen unter dem Lead der Sanitätspolizei laufen sollen. Im Weiteren steht die Fusion mit der Feuerwehr Ostermundigen per 1. Januar 2024 an. Die Fusion der beiden Feuerwehren findet also vor der möglichen Fusion der politischen Gemeinden und unabhängig von der Abstimmung statt. In diesen Neuorganisationen liegen auch Chancen, so beispielsweise eine Professionalisierung. Die Risiken liegen beim Fachkräftemangel, bei den Finanzen und beim Milizsystem. Dritter Schwerpunkt: Der Gemeinderat will den Tierpark in den nächsten Jahren auf ein solides Fundament stellen. Darum sind eine Zonenplanänderung und eine neue Gesamtplanung mit der Finanzierung von 2023 bis 2033 vorgesehen. Sie wird eine Anpassung der Überbauungsordnung enthalten, damit der Tierpark weiterentwickelt werden kann, unter anderem durch die Aufwertung und die naturnähere Gestaltung des Aare-Raums. Auch die Infrastruktur des Tierparks mit den Gebäuden ist in die Jahre gekommen und muss saniert werden. Anders als bei den Tieranlagen können dafür natürlich keine Drittmittel angeworben werden. Es ist deshalb absehbar, dass via Stadtbeitrag an den Tierpark, wir erinnern uns: das ist eine Sonderrechnung, sich der Bedarf an finanziellen Mitteln

ab 2025 gegenüber dem vorliegenden AFP erhöhen wird. SUE, jetzt komme ich zum Generellen, kommt aus der Krisenführung noch nicht ganz heraus. Zwar scheinen die Coronazeiten vorbei, aber die potenzielle Energiemangellage und weitreichende Umorganisationen fordern diverse Abteilungen weiterhin stark, und dass abgesehen vom Courant normal. Doch gerade auch der Courant normal hat seine Tücken. In den Direktionsstabdiensten kommt zum Ausdruck, dass sich Überstunden anhäufen, dass die Gesundheit der Mitarbeitenden leidet, und das kann sich auch negativ auf die Motivation auswirken, insbesondere im ganzen Sozialbereich, zum Beispiel im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, ist der Fachkräftemangel offensichtlich spürbar. Die Reduktion des Leistungsaufkommens der Stadt aufgrund von FIT-Massnahmen stellt beispielsweise die KAPO vor grossen Herausforderungen. Parallel dazu gewinnt die Thematik der Cyberkriminalität eine Bedeutung. Und fast überall sind die Dienststellen in den kommenden Jahren von umfassender Digitalisierung geprägt, zum Beispiel das Polizeiinspektorat mit der Erneuerung des Migrationsinformationssystems. Und wenn wir schon bei der Digitalisierung sind, im Bauinspektorat ist die vollständige Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens gut aufgegleist – Stichwort eBau –, aber auf der anderen Seite hapert es beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, dem EKS. Das EKS befindet sich in einer prekären Lage, insbesondere aufgrund des anspruchsvollen Digitalisierungsprojekt Citysoftnet. Dabei handelt es sich um ein Drittpartei-IT-Projekt zwischen den Städten Basel, Bern und Zürich. Das System ist leider störungsanfällig und beeinflusst die Mitarbeitenden so wie die Ressourcen. Und das führt dazu, dass das EKS mit steigenden Fallzahlen und Problemen in der Software gleichzeitig kämpft. Sechs bereits gesprochene und vom Kanton finanzierte Stellen sollen da für Entlastung sorgen, und insgesamt bei den Stellen beantragt das SUE beim Stadtrat für 2024 netto 4,5 neue Stellen zulasten vom allgemeinen Haushalt plus 6,6 neue drittfinanzierte Stellen, wovon eben 6 EKS sind. Andererseits sieht sich SUE mit einkalkulierten Einnahmeausfällen konfrontiert. Schutz und Rettung Bern zum Beispiel hat ab 2023 ein höheres Defizit, weil die Feuerwehrdienstersatzabgabe von über 6 Millionen Franken nicht realisiert werden konnte. Im Bauinspektorat war ein Rückgang bei den Einnahmen zu beobachten, weil nach der Coronapandemie viel weniger Grossprojekte eingereicht werden konnten. Und bei all diesen praktischen Problemen darf nicht übersehen werden, wie motiviert und wie viel in der SUE geleistet wird und für diese Leistungen, gebührt allen Mitarbeitenden unser bester Dank. Eine Leuchtturm-Leistung will ich hier noch vom Polizeiinspektorat erwähnen. Es ist wirklich ein beeindruckendes Engagement zur Bekämpfung von Ausbeutung und Menschenhandel geleistet worden, wovon sich die Kommission überzeugen konnte. Und noch beim Polizeiinspektorat, es wird auch Vorarbeiten zu tun geben im Hinblick auf die Austragung der Frauenfussball EM 2025. Besten Dank. Nein, einen Punkt habe ich noch zu einem Antrag, nämlich zur Nummer 13 möchte ich gerne noch etwas sagen. Da ist im AFP dringestanden, dass sich es um eine Realloohnerhöhung handeln würde. Das stimmt aber nicht, das haben wir in der Kommission auch abgeklärt. Es geht um den ganz normalen Teuerungsausgleich. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals Marcel Wüthrich. Wir wären hier in den Fraktionsvoten. Ich sehe Alexander Feuz, Michael Sutter, David Böhner. Merci, Sibyl Eigenmann, Anna Leissing, Simone Richner, Marcel Wüthrich. Also wir fangen an.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: SUE, da ist es die einzige Direktion, bei der sogar die SVP gewisse Erhöhungen bzw. Mehrausgaben vorsieht. Für uns ist die Si-

cherheit ein wichtiger Aspekt. Und wir haben jetzt wieder gesehen, dass man für gewisse andere Sachen immer Geld hat. Für mich nach wie vor unverständlich – ich will da nicht in Zorn einen Blick zurückwerfen – aber das ist für mich unverständlich, dass man einer Institution die Betriebsaufgaben erhöht und den anderen Kulturinstitutionen dann nicht und den Privaten auch nicht. Für mich klar ein Fehler. Ich hoffe, es wird der Abstimmungskampf für die Bekämpfung des Budgets erleichtern. Ich komme zu den Anträgen. Ich beschränke mich ein wenig auf die wichtigsten Anträge. Teilweise sind sie Ihnen schon bekannt. Wir haben gerade vorhin gesagt, die ganze Problematik, dass die Stadt, sich weigert, dass man dort eine Videoüberwachung macht. Mir ist klar, man muss dort endlich durchgreifen und dass ist nicht die Lösung, einen Schutzraum zu machen, den werden wir nachher ablehnen und entsprechende Kürzungsanträge machen. Aber wir sind ja der Meinung, die Kantonspolizei soll das Recht bekommen, entsprechende Aufträge zur Herstellung von Recht und Ordnung auf dem Areal herzustellen. Ebenfalls für mich klar, evergreen, ich sage es immer wieder, ich bin viel an der Aare unterwegs, da kommen die raschen E-Bikes – auch beim Marzili-Eichholz, auf dem Perimeter – rücksichtslos fahren sie durch, teilweise auch auf den Trottoirs. Ich bin der Meinung, man müsse eingreifen. Ich habe das mehrmals gesagt - geht einmal am Morgen vor der Kantonalbank vorbei, wenn Markt ist, da ist der Fussgängerweg, wenn Ihr da vom Bärenplatz herkommt und zum Bärenplatz rüber gehen wollt, dort vor dem Bundeshaus ist der ganze Weg mit Velos bzw. Lastenvelos überstellt. Ebenfalls wenn Sie zur Ka-We-De gehen, wenn ihr dort mit einem Kinderwagen hinaufgehen wollt, – mein Kind braucht jetzt keinen Kinderwagen mehr – aber manchmal hat man irgendein Vehikel dabei, in dem man irgendwelche aufblasbaren Delfine für Kinder drinnen hat, dann muss man auch auf die Strasse ausweichen. Dort geht die Polizei nicht eingreifen, für mich ganz klar, man muss durchgreifen. Schaut mal die Problematik an der Thunstrasse, ebenfalls nicht gelöst. Ich habe nach wie vor eine Hoffnung, aber ich habe eigentlich aufgegeben, dass vielleicht auch die Vertreter von den anderen Parteien sehen, dass vielleicht auch ihre Frau und ihr Mann, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind oder als Spaziergänger an der Aare sind, gefährdet sind, durch die rücksichtslosen Biker. Ich bin der Meinung, unabhängig von einer Parteiangehörigkeit, dass wenn jemand so fährt, den muss man zur Verantwortung ziehen. Ich komme zum Antrag 9: Ich bin der Meinung, sofern die Stadt weiterhin die gleich hohe Anzahl an Parkkarten verkauft, darf sie die Parkplätze nicht weiter reduzieren. Andernfalls müsste sie auch die Parkkarten ebenfalls reduzieren und auf entsprechende Einnahmen verzichten. Es kann ja nicht sein, dass man in unserem Quartier zwischen 36 und 39 Prozent der Parkplätze aufheben will, aber die Parkkarten will man dann trotzdem weiterhin verkaufen, und will die jetzt sogar noch erhöhen. Da würde man eigentlich sagen, das ist eine reine Abzockerei. Ich hoffe, dass wir hier die nötigen Korrekturen machen und jetzt kommen die Anträge 10 und 11. Ihr seht, das können Sie durchaus mit Genuss schreiben, die SVP ist auch für eine Erhöhung. Ja, wir sind für eine Erhöhung. Wir wollen eine Erhöhung der Nettokosten zugunsten der Dienststelle Kantonspolizei. Damit soll des Fussgängerschutz auf den Trottoiren und Gehwege mit Fahrverbot erreicht werden. Dieser Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren. Sie sehen, wir geben nicht einfach sinnlos Geld aus. Wir haben einen Ort, bei dem wir genau sagen, wo man es einsparen kann. Eine Institution, die wie Schiller oder Goethe, die immer neue Parkplätze aufhebt und immer neue Verkehrsspuren abschafft, dort kann man eben jetzt auch mal den Rotstift ansetzen. Ja, der Antrag 12, Amt für Umweltschutz: Die Erhöhung um 2 Vollzeitstellen. Darauf ist zu verzichten. Für mich ist klar, dass man angesichts der angespannten Finanzlage nicht mehr neue Stellen schaffen soll. Ihr wisst ja, ich habe gar nichts gegen Fernwärme. Man muss einfach auch

klar feststellen, mit dieser kommt ihr nicht ins Kirchenfeldquartier und kommt nicht die Elfenau rauf. Und wenn man nachher sagt, ja im Rahmen des Umweltschutzes, dafür dürfen dann die Leute nicht mehr Autofahren oder sie müssen vegetarisch Essen, die Auswirkungen haben wir dann gesehen beim Wirtschaftsapéro, da hatten verschiedene Kollegen, darunter auch ich, ziemlich Magenprobleme, weil die Körner und nachher der frittierte Mozzarella mit Büffel-Mozzarella, der lange an der Sonne gewesen hat, das hat gewissen Leute einfach nicht gutgetan, darunter auch mir nicht. In Uruguay würdet Ihr eine Kuh erschiessen, die so viel CO₂-Gas ausstossen würde. Ich bin der Meinung, auch das ist ein Fehler, auch von der Umweltpolitik. Deshalb bin ich gegen die Vorschriften. Die anderen Anträge, Ihr seht, ich gehe hier zügig durch, von den bürgerlichen Parteien unterstützen wir klar. Hingegen eben da die neuen Sachen, wo man da jetzt übergeordnete Zielsetzung will, wie nachher eine klimaverträgliche Ernährung. Das ist etwas, was mir besonders gut gefällt, was eben teilweise dann kontraproduktive Auswirkungen hat. Es gibt ein Haufen Leute, die diesen Körnerfrass, ich kann es nicht anders sagen, nicht vertragen. Ich gehöre zu diesen, Linsen und so Sachen, und wenn Ihr meint, Ihr könnt so die Leute beglücken, das geht hier in die persönliche Freiheit, die persönliche Lebensführungen. Nächstens werden Sie noch sagen, der Feuz als SVPLer darf kein rotes Hemd mehr tragen oder was auch immer. So kommt es heraus. Das sind Sachen, die nicht gehen und auch sämtliche andere Sachen kürzen wir. Sie sehen, ich will es hier nicht länger halten. Danke an dieser Stelle an die Polizei, die gute Arbeit macht. Sie soll sich auf die Aufgaben konzentrieren, die richtig wichtig sind und nicht die armen Automobilisten, die immer weniger Parkplätze haben, nachher schikanieren oder so, sonst kann es dann dem Bürger eben einmal auch einmal zu viel werden. Darum bitte ich hier, unseren Antrag zuzustimmen und denken Sie bei diesem Ernährungsantrag wie kontraproduktiv das sein kann, denkt vielleicht an das Wirtschaftsapéro zurück. Vielleicht hat es noch ein paar andere gehabt, die das auch nicht gut vertragen haben.

Präsident: Merci Alexander Feuz. Dann kommt für die SP/JUSO-Fraktion Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Bei der Frage, welche Aufträge die Stadt der Kantonspolizei erteilen sollte, sehen wir es naturgemäss anders als die SVP. Vermehrte Kontrollen von den zahllosen im Park- und Halteverbot deponierten Autos oder Geschwindigkeitskontrollen wären zum Beispiel sehr erwünscht und ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit. Der Stadtrat kann der Kantonspolizei aber eben nicht einfach direkte Aufträge erteilen. Leider nicht, aber das ist ein anderes Thema und gehört genauso wie die Anträge der SVP nicht in eine Budgetdebatte. Mehr Ressourcen für die Kantonspolizei braucht es ebenfalls nicht, wenn die bestehenden Ressourcen richtig eingesetzt werden respektive würden, dann reichen sie längstens. Priorisierung eben, wie wir es ja heute schon unzählige Male gehört haben. Und einer Aufstockung beim Amt für Umweltschutz steht die SP/JUSO-Fraktion nach wie vor kritisch gegenüber. Nicht weil uns der Umwelt- und Klimaschutz nicht sehr wichtig wären, wir zweifeln aber daran, dass mehr Büroarbeitsplätze beim AfU oder noch mehr Konzepte, Strategien und Pläne wirklich das richtige Mittel wären, um beim Klimaschutz vorwärtszumachen. Konkrete Klimaschutzmassnahmen werden nicht am Schreibtisch umgesetzt. Umgekehrt lehnen wir aber auch jegliche Sparanträge beim AfU ganz klar ab. Die Situation im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz ist schon länger sehr schwierig. Der Kommissionssprecher hat es bereits erwähnt. Dort braucht es leider mehr Ressourcen, weil die Fallzahlen konstant hoch sind, und weil die Personalsituation nach wie vor prekär

ist. Statt weiterhin mit Nachkrediten jeweils nachträglich und befristet die Ressourcen zu erhöhen, ist es aus unserer Sicht korrekt, die Stellenaufstockung in den AFP zu nehmen und damit auch zu verhindern, dass Leute nur befristet angestellt werden. Den Budgetantrag dazu lehnen wir hingegen ab. Eine Umsetzung schon 2024 würde wohl sehr schwierig, zumal das qualifizierte Fachpersonal alles andere als einfach zu finden ist. Ebenso ein wichtiges Anliegen für die SP/JUSO-Fraktion ist die Gewaltprävention. Die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» soll deshalb auch durch die Unterstützung der Stadt gesichert werden. Der Antrag 19 schliesslich haben wir eingereicht, und stimmen darum natürlich auch zu. Auch die Fallzahlen der häuslichen Gewalt bewegen sich in der Schweiz seit Jahren auf einem hohen Niveau. Der Prüfungsbericht des Gemeinderates zum entsprechenden interfraktionellen Postulat zeigt auf, dass die Fachstelle immer wieder von Fachpersonen kontaktiert wird, die verunsichert und überfordert sind, wenn sie bei Kindern und Erwachsenen Anzeichen von häuslicher Gewalt wahrnehmen. Massnahmen, wie regelmässige Schulungen, Beratungen, Austausch und Sensibilisierungsgefässe, Unterstützungen vor Ort, könnten ein frühes eingreifen fördern und so auch Leid ersparen. Aufgrund von fehlenden personellen Ressourcen der Fachstelle «Häusliche Gewalt» ist das heute nicht so möglich. Mit den beantragten 70'000 Franken sollen darum zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Präsident: Vielen Dank Michael Sutter. Ich schiele zu David Böhner. David, wie lange hast du? Gut, lieber nachher. Dann würden wir hier unterbrechen. Ich wünsche allen einen guten Appetit und bitte dafür, wenn wir jetzt schon 5 Minuten früher aufhören, dass dafür alle wirklich rechtzeitig zurück sind, um David Böhner zuhören. Ich wünsche einen guten Appetit, auf Wiedersehen.

Schluss der Sitzung: 18.56 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Clara Rüsi

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Valentina Achermann	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Simone Richner
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Michael Ruefer
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Kurt Rüegsegger
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Vanessa Salamanca
Diego Bigger	Anna Jegher	Mahir Sancar
Lea Bill	Raffael Joggi	Judith Schenk
Laura Binz	Nora Joos	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Sara Schmid
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Corina Liebi	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Simone Machado	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Salome Mathys	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Matteo Micieli	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Szabolcs Mihalyi	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Tanja Miljanovic	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Niklaus Mürner	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Dominic Nellen	Paula Zysset
Lionel Gaudy		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Erich Hess	Maurice Lindgren
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Mirjam Roder
Bernadette Häfliger	Ueli Jaisli	Sarah Rubin

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
Anita Flessenkämper		

2022.FPI.000031

2 Fortsetzung: Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 mit Budget 2024; Abstimmungsbotschaft

Fortsetzung: Direktion SUE

Präsident: Ich heisse alle willkommen in der dritten und letzten Sitzung. Wir sind wieder beschlussfähig. Wir fahren weiter in der Direktion SUE. Bereits gesprochen haben Alexander Feuz für die Fraktion SVP und Michael Sutter für die SP/JUSO-Fraktion. Dann käme als nächstes für die AL/PdA-Fraktion David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Und ich hoffe, Sie haben alle fein gegessen. Die Auswahl ist fast so gross wie in der Altstadt.

Präsident: Die Sitzung hat angefangen. Ich bitte um Aufmerksamkeit und entsprechende Ruhe, damit man David Böhner versteht.

David Böhner (AL): Ja, besten Dank, Herr Stadtratspräsident und Merci, dass ihr zuhört. Ich nehme Stellung für die Fraktion AL/PdA zum Budget der SUE. Ich sage einfach etwas zu den Anträgen, denen wir zustimmen. Und zu den Anträgen, die wir ablehnen, sage ich nichts, dann geht so etwas ganz schnell. Ich komme darum gerade zu den Anträgen 3 bis 6: Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Klimaziele, die wir uns gesetzt haben, auch erreicht werden können. Wir sind deshalb der Meinung, es soll nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt werden. Und das Handeln kostet halt Geld und das muss die Stadt auch bereitstellen. Deshalb stimmt unsere Fraktion für alle Anträge der Kommission auf Planungserklärungen mit den geforderten Beträgen. Das Geld ist nicht aus dem Fenster herausgeworfen, im Gegenteil, es wird uns viel teurer kommen, wenn es einfach bei den schönen Worten bleiben würde, weil man die kurzfristigen Ausgaben nicht an die Hand nehmen wollte. Dann komme ich zum Antrag von unserer Fraktion für die Erhöhung des Globalkredits für die Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen." Es geht um 10'000 Franken.

Präsident: Ich bitte wirklich um ein bisschen Ruhe. Ich verstehe David Böhner nicht und die, die jetzt reden, sollen besser rausgehen und weiterreden, weil es recht mühsam ist. Merci vielmals. Das ist eine Frage des Respekts.

David Böhner (AL): Merci. Genau, es geht um Antrag 7 respektive um die Planungserklärung das ist der Antrag 17: Der CFD, also der christliche Friedensdienst, macht unserer Meinung nach hervorragende Arbeit mit der jährlichen Koordination dieser schweizweiten Kampagne, die das Ziel hat, zu sensibilisieren und Organisationen zu vernetzen, die in diesem Bereich arbeiten und Präventionsansätze entwickeln. Die 10'000 Franken wären ein angemessener Beitrag der Stadt an die Kampagne. Der Finanzantrag geht zurück auf eine Motion aus dem Jahr 2019, die für heute auch noch traktandiert gewesen wäre. Falls ihr die 10'000 Franken als Planungserklärung annehmen würdet, würden wir natürlich dann die Motion zurückziehen. Zu Antrag Nummer 8 respektive 18 als Planungserklärung der JUSO: Unsere Fraktion unterstützt die Erhöhung des Budgets des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz ebenfalls. Auch das finden wir eine sinnvolle Investition, die etwas kosten darf, weil damit präventiv Gewalt und Leid vermindert werden. Ebenfalls den Antrag 19, die Erhöhung des Budgets der Fachstelle "Häusliche Gewalt" des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz würden

wir unterstützen. Wie schon gesagt, lehnen wir alle anderen Anträge ab, ohne dass ich darauf jetzt im Einzelnen eingehe.

Präsident: Vielen Dank, David. Dann kommt als nächstes Sibyl Eigenmann für die Mitte-Fraktion.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Guten Abend, ich kann es recht kurz machen: Die Mitte Fraktion lehnt alle Anträge ab. Einzig gespalten sind wir beim Antrag 9 der SVP. Dort sind wir nicht ganz geschlossen. Und den **Antrag 13**, den wir gemeinsam mit FDP und SVP eingereicht haben, würden wir **zurückziehen**, weil wir von einer falschen Annahme ausgegangen sind. Das ist so nicht korrekt, wie wir das gedacht haben. Darum ist dieser zurückgezogen. Besten Dank.

Präsident: Danke Sibyl. Dann kommt als nächstes für die Fraktion GB/JA Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: In der Einleitung zum AFP mit Budget 2024 der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) wird zu Recht auf die vielen Herausforderungen eingegangen, die in den nächsten Jahren auf die Stadt Bern zukommen. Dabei stehen aus unserer Sicht zwei Bereiche im Vordergrund: Erstens das bedrückende und ungebremste Fortschreiten der Klimakrise, das eine konsequente Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmassnahmen erfordert. Zweitens die soziale Krise, die sichtbar wird in der steigenden Armut und Ungleichheit, in der hohen psychischen Belastung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen oder in verschiedenen Formen von Gewalt wie zum Beispiel häusliche Gewalt, Gewalt gegen Frauen, Queers, Transpersonen oder auch Rassismus und in der Polizeigewalt gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Diese Krisen fordern die verschiedenen Dienststellen der SUE auf unterschiedliche Art und Weise heraus. Um es vorwegzunehmen: Die Anträge der SVP auf Aufstockung der Ressourcen bei der Polizei lehnt die GB/JA-Fraktion allesamt ab. Und dazu möchte ich noch sagen, dass die inkonsequente und polemische Politik langsam recht bemühend ist. Sie ist inkonsequent, weil sie in allen Bereichen sparen will, und zwar massiv, aber dann Anträge stellt, das Budget der Kantonspolizei zu erhöhen. Polemisch ist sie, weil die SVP über die Budgetanträge auf der ewigen alten Lehre rund um die böse Reitschule herumreitet. Eine weitsichtige Budgetierung im Bereich Sicherheit, Umwelt und Energie sieht einfach anders aus. Ein besonderes Augenmerk liegt aus der Sicht der GB/JA-Fraktion auf dem Amt für Umweltschutz und auf dem Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Das Amt für Umweltschutz (AfU) koordiniert die Umsetzung der Energie und Klimastrategie mit den im Klimareglement festgelegten Absenkpfeilen, die erreicht werden sollen. Auch die Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung beinhaltet wichtige Handlungsfelder für die Nachhaltigkeit in allen drei Bereichen: Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft. Die GB/JA-Fraktion stützt darum die zwei dafür geplanten Stellen beim AfU und lehnt den Antrag 12 der SVP ab, der die eingestellten Personalressourcen wieder streichen will; wie auch den Antrag 13, der zurückgezogen ist; darüber sind wir sehr froh. Es ist klar, dass es sich hier um einen Teuerungsausgleich handelt, und auch diesen hätten wir selbstverständlich abgelehnt. Zurück zum Antrag: Es ist klar, dass die Aufstockung um zwei Stellen zur Erreichung der Klimaziele bei Weitem nicht ausreicht. Die Massnahmen in der Energie- und Klimastrategie und in der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung sind laut Stand heute nicht finanziert. Es ist aus Sicht der GB/JA-Fraktion sinnlos und angesichts der Dring-

lichkeit der Klimakrise auch verantwortungslos, ein Klimareglement und konkrete Absempfade und Massnahmen zu definieren, aber dann nicht die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ziel und Finanzplanung müssen hier in Einklang gebracht werden. Wir sind auch einverstanden, wie die Vorrednerinnen und Vorredner betont haben, dass es dazu nicht nur Ressourcen am Anfang braucht, sondern auch andere Direktionen und Dienststellen wie zum Beispiel die TVS mindestens genauso gefragt sind. Aber auch die sorgfältige Grundlagenarbeit, die Koordination, die Information und die Kommunikation mit verschiedenen Akteur*innen, sei es mit der Stadtverwaltung, mit ausgelagerten Betrieben wie die EWB., mit Privaten wie Gastrobetriebe oder Hausbesitzerinnen oder auch mit der Bevölkerung. Diese Aktivitäten sind unverzichtbar. Wir nehmen darum selbstverständlich die RWSU-Planungserklärungen Nummern 3, 4, 5 und 6 an. Neben der Klimakrise sieht die GB/JA-Fraktion, wie eingangs erwähnt, vor allem im sozialen Bereich, im Bereich psychische Gesundheit und im Bereich Gewaltprävention dringenden Handlungsbedarf. Wir unterstützen deshalb Budgetanträge und Planungserklärungen, die mehr Ressourcen für das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz (EKS) fordern. Es handelt sich dabei um die Anträge 7, 8, 17, 18 und 19, die wir alle annehmen. Ich möchte zum Schluss noch darauf hinweisen, dass die Ressourcen, die wir beim Afu und beim EKS einstellen wollen, nicht irgendeiner reinen Ausgabenfreude entspringen, wie häufig gesagt wurde heute Abend. Vielmehr sind diese Ressourcen aus unserer Sicht wirklich dringend nötig, damit die Stadt Bern die aktuellen Krisen und Herausforderungen einigermaßen meistern kann und nicht in Zukunft auf noch viel grösseren Kosten und Folgekonsequenzen sitzen wird. Merci vielmals, dass ihr diese Politik stützt.

Präsident: Vielen Dank. Dann käme ich als nächstes für die FDP/JF-Fraktion Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Gerne tue ich die Anträge begründen, und wie die FDP/JF-Fraktion heute abstimmt. Zum Antrag 1 SVP: Uns ist der Schutz der öffentlichen Ordnung ebenfalls sehr wichtig. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Reithalle und die Schützenmatte Themenkomplexe sind, die mehr Nuancen erfordern, als sie einfach als eine "rechtsfreie Zone" zu bezeichnen. Nicht zuletzt die Stadtbevölkerung hat das auch immer wieder ganz klar geschützt. Daher lehnen wir diesen Antrag mehrheitlich ab. Zum Antrag 2: Unsere Fraktion ist fest davon überzeugt, dass bei der Förderung der Diversität im Bereich der Mobilität auch der Schutz der Fussgänger beachtet werden muss. Wir unterstützen darum diesen Antrag, lehnen aber die vorgeschlagenen Budgeterhöhungen in den Anträgen 10 und 11 in diesem speziellen Kontext ab. Zu den Anträgen 3, 4, 5 der RWSU: Wir verstehen, wie wichtig der Klimaschutz ist und in dem Zusammenhang auch der Begriff der Nachhaltigkeit, weil wir von der Fraktion FDP/JF auch für die finanzielle Nachhaltigkeit einstehen. Wir stimmen diesen Anträgen nicht zu, nicht zuletzt, weil der Gemeinderat schon eine entsprechende Gewichtung in diesem Bereich vorgenommen hat. Das ist auch der Grund, warum wir die Anträge 7 und 17 ablehnen. Auch wenn die Gewalt gegen Frauen leider nach wie vor ein aktuelles und ernsthaftes Thema ist, das unser Engagement erfordert, unterstützen wir den Antrag der AL/PdA-Fraktion zur erneuten Aufstockung in Anbetracht der vorliegenden Finanzen nicht. Zu den Anträgen 8, 18 und 19: Uns ist die Wichtigkeit des Handlungsbedarfs absolut bewusst. Wir möchten den Mitarbeitenden des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz für ihre unermüdliche Tätigkeit im täglichen Einsatz danken. Ich kenne die Herausforderungen, die dieser Job mit sich bringt. Hier geht es aber nicht

um die Sinnhaftigkeit von Investitionen. Aber jetzt als Stadtrat die zuständige Abteilungsleiterin zu bevormunden und ihr vorschreiben, wie sie ihren Laden führen sollen, möchten wir uns nicht anmassen. Deshalb werden wir diese Anträge ablehnen. Zum Antrag 9: Ich begrüße die Verkehrssicherheitsbegehren der SP. Merci vielmals, Michael. Insbesondere aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit, wie Sie heute haben lesen können. In diesem Antrag geht es aber nicht um Verkehrssicherheit, sondern um den Umgang der Behörde mit ihrem hoheitlichen Privileg, Gebühren erheben zu können. Wir haben schon betont, dass mit den Gebühren kein Geld gemacht werden darf, und dass dies in diesem speziellen Fall einfach auf die Kosten der kleinen und mittleren Einkommen geht. Daher unterstützen wir den Antrag 9. Zum Antrag 12: In Zeiten der Knappheit in der städtischen Kasse müssen wir alle Verantwortung übernehmen und den Gürtel enger schnallen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Simone. Es folgt Marcel Wüthrich für die Fraktion GFL/EVP.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt das Budget der SUE. Auch ich möchte gerne noch einmal auf die Klimamassnahmen eingehen und daran erinnern, dass der Gemeinderat vor über vier Jahren die Ausrufung des Klimanotstands ... den Klimanotstand ausgerufen hat und das offensichtlich auch ganz zu Recht, wenn wir daran denken, was für Rekordwerte diverse Messwerte in den Wetter und Klimadaten auch dieses Jahr wieder ausgelöst haben. Zudem verheisst auch der Controlling-Bericht zur Klimastrategie nichts Gutes, weil wir offensichtlich nicht ganz auf dem Zielpfad für die CO₂-Absenkung sind. Ganz grundsätzlich würde das AfU mehr Kompetenzen brauchen, um die Klimaangelegenheiten konsequent umsetzen zu können. Als Kommissionssprecher habe ich bereits vorher auf die Koordinationsrolle des AfU aufmerksam gemacht. Jetzt in Bezug auf den AFP unterstützen wir die RWSU mit ihren Anträgen 3 bis 6, welche die aufgeführten übergeordneten Zielsetzungen des Amtes für Umweltschutz mit einer entsprechenden Finanzierung ausstatten. Sonst, liebe SP, müssten wir eigentlich bei den übergeordneten Zielsetzungen Abstriche machen. Also wenn wir das nicht machen, die entsprechende Finanzierung auch zu sprechen, dann wäre das einfach inkonsequent. Darum sagen wir, wer A sagt, muss auch B sagen. Punktuelle Massnahmen reichen da nicht. In diesen Punkten braucht es koordinierte, konzeptionelle Arbeit, um den Klimaschutz durchzusetzen zu können. Im Weiteren unterstützen wir auch den Antrag 19 zur Aufstockung der Fachstelle Häusliche Gewalt. Das ist auch ein Vorstoss, der breit abgestützt ist, und den die GFL/EVP-Fraktion mit eingereicht hat. Die übrigen Anträge tun wir ablehnen, insbesondere auch den Antrag 18, der eine Erhöhung des Budgets beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz von 1,48 Millionen Franken fordert. Ich erinnere daran, unsere Fraktionssprecherin hat es einleitend gesagt, dass wir das Budget ablehnen, oder dass wir uns enthalten werden, wenn der Gesamtrahmen um über 2 Millionen Franken steigen würde. Und mit diesen 1,48 Millionen Franken sind wir bereits sehr nahe an diesem Betrag. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals, Marcel. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Wir wären bei den Einzelvoten, für die man sich anmelden kann. Das wäre Paula Zysset. Weitere Einzelvoten? – Scheint nicht der Fall zu sein. Dann gebe ich das Wort Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Ich möchte noch etwas zu unseren Anträgen 8 und 18 zum Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz sagen. Die Belastung in diesem Amt ist sehr hoch, wie das jetzt auch schon mehrfach erwähnt wurde. Aktuell kommen auch

noch Probleme mit der Umstellung auf das neue Informatiksystem Citysoftnet dazu. Insbesondere finden wir es aber auch stossend, dass die aktuelle Personalsituation im EKS meilenweit unter den Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) und der Berner Konferenzen liegt. Das ist so nicht haltbar, nicht für die Stadt Bern, nicht für die Menschen, die mit dem EKS zu tun haben, und nicht für die Mitarbeitenden im EKS. Die Stellenaufstockung, die wir vorschlagen, kann die Falllast pro Mitarbeitende Person senken und so zu einer Entlastung des Personals im EKS beitragen. Und die ist auch dringend nötig. Damit die Menschen angemessen betreut und begleitet werden können, braucht es genug Personal und das nicht erst morgen, sondern heute. Darum bitten wir euch, sowohl der Planungserklärung zuzustimmen als auch dem Budgetantrag. Im Sinne von – heute und nicht morgen – werden wir als JUSO auch die RWSU-Anträge 3 bis 6 annehmen. Mittlerweile sollten alle begriffen haben, dass es Fünf vor Zwölf ist, und dass wir die Klimamassnahmen jetzt ergreifen müssen. Es ist schön und gut, ein Reglement zu beschliessen und Massnahmen zu definieren. Wenn man in der Konsequenz aber nicht bereit ist, das nötige Geld in die Hand zu nehmen, um die Massnahmen umzusetzen, bringen die eigens gesteckten Ziele aber nicht viel. Spart man heute bei der Bekämpfung der Klimakrise, werden wir die Quittung dafür in der Zukunft bekommen. Als JUSO wollen wir die Klimamassnahmen nicht auf morgen verschieben und werden darum den RWSU-Anträgen 3 bis 6 zustimmen.

Präsident: Merci vielmals, Paula. Dann kommt als nächstes Alexander Feuz. Nein, zuerst kommt Niklaus Mürner.

Niklaus Mürner (SVP), Einzelvotum: Ich habe nur kurz etwas zu sagen zur Polizeiaufstockung. Man hat jetzt festgestellt, dass quasi der öffentliche Dienst beziehungsweise die Sichtbarkeit der Polizei um 50 Prozent gesunken ist in letzter Zeit. Ich denke, es würde allen dienen, wenn man dort wieder mehr Personal hätte, dass die wieder mehr patrouillieren könnten. Das würde allen hier drin dienen. Zum Antrag betreffend die Kinderschutzbehörde möchte ich nur sagen: Ich habe täglich mit denen auch zu tun. Ich schaue es von der anderen Seite an. Ich denke nicht, dass man das mit 300 Stellenprozenten Sozialarbeiterinnen und -arbeitern regeln kann. Ich denke, es wäre mehr eine Ausbildung, die man dort zur Verfügung stellen sollte.

Präsident: Danke Niklaus. Dann käme noch Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe mich nur veranlasst gesehen, ganz kurz zu antworten: Wegen der Diskriminierung in der Reithalle möchte ich doch eigentlich festhalten. Uns wird vorgeworfen, wir seien gegen die Reithalle und wir respektierten diese Abstammungen nicht. Ich möchte einfach vorab sagen, wenn auch das Schweizer Volk einem Folterverbot ... nein, einem Foltergebot zustimmen würde, also dass man foltern darf und es die Todesstrafe gäbe, dann könnte man abstimmen, aber dann würde man selbstverständlich sagen, im Rechtsweg sei das nicht zulässig. Und jetzt kommt noch etwas: Wenn jetzt das Historische Museum sagen würde, Leute aus Ethnien aus Afrika dürften nicht dorthin kommen, dann käme ein riesiger Aufschrei von euch. Aber ihr toleriert, dass Leute aus politischen Gründen in der Reithalle diskriminiert werden. Das geht dann wieder an. Stellen sie sich vor, das Bellevue würde sagen: "Wir wollen keine grünen Nationalräte mehr an unseren Cocktailpartys." Was käme da für ein Aufschrei? – Tut hier gerecht und mit gleichen Ellen messen. Deshalb sind wir der Meinung, dass unsere Anträge richtig sind. Die Vorwürfe, die ihr uns macht, weise ich in aller Schärfe zurück.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Ich habe noch das Votum von Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Nur kurz etwas zur Aufstockung im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz. Ich erlebe es ein bisschen anders als Herr Mürner. Ich erlebe täglich, wo wir die Verstopfung im System haben. Es ist hauptsächlich, weil wir gar keine Plätze haben für die Leute, die vom Erwachsenen- und Kinderschutz betreut werden. Wir haben zu wenige Plätze in der Notaufnahmegruppe für Kinder. Wir haben zu wenige Plätze für Leute, die sonst ab dem Karren fallen. Deshalb denke ich, bevor wir jetzt noch die aufstocken, die das verwalten, das Elend, müssen wir zuerst einmal dort aufstocken, wo es nachher mehr Plätze gibt. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Francesca. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hat Gemeinderat Reto Nause das Wort.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich bin der einzige bürgerliche Gemeinderat und ich werde von euch heute beehrt mit Anträgen, die meine Budgets aufstocken. Das ehrt mich ausserordentlich und ich danke euch dafür vielmals. Aber ich muss Ihnen sagen: Im Namen des Gemeinderats lehnen wir all diese Anträge ab, weil wir ein gewisses finanzpolitisches Gewissen haben. Zur Kantonspolizei (Kapo) will ich einen Satz sagen: Die Kantonspolizei war tatsächlich die Einheit, die wirklich Einsparungen gemacht hat im Rahmen von FIT II. Dort sind effektiv Mittel gekürzt worden. Wenn der Gesamtbeitrag, den wir an die Kapo leisten, gleich gross oder etwas höher ist, dann ist das teuerungsbedingt. Aber effektiv Kosten eingespart hat tatsächlich die Kapo. Die Situation des EKS ist tatsächlich eine heikle. Wir haben es gehört: Wir sind dort mit steigenden Fallzahlen konfrontiert. Wir sind dort auch mit der Situation konfrontiert, dass wir eine neue Software einführen. Wir sind der Meinung im Gemeinderat, dass wir die Situation in den Griff bekommen mit Stellen, die befristet sind, und mit Sofortmassnahmen, die wir leisten müssen, damit die Situation dort in gute Bahnen kommt. Wir sind auch der Meinung, dass man nicht einfach 1,48 Millionen Franken aufstocken kann. Von daher gesehen, danke ich Ihnen vielmals für die wohlwollende Aufnahme von unserem Budget und wenn Sie den Gemeinderatsanträgen Folge leisten. Merci vielmals.

Präsident: Vielen Dank Reto Nause. Dann wären wir auch bei der Direktion SUE abstimmungsbereit.

Anträge zur Direktion SUE

1	SVP	Planjahr		SUE	210_Kantonspolizei	Die Stadt toleriert die rechtsfreie Zone bei der Reithalle/Schützenmatte nicht mehr. Sie erteilt der Kantonspolizei die entsprechenden Aufträge zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf dem Areal.
---	-----	----------	--	-----	--------------------	--

2	SVP	Planjahr		SUE	210_Kantons-polizei	Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrern muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrräder auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantons-polizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.
3	RWSU	Planjahr	92	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Zur Erreichung der übergeordneten Zielsetzung von 1 Tonne CO2/Kopf/Jahr (gemäss Klimareglement und Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung (RAN), Handlungsschwerpunkt (HSP) 3d) sind im AFP 2025 - 2027 CHF 300'000.- pro Planjahr vorzusehen.
4	RWSU	Planjahr	92	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Zur Erreichung der übergeordneten Zielsetzung zum klimaverträglichen Lieferverkehr mit entsprechender City-Logistik gemäss RAN HSP 3a sind im AFP 2026 - 2027 CHF 100'000.- pro Planjahr vorzusehen.
5	RWSU	Planjahr	92	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Zur Erreichung der übergeordneten Zielsetzung zur klimaverträglichen Ernährung gemäss RAN HSP 3b sind im AFP 2025 - 2027 CHF 100'000.- pro Planjahr vorzusehen.
6	RWSU	Planjahr	92	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Zur Erreichung der übergeordneten Zielsetzung zur Umweltschutzgesetzgebung und dem Gewässerschutz sind im AFP 2025 - 2027 CHF 150'000.- pro Planjahr vorzusehen.
7	AL/PdA	Planjahr		SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 10'000 für die Koordination der Präventionskampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ zu erhöhen.
8	Sofia Fisch/Paula Zysset (JUSO)	Planjahr	107	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Die personellen Ressourcen im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz seien um 300% Sozialarbeiter*innen im Bereich Kinderschutz, 400% Sozialarbeiter*innen im Bereich Erwachsenenschutz und 500% in der Sachbearbeitung aufzustocken. Das Budget sei entsprechend um 1'480'000 CHF zu erhöhen.
9	SVP	Planjahr		SUE	übergeordnet	Sofern die Stadt weiterhin die gleich hohe Anzahl Parkkarten verkaufen will, darf sie die Parkplätze nicht reduzieren, andernfalls muss sie die Anzahl Parkkarten ebenfalls reduzieren und auf die entsprechenden Einnahmen verzichten.

10	SVP	Budget	90	SUE	210_Kantons-polizei	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 350'000.00 zugunsten der Dienststelle 210 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
11	SVP	Budget	90	SUE	210_Kantons-polizei	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 250'000.00 zugunsten der Dienststelle 210 Kantonspolizei. Damit soll die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden.
12	SVP	Budget	93	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Die Erhöhung um 2 Vollzeitstellen ist zu verzichten.
13	Mitte, FDP/JF, SVP zurückgezogen	Budget	93	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Auf die Realloohnerhöhung um 2% ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 70'000.00 zu reduzieren.
14		Budget		SUE	245_Schutz_und_Rettung	Antrag neu unter GuB/PRD Nr. 26
15		Budget		SUE	245_Schutz_und_Rettung	Antrag neu unter GuB/PRD Nr. 27
16		Budget		SUE	245_Schutz_und_Rettung	Antrag neu unter GuB/PRD Nr. 28
17	AL/PdA	Budget	105	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 10'000 für die Koordination der Präventionskampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ zu erhöhen.
18	Sofia Fisch/Paula Zysset (JUSO)	Budget	105	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Die personellen Ressourcen im Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz seien um 300% Sozialarbeiter*innen im Bereich Kindesschutz, 400% Sozialarbeiter*innen im Bereich Erwachsenenschutz und 500% in der Sachbearbeitung aufzustocken. Das Budget sei entsprechend um 1'480'000 CHF zu erhöhen.
19	SP/JUSO	Budget		SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Das Budget der Fachstelle Häusliche Gewalt des Amtes für Erwachsenen- und Kindesschutz soll um Fr. 70 000.00 erhöht werden.

Abstimmungen Direktion SUE

2022.FPI.000031: Antrag 1 SVP

Ablehnung

Ja 10

Nein 56

Enthalten 0

[Namensliste 104](#)

2022.FPI.000031: Antrag 2 SVP

Ablehnung

Ja 13

Nein 54

Enthalten 0

[Namensliste](#) 105

2022.FPI.000031: Antrag 3 RWSU

Ablehnung

Ja 23

Nein 43

Enthalten 1

[Namensliste](#) 106

2022.FPI.000031: Antrag 4 RWSU

Ablehnung

Ja 23

Nein 44

Enthalten 2

[Namensliste](#) 107

2022.FPI.000031: Antrag 5 RWSU

Ablehnung

Ja 23

Nein 42

Enthalten 1

[Namensliste](#) 108

2022.FPI.000031: Antrag 6 RWSU

Ablehnung

Ja 23

Nein 45

Enthalten

1

[Namensliste](#) 109

2022.FPI.000031: Antrag 7 AL/PdA

Annahme

Ja 40

Nein 29

Enthalten 0

[Namensliste](#) 110

2022.FPI.000031: Antrag 8 Fisch (JUDO), Zysset (JUSO)

Annahme

Ja 36

Nein 30

Enthalten 3	Namensliste 111
2022.FPI.000031: Antrag 9 SVP	
Ablehnung	
Ja 16	
Nein 52	
Enthalten 0	Namensliste 112
2022.FPI.000031: Antrag 10 SVP	
Ablehnung	
Ja 7	
Nein 62	
Enthalten 0	Namensliste 113
2022.FPI.000031: Antrag 11 SVP	
Ablehnung	
Ja 6	
Nein 62	
Enthalten 0	Namensliste 114
2022.FPI.000031: Antrag 12 SVP	
Ablehnung	
Ja 13	
Nein 54	
Enthalten 1	Namensliste 115

Der Antrag 13 Mitte, FDP/JF, SVP ist zurückgezogen.

2022.FPI.000031: Antrag 17 AL/PdA	
Annahme	
Ja 43	
Nein 25	
Enthalten 0	Namensliste 116
2022.FPI.000031: Antrag 18 Fisch (JUSO), Zysset (JUSO)	
Ablehnung	
Ja 23	
Nein 41	
Enthalten 4	Namensliste 117
2022.FPI.000031: Antrag 19 SP/JUSO	
Annahme	
Ja 44	

Nein 21
Enthalten 1

[Namensliste](#) 118

Direktion BSS

Präsident: Das war der letzte Antrag. Wir verlassen deshalb die SUE und würden uns jetzt der Direktion BSS zuwenden. Da hätte das Wort für die Kommission SBK Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die SBK: Die SBK hat an ihrer Sitzung vom 14. August 2023 den AFP 2024 bis 2027 mit Budget 2024 der Dienststellen der BSS beraten. Ich gehe im Kommissionsvotum auf einige Herausforderungen und Diskussionspunkte ein und werde vor allem den SBK-Antrag sowie die Minderheitsanträge erklären. Eine Entwicklung, die sich sichtbar auf das Budget auswirkt, sind die steigenden Schüler*innen zahlen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Nebenkosten, die Miet- und Betriebskosten, sondern eben auch auf die Besoldungskosten und die Schulsozialarbeit. Der Stadtrat hat 2019 den Versorgungsgrad bei der Schulsozialarbeit auf 100 Prozentstellen pro 800 Schüler*innen festgelegt. Der in der Rechnung 2022 ausgewiesene Versorgungsgrad liegt bei 747 Schüler*innen pro Vollzeitstelle. Da weiterhin mit steigenden Schüler*innenzahlen zu rechnen ist, braucht es künftig mehr Ressourcen, um den Versorgungsgrad zu halten. Es liegt ein entsprechender SBK-Minderheitsantrag vor, der verlangt, den Versorgungsgrad auf 600 Kinder und Jugendliche pro 100 Prozent zu erhöhen und das Budget somit um 650'000 Franken zu erhöhen. Die beantragte Aufstockung wird nicht nur durch die steigenden Schüler*innenzahlen begründet, sondern auch, weil es punkto psychischer Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nicht besonders gut steht. In der Kommission ist die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit ...

Präsident: Ich verstehe Barbara Keller nicht mehr. Ich bitte wieder um mehr Ruhe. Danke vielmals.

Barbara Keller (SP) fährt mit dem Votum fort: ... ihre Leistung und präventive Wirkung werden anerkannt. Jedoch ist in der Sommersession 2023 im Grossen Rat eine Motion überwiesen worden mit dem Titel "Schulsozialarbeit im Kanton Bern stärken und Möglichkeiten des Volksschulgesetzes zur Entlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrie besser nutzen". Die Kommissionsmehrheit hat den Eindruck, dass die Stadt abwarten sollte, was vom Kanton kommt, bevor zusätzliche Mittel für die Schulsozialarbeit eingestellt werden. Ein weiterer Minderheitsantrag verlangt, die Mittel für die individuelle Begleitung von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Die Lernbegleitung ist eine einfache Massnahme zur Förderung von Chancengleichheit an den Schulen. Eltern müssen pro Lektion einen Beitrag von 5 Franken zahlen. Irgendwann sind die vorhandenen Mittel verteilt. Diese Verteilung ist nicht über alle Stadtteile gleichmässig, weil das Angebot nicht in allen Schulkreisen gleich gut etabliert ist. Ein SBK-Minderheitsantrag verlangt 140'000 Franken, damit alle Kinder und Jugendlichen in allen Stadtteilen gleichermaßen von diesem Angebot profitieren können. Der andere Antrag über 90'000 Franken, will zudem ein spezifisches Angebot für die Oberstufen fördern. Hier gibt es klare Unterschiede, was zum Beispiel die Übertrittsquote ins Gymnasium in Bümpliz oder im Kirchenfeld angeht. Eine andere Minderheitsantrag will zusätzliche Mittel für die Mobbing-Prävention einstellen. Auch hier sind sich die SBK-Mitglieder

einig, dass dies ein wichtiges Anliegen ist. Es gibt auch einen Vorstoss des Kinderparlaments, der die Mobbing-Prävention an den Schulen ebenfalls stärken will. Im Rahmen des Vorstosses des Kinderparlaments wurden Überlegungen angestellt, was die Schulsozialarbeit in Sachen Mobbing-Prävention zusätzlich leisten könnte, da sie mit den beschränkten Mitteln nicht überall präsent sein kann. Man hat sich für ein Pilotprojekt entschieden, das ein Minimalangebot bietet. Die Erfahrungen aus dem Piloten sind noch ausstehend. Auch hier war die Kommission im Clinch zwischen dem wichtigen Anliegen und den finanzpolitischen Überlegungen. Aufgrund dessen, dass die Resultate des Pilotprojekts noch nicht vorliegen, kam auch dieser Antrag nur als Minderheitsantrag durch. Die grösste Diskussion in der Kommission hat einmal mehr der Betreuungsschlüssel ausgelöst. Der Betreuungsschlüssel ist im Schulreglement pauschal mit 1 zu 6 festgeschrieben. Der Kanton finanziert einen Betreuungsschlüssel von 1 zu 10. Gemäss dem Budget des Gemeinderats erfolgt im Jahr 2024 kein Ausbau des Betreuungsschlüssels, auch nicht beim Zyklus 1. Der Gemeinderat hat in seiner Verordnung festgehalten, wie der Ausbau vonstattengehen soll, um die Bestimmungen bis 2025/26 umzusetzen, wie es das Reglement verlangt. Die SBK hat sich nach langer Diskussion für eine Differenzierung ausgesprochen: Bei den Zyklen 2 und 3 soll der Betreuungsschlüssel auf 1 zu 10 erhöht werden, weil Kinder, wenn sie älter sind, weniger Betreuung brauchen, als wenn sie jünger sind. Das ist der einzige Antrag, der als SBK-Mehrheitsantrag überwiesen wurde. Ein Minderheitsantrag verlangt andererseits, dass für die Umsetzung des Betreuungsschlüssels 1 zu 6 zusätzlich 850'000 Franken einzustellen sind, damit der Gemeinderat den Betreuungsschlüssel gemäss Vorgabe des Stadtrats umsetzen kann und die entsprechenden Lohnerhöhungen gewähren kann. Im Gespräch mit der Dienststelle Familie und Quartier Stadt Bern wurde auch das Thema Obdachlosigkeit thematisiert. Pinto leistet aufsuchende Sozial- und Konfliktarbeit im öffentlichen Raum der Stadt Bern. Mit niederschweligen Beratungs- und Unterstützungsangeboten tragen sie zur Verbesserung der Situation von Menschen mit dem Lebensmittelpunkt auf der Gasse bei. Ein vergleichbares Angebot für Obdachlose gibt es in der Stadt Bern sonst nicht. Eine Umfrage hat ergeben, dass es ein Bedürfnis nach Abendöffnungszeiten gibt. Bei Pinto fehlt es aktuell aber an den Ressourcen, um zwischen 18 Uhr und 23 Uhr geöffnet zu sein. Auch hier ist ein entsprechender Minderheitsantrag gestellt worden, um die personellen Ressourcen bei Pinto um eine 80 Prozent-Stelle aufzustocken und das Budget entsprechend um 90'000 Franken zu erhöhen. Ein weiterer Diskussionspunkt hat sich um die Fachstelle für Menschen mit Behinderung gedreht, welche mit 130 Stellenprozenten relativ tief dotiert ist. Für Menschen mit Behinderung ist es aufgrund vorhandener Barrieren oft schwierig, ihre Anliegen selber einzubringen. Diese Fachstelle kann den umfassenden Anforderungen im Hinblick auf eine verbesserte Inklusion heute kaum gerecht werden. Die Anforderungen und die Ressourcen stimmen oft nicht überein. Ziel des Minderheitsantrags ist es, die Fachstelle auch innerhalb der Verwaltung zu befähigen, damit sie eben bei den anderen Dienststellen auch das nötige Knowhow einbringen kann. Die SBK empfiehlt mit 6 Ja- zu 4 Nein-Stimmen, ohne Enthaltung, dem Stadtrat das Budget 2024 von der Dienststellen BSS zu genehmigen und den bereinigten AFP 2024 bis 2027 mit 6 zustimmenden und 2 ablehnenden Stimmen sowie 2 Stimmen ohne Wertung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen der SBK der Verwaltung für die geleistete Arbeit danken.

Präsident: Danke Barbara. Wir kommen zu den Fraktionsvoten von Ursina Anderegg und Alexander Feuz.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Wie wir schon in der Grundsatzdebatte gesagt haben, fokussiert die GB/JA-Fraktion unter anderem vor allem auf die Armutsbekämpfung und die psychische Gesundheit, vor allem von Kindern und Jugendlichen, aber auch des Personals, sowie auf ein qualitativ gutes und zugängliches Kinderbetreuungsangebot. Wir alle wissen, dass es im Moment enorm vielen Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen nicht gut geht, und dass der Druck immer mehr steigt, aufgrund der vielen Herausforderungen, die im Moment aufgrund des Weltgeschehens da sind, die sehr vielen Leuten Angst machen. Dazu die Stichworte: Klimakrise, Teuerung und somit wachsende Armut, Krieg, Pandemie – nach wie vor. Die Fachleute schlagen schon lange Alarm. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass wir eine massive Unterversorgung haben bei präventiven und abfedernden Angeboten auf der Seite der öffentlichen Hand. Wir haben viel zu wenig Ressourcen in den Schulen. Wir haben Fachkräftemangel in den sozialen Berufen, zu wenige Ressourcen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und bei den psychiatrischen Angestellten. Die Suizidalität ist auch bei recht jungen Menschen am Steigen. Die Gewalt als Ventil ist am Wachsen. – Eine sehr beunruhigende Spirale. Wir müssen und können als Stadt Verantwortung übernehmen und Gegensteuer leisten. Es ist ein Fakt, dass mit präventiven Massnahmen sehr vieles abgedeckt werden kann. Das ist besser für unsere Bevölkerung und verhindert auch spätere, um ein Vielfaches höhere Kosten. Extrem wichtig für eine wirksame Prävention und Förderung von Chancengerechtigkeit ist ein funktionierendes Unterstützungsnetz in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen. Für uns sind darum folgende Anträge, die jetzt hier zur Debatte stehen, sehr zentral, nämlich die zum Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in den Tagesschulen: Die GB/JA-Fraktion ist sehr erschrocken darüber, dass der Gemeinderat vorschlägt, die Einführung nicht gemäss dem gesetzlichen Beschluss, den wir vor einem Jahr hier drin gefällt haben – also nicht hier drin, aber im anderen Ratssaal –, dass er beschlossen hat, diesen Beschluss nicht umzusetzen, sondern alles zu verzögern. Wir haben sehr intensiv über die ganze Sache miteinander diskutiert. Der Beschluss, der erst vor einem Jahr gefällt worden ist, nämlich die Anhebung beziehungsweise die Senkung des Betreuungsschlüssels und die Anhebung der Löhne nur gestaffelt über vier Jahre umzusetzen, war bereits ein Kompromiss. Dank dieses Vorschlags, welchen wir eigentlich ziemlich eine Frechheit finden, weil er sich über das Gesetz stellt, das wir beschlossen haben. – Dank diesem Vorschlag liegt jetzt zusätzlich noch ein grundsätzlicher Angriff auf dem Tisch. Das ist umso absurder angesichts der Tatsache, dass sich seit 2022 der städtische Haushalt ja nicht verschlechtert hat. Im Gegenteil: Er hat sich stabilisiert. Die Ausgangslage ist also nicht schlechter geworden, sondern sie hat sich stabilisiert, aber jetzt macht man das ganze Fass nochmals auf. Die Tagesschulen haben mit der Anhebung gerechnet und sollten jetzt wieder ausgebremst werden. Das finden wir völlig unfair. Noch einmal zum Grund, warum 1 zu 6 notwendig ist und warum wir vor eineinhalb Jahren hier drin abgemacht haben, von einem 1 zu 10-Schlüssel in der Tagesschulbetreuung wegzukommen: Der Schlüssel 1 zu 10 bedeutet, dass das Fachpersonal nur noch am Rennen und am Feuerlöschen ist. Pädagogische Arbeit, also ein angemessenes Eingehen auf die Kinder, ist nicht möglich. Das wäre aber grundsätzlich und beim heutigen psychischen Druck, der auf sehr vielen Kindern und Familien lastet, umso dringender. Kinder brauchen Bezugspersonen, die auf ihre Bedürfnisse eingehen können, wenn sie Unterstützung brauchen. Und zwar dann, wann sie sie brauchen, man kann sie nicht einfach im Schilf stehen lassen. Wenn aber die Bezugspersonen kaum den Namen der Kinder kennen, ist das nicht möglich. Wir hören aber auch schon seit längerem von den Profis, dass sie unter diesen Umständen ihre Arbeit nicht machen können. Ich hoffe, es kommt heute Abend nicht noch das Argument, dass es ja Lehrpersonen gebe, die dann auch noch in diesem

Raum da seien. Ich hoffe, es ist allen klar, wie prekär die Situation in den Schulen ist. Das Argument ist ein Schlag ins Gesicht aller Lehrpersonen, die völlig am Anschlag sind und ein Schlag ins Gesicht des Tagesschulpersonals. Wir haben den Kindern, den Eltern und dem Fachpersonal versprochen, dass wir die Situation verbessern wollen. Wir haben das Gesetz so festgelegt und die Tagesschulen haben sich darauf eingestellt. Jetzt alles ohne Grund wieder über den Haufen zu werfen, finden wir unseriös. Das hat mit nachhaltigen Entscheiden nichts zu tun.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Tagesschulmitarbeiter*innen, die tagtäglich unter Druck für die vielen Kinder und Eltern versuchen, da zu sein. Und wir hoffen, dass die eine oder andere ihren kurzfristigen Entscheid noch einmal überdenkt und mithilft, diese Angriffe abzuwehren heute Abend. Um weitere Lücken im präventiven Versorgungsnetz rund um Kinder und Jugendliche in dieser Stadt zu schliessen, haben wir in der Stadt noch andere Hebel, die wir ansetzen müssen. Wir haben es vorhin gehört, nach wie vor bewegen wir uns in der Stadt Bern bei der Versorgung mit Schulsozialarbeit im Vergleich zu anderen Städten im unterdurchschnittlichen Bereich, obwohl der Bedarf seitens der Kinder und Jugendlichen nachweislich steigt. – Alex, ich möchte mich irgendwie auf meinen Text konzentrieren können. Okay, danke schön. – Es ist höchste Zeit, dass wir in der Versorgung mit Schulsozialarbeit wieder einen Schritt weitergehen und einen weiteren Ausbau machen. Das entlastet die Betroffenen. Das entlastet das überarbeitete Personal und es entlastet auch das ganze Netz rundum, das in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eine Rolle spielt. Dieses Netz ist mehr als am Anschlag. Wir bedanken uns deshalb bei Ihnen für Ihre Unterstützung des Antrags. Wir unterstützen aus dem gleichen Grund den Antrag für die Erhöhung der Mittel für die Einführung der Mobbing-Prävention an den Schulen und für den Ausbau der individuellen Lernbegleitung, damit diese für Kinder aus allen Stadtteilen zugänglich wird. Zu einem weiteren für uns wichtigen Thema, nämlich die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Wir fordern auch hier die Aufstockung der Fachstelle und unterstützen dementsprechend den Antrag der SBK. Die Schweiz wird von der UNO-Ebene immer wieder gerügt, weil sie nicht vorwärts macht mit der Gleichstellung von Menschen mit einer körperlichen, psychischen oder kognitiven Abweichung von der Norm und die darum von unseren Strukturen und unseren Kulturen beeinträchtigt werden. Das betrifft 22 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz. 22 Prozent, das ist fast jede vierte Person, trotzdem wird das Thema auf allen Ebenen nur am Rande behandelt. Auch hier steht die Stadt wie alle anderen politischen Ebenen mit in der Verantwortung. Sie muss sich ernsthaft darum kümmern und den Verfassungsauftrag endlich wahrnehmen und auch den gesetzlichen Auftrag. Es geht nicht mit den mickrigen Ressourcen, die im Moment bei dieser Fachstelle vorhanden sind, mit denen kommen wir nicht voran. Wir wissen, dass die Gleichstellungsarbeit nicht von allein stattfindet. Es braucht Fachpersonen, die in der Verwaltung und mit den verschiedensten Akteuren in der Stadt zusammen vorwärtsmachen. Und wir bitten Sie, diesem Antrag auch zuzustimmen. Noch ganz kurz am Schluss, denn es gibt ja noch weitere Anträge: Der Aufstockung der Beratungsangebote der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen stimmen wir zu. Die Ausweitung der Öffnungszeiten des Punkt 6 stimmen wir sehr grossmehrheitlich zu. Nur sehr grossmehrheitlich deshalb, weil wir ja bekannterweise Pinto kritisch gegenüberstehen. Darum haben wir dort die Stimmfreigrabe beschlossen. Die Streichung des Aufbaus eines stadtärztlichen Angebots lehnen wir auch ab. Die Gesundheit der Menschen wird immer ein wichtigeres Thema und auch dort kann die Stadt ihre Verantwortung übernehmen.

Präsident: Danke vielmals Ursina. Als nächstes spricht für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir möchten vorab einfach feststellen, dass die BSS die Direktion ist, die am meisten Geld zur Verfügung hat und am meisten Geld ausgibt: Und zwar 336 Millionen, die SUE 69 Millionen und die Präsidialdirektion 60 Millionen Franken. Die BSS macht viele gute Sachen, das tue ich gar nicht irgendwie in Abrede stellen. Aber ich muss einfach auch ganz klar sagen, dass der Antrag ja vorher abgelehnt wurde, dass wir uns aber die Ausbauwünsche, die dort einfach sind, schlichtweg nicht leisten können. Ich habe immer gesagt, ich lehne diese Anträge ganz klar ab von der AL. Aber es zeigt klar, in welche Richtung sie gehen. Er wird wahrscheinlich abgelehnt, aber die Schussrichtung ist vorgegeben. Sie wollen nämlich: Wenn die Steueranlage auf 1,7 angehoben wird, ist der Globalkredit um 10 Millionen Franken zu erhöhen. Ich habe es immer gesagt: Die AL ist wenigstens ehrlich. Die Stadt und auch die Kommission SBK, die teilweise diese Anträge stellt, gehen in die gleiche Richtung. Aber man will dennoch keine Steuererhöhung. Das ist einfach rasch meine Vorbemerkung. Vielleicht etwas, was ich auch gerade sagen will, das Auswirkungen hat, die wir natürlich haben, nämlich dass man immer mehr Personal und Zeug braucht. Meine Tochter ist auch in der Tagesschule und in einer Kita. Für die Kita nicht mehr, aber für die Tagesschule gilt: Das sind diese "cheibe" Vorschriften, die ihr macht, wie viele Personen und wie und was auch immer, dass es braucht. Ich kann mich noch erinnern: Die ehemalige Nationalrätin Fehr aus Zürich, jetzt Regierungsrätin, verlangte damals, dass die Grosseltern und die Betreuungspersonen selber auch noch eine Prüfung machen müssten, um die Kinder nachher zu betreuen. Irgendwo wird es dann langsam zu Verhältnisblödsinn. Wenn es so weitergeht, müssen wahrscheinlich auch Eltern zuerst noch ein Eignungsexamen machen, um Vater und Mutter zu werden. Das ist einfach ein falscher Ansatzpunkt, den ihr tut machen. Genau mit diesen überbordenden Vorschriften, die einengen, so dass dann plötzlich für 20 Kinder irgendwann eine Psychologin da sein muss und für 25 Kinder noch eine Juristin dann irgendwie für Zeug. Das sind Probleme. Und ein nächster Punkt, das sehe ich selber, das ist die Inklusion. Einige haben vielleicht die Fernsehsendungen gesehen. Ich glaube, es war im DOK. Wenn ihr dann irgendwie ein Kind habt, das teilweise eben Probleme hat, körperlicher oder physischer psychischer Art, dann wird es natürlich dann auch für die anderen Kinder sehr schwer. Wenn dann vor allem die Lehrperson die Leute in die verschiedenen Kurse und Begleitgruppen und Sondersettings schicken muss, kann sich die Lehrerin eigentlich nicht mehr um den Unterricht kümmern, sondern muss dann fast wie ein Korporal im Militär die Leute in die einzelnen Fachgruppen – in die Fahrschule die einen oder in die Ausbildung für Zugssanitäter die anderen oder was auch immer – schicken, aber sie kann sich eben nicht mehr um die eigentliche Lehraufgabe kümmern. Sie ist dann mehr oder weniger eine Triage-Person. Das sind gewisse Vorbemerkungen. Jetzt komme ich zu gewissen Anträgen. Ich behandle diese angesichts der beschränkten Redezeit sehr summarisch. Das ist mir klar. Wir haben immer gesagt, dass die Direktion bei der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen nicht neue Stellen schaffen darf. Wir sind der Meinung, dass man diese Erhöhungen klar ablehnen und das Budget kürzen muss. Ich verweise hier auf die Anträge 4 und 5, die ich nicht näher begründe. Dann beim Antrag 7 der SBK-Minderheit: Wenn Ueli-Jaisli hier wäre, würde er wahrscheinlich hier Zustimmung ausdrücken, auch ich gehe davon aus, dass hier die Mehrheit der Fraktion das ablehnt. Wir sehen hier gewisse Probleme. Aber ich habe vorhin gesagt, man muss sich einfach auch nach der Decke strecken. Deshalb wird ein Grossteil der Fraktion die Anträge der SBK-Minderheit ablehnen. Ueli Jaisli würde sie

vielleicht teilweise unterstützen, aber er ist heute leider nicht da. Und wir konnten die Sache mit ihm nicht an der Fraktionssitzung besprechen. Das hat es erschwert. Jetzt hier zu den Anträgen 34 und 35, die für mich wichtig sind. Ich habe das schon vorhin gesagt, das ist nicht ein verrückt grosser Betrag. Aber ich habe gesagt, wir wollen doch jetzt nicht immer wieder so ein typisches Zeug: Dass man zur Sicherstellung nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung jetzt wieder eine neue Stelle schafft und noch einmal mehr Geld ausgibt. Das ist jetzt eben genau das, was es nicht braucht. Ich habe immer gesagt, dass es teilweise negative Auswirkungen hat, wenn ihr den Körnerfrass habt. Ich kann es nicht anders sagen. Auch wenn man dann den Mozzarella in der Sonne lagert, dann hat es Auswirkungen, die eben für die Verdauung nicht gut sind. Und die Stelle für nachhaltige Ernährung hat offenbar – das hat der Feuz recherchiert – für den Wirtschafts-Apéro das Essen empfohlen. Und dieses Essen, kann ich Ihnen sagen, habe ich schauerhaft gefunden. Ich stehe dazu. Selbst wenn man mir ein Verfahren anhängen will, stehe ich dazu. Es gibt nämlich Leute, die Auswirkungen gehabt haben deswegen. Da bin ich nicht der einzige gewesen, das weiss ich. Sie wissen, ich bin einer, der gerne kocht. Aber wenn man bei hochsommerlichen Temperaturen wahrscheinlich den Mozzarella nachher in der Sonne lässt über viele Stunden, kommt das nicht gut heraus. Und die paar Fischknusperli! Da haben wir also dann schon wesentlich bessere gegessen an anderen Orten. Sie sehen, ich bringe wirklich praktische Beispiele. Wir hatten also bei der Burgergemeinde im Mühle Bistro die wesentlich besseren Fischknusperli und auch beim SVP-Wirtschafts-Apéro. Die waren dann erst noch aus schweizerischen Gewässern und wahrscheinlich nicht irgendwie aus einem schlechten Pangasius aus einer Zucht in Thailand, die irgendeinem grünen Politiker gehört. Ich gehe weiter zu den anderen Anträgen. Zu Antrag 35: Sie haben gesehen, dass man es auch mit den bestehenden Ressourcen machen kann. Der Pinto-Antrag wird von uns ganz grossmehrheitlich abgelehnt werden. Wir haben nachher auch den Antrag 11, zum Schutzraum bei der Schützenmatte, weil die Schützenmatte eben gefährlich ist. Wieso ist sie das? Wir hatten dort früher einen Parkplatz, jetzt haben wir den Parkplatz nicht mehr. Wir haben jetzt x Versuche gehabt, die alle gescheitert sind. Man hat eine eigene Security, aber man hat nicht einmal den Mut, dass sich die Security-Leute uniformieren dürfen. – Ich bitte jetzt auch den Herrn Stadtpräsident, aufzupassen. Mir hat er vorhin gesagt, ich würde ihn stören, wenn ich rede. Aber wenn ich das sage, dann gilt das offenbar nicht. Ich möchte das dann auch festhalten. – Und ich möchte hier klar festhalten: Da nützt auch kein Psychologe oder Psychiater, der dort in der Reithalle ist. Wenn wir hier Probleme haben, muss man die nötigen Konsequenzen ziehen. Eine Konsequenz können wir leider nicht haben. Sie haben mehr Polizeipräsenz abgelehnt, aber zum Glück haben wir bald eine Videoüberwachung, von der ich hoffe, dass sie bewilligt wird, welche den nötigen Schutz bietet. Dann braucht es diesen Schutzraum nicht mehr. Wenn es so kritisch ist, dass man dort einen Schutzraum braucht, dann müssen wir dann das Ganze wahrscheinlich schliessen. Das ist dann der einfachere Weg, den wir haben. Es geht weiter mit den anderen Anträgen, die wir auch grösstenteils ablehnen. Noch etwas, an dem ein bisschen mein Herzblut hängt. Vielleicht habe ich da psychologisch vorher ein bisschen zu stark reingeschossen. Aber es geht um die Öffnungszeiten der Freibäder, das ist der Antrag 15: Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August – ich rede nicht vom September, sondern von Juni bis August – weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen, damit die Berufstätigen, die dann baden kommen wollen, rechtzeitig hinkommen können. Nachher die Anträge, auf die ich nicht eingehe, viele tun wir grösstenteils ablehnen. Ich komme nochmal auf den Antrag 22, den wir für das Planjahr vorgesehen haben: Wenn die Zustimmung zur Fusion von Bern und Ostermundigen durch das Stimmvolk der beiden Gemeinden zustande kommt, muss das

Schulamt, um die hohe Qualität der Schule zu gewährleisten, die Digitalisierung respektive das Programm Schulinformatikplattform im Stadtteil Ostermündigen umsetzen und umgehend implementieren. Ich hoffe, diesem Antrag könnt ihr zustimmen und auch dem Antrag 36. Wir wollen hier auch

Präsident: Die Zeit ist abgelaufen.

Alexander Feuz: Also dann komme ich nachher noch einmal als Einzelsprecher. Danke.

Präsident: Wir kommen zu Tom Berger für die Fraktion FDP/Jungfreisinn.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Zurück von den Fischknusperli zur Finanzdebatte. In der BSS tönt es ja häufig so, als wäre die Stadt Bern im Moment ein unendlich sozialer Ort und sehr unmenschlich. Und also wirklich, ich weiss nicht, wer seit 32 Jahren hier am Regieren ist. Und gleichwohl, natürlich geht es in all diesen Anträgen irgendwo um wichtige Themen, um Anliegen, die ihre Berechtigung haben mögen, über die man gerne diskutieren kann. Nur, der Vorredner hat es gesagt: In keiner anderen Direktion sind die Ressourcen zur Erfüllung der Aufgaben so vorhanden wie in der BSS. Und zum Vorwurf, der nachher immer wieder latent geäussert wird – man würde irgendwie die Arbeit der Verwaltung nicht wertschätzen oder sogar, es sei ein Schlag ins Gesicht von Menschen, wenn man sich hier noch traut, Politik zu betreiben und eigene Anträge einzureichen. Ja, mein Gott, dann interpretiert es halt so fest um, wie ihr wollt. Wenn ich sage, dass es in der BS bereits sehr viele Ressourcen gibt, möchte ich auch anhand eines Beispiels aufzeigen, wovon ich spreche: Das Problem bei uns in der Finanzpolitik ist ja, dass wir eigentlich jedes Jahr nichts anderes machen, als das letzte Jahr mit dem aktuellen Jahr zu vergleichen. Und nachher vergessen wir relativ schnell, was wir in den Jahren vorher gemacht haben. Ich nehme exemplarisch den Gesundheitsdienst. – Es tut mir leid für den Gesundheitsdienst. Ich hätte wahrscheinlich bei vielen anderen Orten genau die gleiche Frage stellen können. - Im Gesundheitsdienst haben 2016 34,05 Vollzeitstellen gearbeitet. 2022 hatte der gleiche Gesundheitsdienst 46,85 Vollzeitstellen. Das macht in sechs Jahren ein Plus von 12,08 Vollzeitstellen. Das ist in sechs Jahren ein Plus von 38 Prozent Ressourcen. Das ist komplett entkoppelt vom Anstieg der Bevölkerung, vom Anstieg der Schülerinnen- und Schülerzahlen oder von irgendeiner Kennzahl, die ihr jeweils bezieht, wieso die Stadt schon wieder mehr Geld ausgeben muss. Kommt mir nicht mit der Pandemie. Kommt mir nicht mit der Ukraine-Krise. Am Schluss könnt ihr noch die hinterletzte Ausgabe mit irgendeinem externen Faktor zu rechtfertigen versuchen. Die einzigen, die diese Stellen verursachen, sind wir hier drin. Ich komme zu zwei Anträgen zu zwei Themen, auf die ich kurz im Speziellen eingehen möchte. – Merci vielmals an die SBK-Sprecherin, die in meinen Augen die Diskussion bei uns in der Kommission sehr gut und vor allem auch wunderschön neutral wiedergegeben hat. – Sie hat schon gesagt, wie es bei der Schulsozialarbeit aussieht. Zum einen haben wir dort erst gerade vor kurzem die Ressourcen stark aufgestockt, indem wir den Betreuungsschlüssel reduziert haben. Dazumal haben wir als Freisinn Hand geboten und den betreffenden Antrag ebenfalls angenommen, aber jetzt ist es euch wieder nicht genug! Ihr geht kurz darauf schon wieder tiefer und setzt schon wieder einen tieferen Schlüssel an und nächstes Mal gibt es noch einen tieferen Schlüssel und dann noch einen tieferen Schlüssel. Wie von der Kommissionsprecherin gesagt wurde, wurde im Kantonsparlament, das hier immer wieder als unglaublich bürgerlich und böse dargestellt wird, ein Vorstoss überwiesen, bei dem es genau darum geht, wie

der Kanton die Gemeinden dabei unterstützen kann, eine gute Schulsozialarbeit sicherzustellen. Wir senden erneut ein fatales Signal aus, wenn wir als Stadt Bern bereits in die Vorleistung gehen, so dass der Kanton sagen kann: "Schauen Sie, das funktioniert doch. Die Gemeinden können das selbst machen." Aber nicht einmal wir haben das Geld, um das immer selbst zu machen und andere Gemeinden schon gar nicht. Wieso können wir nicht ein Jahr abwarten, was vom Kanton kommen könnte, bevor wir hier schon wieder mehr Ressourcen beschliessen? Ich komme zum Betreuungsschlüssel: Ihr habt wahrscheinlich alle die E-Mail bekommen von der Gewerkschaft zum Antrag mit dem Betreuungsschlüssel. Ich weiss nicht, wie ihr sie gelesen habt. Für mich tönt das nichts anders als eine Befehlsausgabe. In der gesamten E-Mail und auch heute Abend auf dem Flugblatt steht kein einziges rationales und sachliches Argument. Es wird einfach sofort gesagt, es sei ein Affront. Es sei ein Schlag ins Gesicht. Es sei eine Frechheit, wurde vorhin gesagt, dass man sich zu diesem Thema erdreistet, hier noch einmal die Frage in den Raum zu stellen. Wie häufig stimmen wir in einem Parlament oder in einer Demokratie über die gleiche Frage mehrmals ab? - Je nachdem, ob wir das selber gut finden oder nicht, wie der vorherige Entscheid war, empfinden wir es nachher entweder als Teil der Demokratie oder wir empfinden es als Affront, als Schlag ins Gesicht und als Frechheit. Ich mache ihnen ein kleines Beispiel: Wir haben in der Stadt Bern zweimal Nein gesagt zu einem autofreien Bahnhofplatz, zweimal. Wieso haben wir dann an der letzten Sitzung einen Vorstoss für genau das überwiesen? - Das ist doch eine Frechheit. Das ist doch ein Affront. Das ist doch ein Schlag ins Gesicht für all die Leute, die das abgelehnt haben. Man kann immer wieder auf einen demokratischen Entscheid zurückkommen und gerade beim Betreuungsschlüssel möchte ich eigentlich noch einmal daran erinnern, dass uns dazumal, als das Geschäft in der Kommission war, die Fachpersonen aus der Verwaltung gesagt haben, dass flächendeckend 1 zu 6 auch pädagogisch nicht notwendig und nicht sinnvoll sei. Und alles, was ihr hier macht, denn ihr wisst es natürlich besser, ihr wisst ganz genau, dass es umso mehr Ressourcen braucht, je besser, dass es wird. Aber das stimmt hier einfach nicht. Ich danke der SBK-Minderheit. Ich bin selber Teil davon. Aber ich finde, wir haben jetzt hier eine Möglichkeit zu differenzieren. So dass wir genau sagen können, im Zyklus 1 ist das eine gute Sache, aber dann bleiben wir bei 1 zu 6 in den höheren Zyklen, denn da braucht es das einfach nicht. Wenn wir ganz ehrlich sind, das ist in der Eintretensdebatte schon von jemandem gesagt worden: Es geht doch einfach nicht auf, dass es eine Schulklasse mit 15 bis 20 Kindern gibt, aber wenn diese Kinder nachher den regulären Unterricht beendet haben, dann gehen die pädagogisch zugrunde, wenn sie ein 1 zu 8 und nicht ein 1 zu 6 haben. Also seid so gut, ihr wisst selber, dass es nicht so dramatisch wäre, wenn der Antrag angenommen würde. Unsere Finanzen sind limitiert, auch wenn wir 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen haben als vor zehn Jahren sind sie limitiert. Gehen wir sorgsam damit um! Setzen wir sie dort ein, wo es braucht. Und hören wir doch einfach auf, Jahr für Jahr Direktionen aufzublähen, obwohl uns sogar der rot-grüne Gemeinderat sagt, dass er diese Ressourcen nicht braucht?

Präsident: Merci vielmals, Tom Berger. Dann käme ich als nächstes Eva Chen für die AL/PdA-Fraktion.

Eva Chen (AL) für die Fraktion: Auch bei der BSS wird die Fraktion AL/PdA grundsätzlich keine Kürzungen unterstützen. Den Antrag 1 der JUSO werden wir selbstverständlich annehmen. Es ist noch nicht lange her, da hat euch mein Fraktionskollege im Kontext unserer Forderung nach einer Kommission für Migration und Flucht ausführlich erläutert, wie wichtig es wäre, dass die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen

mehr Gewicht bekäme, mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben könnte und ihrer beratenden Funktion mit mehr Ressourcen besser gerecht werden könnte. Dass die Finanzierung der effektiven Auslastung des Beratungsangebots gesichert ist, sehen wir deshalb als absolute Notwendigkeit. Die Anträge 2 bis 5 der SVP lehnen wir folglich ab. Unser Eventualantrag, den Raffael Joggi vorhin bereits begründet hat, entfällt mit der Ablehnung der Steueranlageerhöhung. Das einfach auch noch schnell als Wiederholung für dich, Alex. Die Fraktion AL/PdA unterstützt sämtliche SBK-Minderheitsanträge. Unserer Meinung nach ist es essenziell, dass man bei der Bildung nicht spart, sondern investiert. Einfache Instrumente wie die Lernbegleitung können für einzelne Schüler*innen extrem wichtig sein. Aus der Bildungsforschung weiss man, dass gerade fehlende Unterstützung, zum Beispiel beim Hausaufgaben machen, längerfristig einen wahnsinnig grossen Einfluss auf die schulische Laufbahn haben kann. Damit man den Mechanismen der strukturellen Benachteiligung entgegenwirken kann, muss dieses Angebot unbedingt niederschwellig und beständig sein. Natürlich stehen wir auch nach wie vor hinter der Forderung nach dem Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in den Tagis. Wir glauben an demokratische Entscheidungsprozesse und sehen die Stadt hier in der Verantwortung, Stadtratsbeschlüsse auch entsprechend umzusetzen. Diese Forderung ist nicht irgendein willkürliches Nice to have, sondern kommt von den Akteurinnen selbst, die sich tagtäglich mit Arbeitsbedingungen konfrontiert sehen, die ihre pädagogische Tätigkeit einschränken. Jetzt im Nachgang noch einmal am Schlüssel zu schrauben, wie die SBK-Planungserklärung 18 fordert, lehnen wir darum entschieden ab. Ebenfalls im Kontext der Schule unterstützen wir auch die Anträge 13 und 14 für den Ausbau der Mobbing- Prävention und der Schulsozialarbeit. Beides sehen wir als wichtige Schritte, nicht nur, um der Lebensrealität der Schüler*innen besser gerecht zu werden, sondern längerfristig auch als präventive Massnahme gegen die Versorgungskrise im Psychiatriewesen. Auswertungen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass jedes zehnte Kind in der Schweiz im Verlauf der Schulzeit Opfer von Mobbing wird. Gekoppelt mit der Tatsache, dass rund 80 Prozent der Schüler*innen keinen Zugang zur Schulsozialarbeit haben, kreierte die Situation regelrecht einen Nährboden für Ausgrenzungen und traumatische Erfahrungen von Schüler*innen. Deshalb kann man nicht stark genug betonen, wie wichtig die beiden Anträge sind. Ebenfalls unterstützen wir die Aufstockung der personellen Ressourcen bei Pinto, damit Punkt 6 auch am Abend geöffnet bleiben kann. Momentan mangelt es sowieso an Angeboten, um allen Menschen mit Lebensmittelpunkt Gasse genug Unterstützung zu bieten. Deshalb finden wir es wichtig, dass der erwiesene Bedarf an bereits bestehenden und etablierten Einrichtungen dem nachkommt. Selbstverständlich werden wir auch Antrag 12 für eine personelle Aufstockung der Fachstelle für die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung unterstützen. Obschon wir eine persönliche Agenda hinter dem Antrag 15 der SVP vermuten, finden wir die Begründung nachvollziehbar. Wir werden deshalb auch diesem Antrag zustimmen. Sämtliche Planungserklärungen, die mit den Budgetanträgen korrelieren, die unterstützen wir natürlich auch; alle restlichen werden wir ablehnen.

Präsident: Danke vielmals, Eva. Wir haben als nächstes für die SP-Fraktion Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich habe es im Grunde schon im Grundsatzvotum erwähnt. Wir haben kein Verständnis für Massnahmen, die Bildung, Chancengleichheit oder den Service public schwächen. Die Chancenungleichheit in den Schulen ist wieder grösser geworden. Die psychische Gesundheit von vielen Leuten hat gelitten. Trotzdem

wurden gerade bei der BSS zahlreiche Anträge eingereicht, die einen Sozialabbau vorsehen; dieselben werden wir selbstverständlich nicht unterstützen. Ich nehme etwas vom Wichtigsten aus unserer Sicht schon vorneweg: Eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels geht zulasten des Schulbetriebs, der Kinder, der Familien und nicht zuletzt des Betreuungspersonals. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es essenziell, dass der Betreuungsschlüssel der Tagis von 1 zu 6 beibehalten wird und zwar für alle Kinder. So haben wir es auch erst 2022 entschieden. Für uns ist unverständlich, warum der Gemeinderat diese Anhebung nicht innerhalb der vereinbarten Zeit nachkommen will und nur verminderte Mittel eingestellt hat. Einen Qualitätsabbau bei der Kinderbetreuung nehmen wir nicht hin, das heisst wir werden den SBK-Minderheitsantrag 9 annehmen und alle anderen Anträge, die eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels verlangen, ablehnen. So auch den Antrag 18 der SBK, der fordert, dass für Zyklus 2 ein Betreuungsschlüssel 1 zu 10 gelten soll.

Ich komme jetzt zu den weiteren Anträgen und Planungserklärungen. Wenn jeweils zu einem Anliegen beides vorliegt, gehe ich einfach nur auf den Antrag ein. Natürlich werden wir dann entsprechend auch die dazugehörigen Planungserklärungen annehmen oder ablehnen. Den Antrag 1 der JUSO zur Fachstelle für Migrations- und Rassismusthemen werden wir annehmen. Diese Beratungsstelle leistet einen wichtigen Beitrag für die inklusive Gesellschaft und trägt zur Verbesserung der Chancengleichheit bei. Die heutige Auslastung dieser Fachstelle liegt bei 130 Prozent. Damit die Fachstelle ihre Arbeit sauber machen kann, muss also das Budget erhöht werden, damit der Bedarf abgedeckt werden kann. In der Konsequenz lehnen wir natürlich auch alle Kürzungsanträge zu dieser Fachstelle ab. Wir haben lange darüber diskutiert, ob wir den SBK-Minderheitsantrag zur Lernbegleitung unterstützen, die wir wichtig und notwendig finden. Trotzdem werden wir diesen Antrag ablehnen. Aus unserer Sicht muss man zuerst abklären, ob es nicht eine Gesamtkoordination und Planung der Lernbegleitung braucht. Es gibt auch verschiedene Akteure auf dem Markt mit verschiedenen Angeboten. Den Antrag 10 der SBK-Minderheit zu Pinto nehmen wir an. Betroffene sagen in der Umfrage, dass eine zusätzliche Abendöffnungszeiten des Punkt 6 zwischen 18 und 23 Uhr ihre Situation, also die der obdachlosen Personen, verbessern würde. Gerade weil es in dieser Zeitspanne keine anderen Aufenthaltsangebote gibt, finden wir es wichtig, die zusätzlichen Öffnungszeiten zu ermöglichen. Und dazu braucht es nun mal auch mehr Ressourcen. Der Antrag 11 fordert, auf den Ausbau des Schutzraums auf der Schütz zu verzichten. Von wem könnte der Antrag auch kommen, wenn nicht von der SVP? Der Rückzugsraum auf der Schützenmatte bietet den Besucher*innen der Schütz und der Umgebung die Möglichkeit, sich Hilfe zu suchen, wenn sie körperliche, sexualisierte oder psychische Gewalt erlebt haben oder sich unwohl fühlen. Es ist ein enormes wichtiges Pilotprojekt, von dem wir sehr froh sind, dass es diesen Sommer starten konnte. Einmal mehr verwechselt hier die SVP die Schützenmatte mit dem Vorplatz. Noch einmal für sie zum Mitschreiben: Der Rückzugsraum steht auf der Schütz, wo es mehrere Ausgangslokale gibt. Die Begründung bezieht sich aber auf den Sicherheitsdienst der Reitschule. Den Antrag 12 zur Aufstockung der Stellenprozente bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung lehnen wir ab. Wir haben lange abgewogen, ob die Aufstockung der Stellenprozente wirklich den Menschen mit Behinderung zugutekommen würde. Aber wir haben das Gefühl, es ist sinnvoller, wenn man versucht, mit den bestehenden Ressourcen mehr Wirkung zu erzielen. So soll die Fachstelle ihre Expertise bei anderen Verwaltungsstellen schon früh in einen Prozess einbringen, damit man beispielsweise barrierefrei bauen kann. Falls man dann wirklich zum Schluss kommt, dass für die Umsetzung des Auftrags mehr Stellenprozente nötig sind, ist aufzuzeigen, wie diese eingesetzt werden sollen. Aktuell sieht hier

auch der Gemeinderat keinen Bedarf. Ebenfalls ablehnen werden wir den Antrag 13, der zusätzliche 120'000 Franken für die Mobbing-Prävention an Schulen ins Budget aufnehmen will. Für uns ist die Mobbing-Prävention ein extrem wichtiges Thema, und die psychische Gesundheit von Kindern ist etwas, das wir sehr ernst nehmen. Aktuell läuft aber gerade ein Pilotprojekt zu genau diesem Thema. Wenn die Erfahrungen aus diesem Pilot vorliegen, kann man schauen, wie man die Mobbing-Prävention möglichst auf die verschiedenen Schulen implementieren kann. Wir finden es hier sinnvoll, abzuwarten, bis Empfehlungen auf dem Tisch sind. Den Antrag 14 der SBK-Minderheit zum Versorgungsgrad bei der Schulsozialarbeit nehmen wir an. Die Schulsozialarbeit ist wichtig, um die Kinder in ihren frühen Jahren zu unterstützen und somit ihre Gesundheit zu schützen. Die Belastung des Personals wird auch hier immer höher und die Schulsozialarbeiter*innen stehen zusätzlich unter Druck, weil es immer mehr Beratungen braucht. Das heisst, der Bedarf an Schulsozialarbeit ist hoch. Ein angemessener Versorgungsgrad bei der Schulsozialarbeit ist essenziell für die Entlastung. Wir sind darum auch dafür, den Versorgungsgrad auf 100 Prozent pro 600 Schüler*innen zu erhöhen. Den Antrag 15 der SVP zu den Marzili-Öffnungszeiten werden wir annehmen. Wir sind der Meinung, dass das Freibad bereits um 6 Uhr aufmachen soll, damit man allenfalls auch schon vor dem Arbeiten kurz in die Aare kann. Ihr seht, manchmal nehmen wir sogar SVP-Anträge an. Antrag 17 werden wir hingegen ablehnen. Genau diese immer wieder befristeten Arbeitsstellen sind aus unserer Sicht nicht haltbar. Damit wird das unternehmerische Risiko der Stadt vollumfänglich auf die Mitarbeitenden abgeschoben. Die Befristung von Arbeitsverträgen hat schon in der Vergangenheit beim Asylsozialdienst Bern zu Kettenarbeitsverträgen geführt, bei denen seit Jahren den gleichen Mitarbeitenden immer wieder befristete Verträge ausgestellt wurden. Unter anderem führen übrigens genau diese Befristungen dazu, dass die Personenfluktuation beim Asylsozialdienst erheblich ist, die Unzufriedenheit gross ist, und dass die Leitungsstellen oft nach kurzer Zeit wieder gehen und dann sogar für längere Zeit unbesetzt bleiben. Das alles führt bei den verbleibenden Mitarbeitenden zu gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen, zu hoher Arbeitsbelastung und zu schlechter Arbeit.

Präsident: Ich bitte wieder um Ruhe. Ich verstehe Barbara nicht. Merci vielmal.

Barbara Keller (SP) fährt fort: Die Planungserklärung 22 der SVP lehnen wir ab. Es ist nicht sinnvoll, irgendwelche Informatiksysteme sofort zu implementieren, bevor man geprüft hat, wie lange die Lebensdauer von Hard- und Software ist. Die Planungserklärungen 27 und 28 lehnen wir ebenfalls ab. Für uns ist es elementar, dass Lücken in der Gesundheitsversorgung gerade in der vollumfänglich vulnerablen Bevölkerung geschlossen werden. An dieser Stelle möchte ich der Verwaltung für ihre Arbeit danken und ganz herzlich auch dem Betreuungspersonal, das sich täglich um die Kinder kümmert.

Präsident: Danke vielmals, Barbara. Dann kommt als nächstes für die Mitte-Fraktion Milena Daphinoff.

Milena Daphinoff (Mitte) für Fraktion: Ich möchte es relativ kurzhalten. Die Mitte Fraktion hat eingehend noch einmal über den Betreuungsschlüssel diskutiert. Wir haben im Frühling die Anpassung des Schlüssels auf 1 zu 6 befürwortet. Es ist so, wie mein Vorredner Tom Berger gesagt hat: In einer Demokratie muss man immer wieder Entschiede noch einmal aufnehmen; sie noch einmal evaluieren und schauen, ob sie noch

zur Situation passen. Wir sind der Meinung in der Fraktion, dass der SBK-Antrag Nummer 18 richtig und wichtig ist. Für kleinere Kinder macht im Zyklus 1 der Betreuungsschlüssel 1 zu 6 Sinn, und das soll auch weiterhin so bleiben. Es gibt aber ganz viele ältere Kinder, die in der Tagesschule sind, die einen solchen Betreuungsschlüssel nicht zwingend brauchen, bei denen es auch pädagogisch, wie wir gehört haben, nicht nur vorbehaltlos empfohlen wird. Was ist jetzt also der richtige Schlüssel? 1 zu 6 oder 1 zu 10? – Wir sind der Meinung, wir sollten das splitten. Wir unterstützen den SBK-Antrag 18 und werden den so überweisen. Da wir hingegen vielleicht von anderen bürgerlichen Parteien abweichen und dort halt eben zu dem 1 zu 6-Betreuungsschlüssel stehen und zum Entscheid, dass er für den Zyklus 1 richtig und wichtig ist, nehmen wir auch den Antrag 9 an und sagen, im Zweifelsfall lieber eine Verbesserung des Schlüssels, bis die Anpassung und das Splitting der Zyklen umgesetzt sind. Das heisst in der Konsequenz, wir stimmen der Erhöhung des Budgets bei Nummer 9 zu. Wir sagen aber auch Ja zum SBK-Antrag 18. Wir lehnen die entsprechende Planungserklärung 21 dort wiederum ab, die den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 für alle Zyklen zementieren würde. Ich hoffe, das war so nachvollziehbar. Was alle anderen Anträge anbelangt, gilt für die Mitte: Wir möchten keine weiteren Erhöhungen, bei keinem von diesen Bereichen in der BSS, befürworten. Wir haben es schon gehört, dass die BSS massiv aufgestockt worden ist in den vergangenen Jahren, und sonst direktionsintern anders priorisieren müsste. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Milena. Dann käme ich für die GFL/EVP-Fraktion Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Auch wenn wir von der GFL/EVP-Fraktion viele Sympathien haben für verschiedene Anliegen, welche hier in den Anträgen eingebracht werden, werden wir nur drei Anträge zur BSS annehmen und sonst das Budget so unterstützen, wie es uns der Gemeinderat vorgelegt hat. Einerseits ist das der SBK-Antrag zur Beschränkung des Ausbaus des Betreuungsschlüssels in den Tagesschulen für Zyklus 1, also vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse. Hier finden wir es sehr sinnvoll, den Betreuungsschlüssel nicht, wie vom Kanton finanziert, auf 1 zu 10 zu haben, sondern auf 1 zu 6 zu verbessern. Die Kinder im Zyklus 1 sind zwischen 4- und 8-jährig. Übrigens werden Zivis und Praktikanten beim Betreuungsschlüssel nicht dazugerechnet. Sie kommen zusätzlich noch dazu. In den Zyklen 2 und 3 wollen wir aber, aufgrund der langfristigen Nachhaltigkeit der Finanzen unserer Stadt, auf eine Aufstockung über die vom Kanton finanzierten Betreuungspersonen hinaus verzichten. Darum stimmen wir dem SBK-Antrag 18 zu. Wir begrüßen die schrittweise Einführung durch den Gemeinderat und lehnen darum den Antrag 9 der SBK-Minderheit ab. Und übrigens: Auch wir glauben an die Demokratie und sehen kein Problem darin, auf den aus unserer Sicht nicht wirklich fundierten Entscheid zurückzukommen, den wir 2022 übrigens nicht mitgetragen haben. Eine Ausnahme machen wir bei den Aufstockungen im Budget, und zwar werden wir den Anträgen 14 und 30 zur Aufstockung der Schulsozialarbeit zustimmen. Einerseits steigen die Schülerinnen- und Schülerzahlen stetig an, andererseits sind wir überzeugt, dass es sich langfristig lohnt, Kinder und Familien frühzeitig bei Problemen zu unterstützen. Das Bedürfnis nach Schulsozialarbeit hat in den letzten Jahren leider zugenommen. Zusätzlich ist es ja leider sehr schwierig, falls nötig, Therapieplätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu finden. Hier kann die Schulsozialarbeit teilweise ein bisschen überbrücken, um nicht völlig im Nichts hängen-zubleiben. Dass wir alle weiteren Aufstockungsanträge ablehnen, heisst nicht, dass wir dafür keine Sympathien hätten, sondern dass wir die Bemühungen des Gemeinderates

würdigen. Wir müssen nicht einfach alle Wünsche, ins Budget packen, weil wir langfristig unsere Handlungsfreiheit wollen. Wir wollen im Gegensatz zu anderen Parteien keine Steuererhöhung anstreben. Wir lehnen aber auch die Kürzungsanträge ab, weil es völlig unseriös ist, wahllos das Budget zu kürzen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Bettina. Wir wären bei den Einzelvoten.

Sofia Fisch (JUSO), Einzelvotum: Ich sage noch gerne kurz etwas zum JUSO-Antrag und zu den Anträgen, bei denen die Haltung der JUSO von der der SP abweicht. Es ist eben nicht so, dass in der Stadt Bern alle Menschen die gleichen Voraussetzungen für ein gutes und diskriminierungsfreies Leben in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen leistet einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft und zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit ist das Anbieten von Beratungsstunden. Nach dem Leistungsindikator im AFP werden im Budget 2024 sowie in den kommenden Jahren 652 Beratungsstunden abgegolten. Die effektive Auslastung an Beratungsstunden ist aber höher und beträgt zurzeit 130 Prozent. Ausgehend von diesen 652 Beratungsstunden als 100 Prozent sind es bei einer Auslastung von 130 Prozent ca. 847 Beratungsstunden. Um das wichtige Angebot der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen vollumfänglich realisieren zu können, beantragen wir, das Budget um 28'200 Franken zu erhöhen. In Zukunft soll der Leistungsindikator der Beratungsstunden jährlich überprüft und aufgrund der effektiven Nachfrage bestimmt werden. Die JUSO wird auch alle SBK-Minderheitsanträge annehmen. Wir sprechen uns für die Erhöhung des Globalbudgets beim Schulamt aus, damit Kinder und Jugendliche aus allen Stadtteilen und auch in der Oberstufe, die eine Lernhilfe, also eine Begleitung benötigen, diese auch in Anspruch nehmen können. Es ist ein erster wichtiger Schritt, um die Startvoraussetzungen aller jungen Leute anzugleichen. Selbstverständlich unterstützen wir auch den Antrag auf eine zusätzliche Finanzierung der Mobbing-Prävention an Schulen. Die Auswirkungen von Mobbing auf die psychische Gesundheit sind schwerwiegend und können langwierige Folgen haben. Hier gilt es, in die Prävention zu investieren. Wir unterstützen die Anträge 12 und 26. Es ist wichtig und richtig, dass die Stadt Bern, nebst den Anliegen von Personen mit Mobilitäts- und Sinnesbehinderungen, auch den Anliegen von Personen mit psychischen und kognitiven Beeinträchtigungen sowie den Anliegen von neurodivergenten Menschen besser gerecht werden kann. Der Einbezug aller Beeinträchtigungen entspricht denn auch der UNO-Behindertenrechtskonvention. Die Umsetzung passiert aber nicht einfach so durch Zauberhand. Wenn man es ernst meint damit, muss man auch zusätzliche Ressourcen freimachen. Als JUSO unterstützen wir die Aufstockung des Budgets der Fachstelle für Menschen mit Behinderungen.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich danke für die teilweise positive Aufnahme von gewissen Anträgen. Ich bin noch von Seiten der AL/PdA-Fraktion aufmerksam gemacht worden, dass unsere Anträge punkto Eintritte in den Freibädern missverständlich sind. Ich habe mit dem Präsidenten Rücksprache genommen. Ich tue jetzt noch ein bisschen näher begründen, um was es uns geht. Antrag 31: "Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion mindestens von 40 Prozent in den kostpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen". Und beim **Antrag 32** haben wir noch drin, und das ist wahrscheinlich effektiv falsch, da habe ich auch noch die eintrittspflichtigen städtischen Museen drin. Das ist eine Planungserklärung im Bereich BSS. Und es ist wahrscheinlich effektiv problematisch, wenn ich das auch mache bei den Museen, die ja nicht bei der BSS sind. Darum tue ich das Wort "**städtische Museen**" **dort streichen**

und tue dort nur die Sportstätten anführen. Das aber in der Hoffnung, das sage ich jetzt mündlich, dass, wenn man dann dort bei den Sportstätten reduzieren tut, dass man es nachher auch bei den Museen macht. Das kann jeder Gemeinderat nachher. Es ist eine Planungserklärung. Sonst haben wir dann nächstes Jahr auch wieder eine Budgetdebatte, an der man dann das auch für die Museen nachmachen kann. Ihr seht auch den Eventualantrag, es sei ein reduzierter Tarif ab 17 Uhr bei der KaWeDe einzuführen. Mir geht es einfach darum, dass sich die Stadt Bern immer Sportstadt schimpft. Man gibt Geld für die Euro 2025 aus. Ihr wisst, ich bin nicht der grosse Sportler, aber ich habe sicher kein Mitleid mit UEFA und FIFA, denn die haben genügend Geld mit ihren Fernsehrechten. Dort wird grosszügig angerichtet mit der grossen Kelle. Aber dann im Kleinen, wo es dann vielleicht für jemanden, vielleicht für eine Familie, eine Rolle spielt, ob sie um diese Zeit noch in die KaWeDe gehen können oder in eine Sportstätte, dort ist man dann streng. Darum bin ich der Meinung, dass man diesen Anträgen zum Durchbruch verhelfen sollte. Ich habe mit den Leuten vom Personal gesprochen. Das hat natürlich nachher auch Auswirkungen auf die Gastronomie. Wenn man nachher oder kurz vorher noch den vollen Betrag zahlen muss, dann geht man halt ihn nicht dorthin, dann geht man halt weiter ins Marzili oder an einen anderen Ort und nicht dorthin. Im KaWeDe hat es oben drinnen noch so eine Lounge. Es ist wirklich schön. Ich kann es euch allen empfehlen. Ich mache einen kurzen Werbespot dafür. Ich hoffe, nach der Sanierung wird sie dann auch noch dort sein. Und ich bin der Meinung, das wäre jetzt im Kleinen etwas, das nicht viel kostet. Und ich bitte Sie wirklich im Sinn der Besucher, dass man dem zuspricht. Nachher noch ganz kurz. Das hat man mir etwas vorgeworfen: Ich kenne die Räumlichkeiten Schützenmatte-Vorplatz nicht. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass überall, wo man einen Schutzraum macht, auch wenn ein Hotel oder eine Kaserne brennt, dann ist der Schutzraum nicht gerade 10 Meter vor dem Schulhaus oder vor der Kaserne, sondern der Schutzraum ist eben etwas weg von dem Ort, der problematisch ist. Und darum sage ich das. Was uns eben schützt, ist nicht der Schutzraum, sondern es wäre eben auch die Videoüberwachung.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Entschuldigung für die Verspätung. Ich dachte, es gebe noch jemanden zwischen Alex und mir. Ich möchte auf eine Herzensangelegenheit aufmerksam machen, nämlich auf den Antrag 15 bezüglich Marzili. Es geht dort um – sagen wir einmal: läppische – 13'000 Franken, aber es hat grosse Auswirkungen auf das Marzilibad. Ich möchte an alle Sportlerherzen unter uns und an die Schulsportbegeisterten unter uns appellieren. Es geht darum, dass wir vor zwei Jahren die Abstimmung hier im Stadtrat leider extrem knapp verloren haben. Zwei Stimmen Unterschied sind es gewesen. Wir versuchen, diesen Entscheid noch einmal hervorzuholen. Es geht darum, dass das Marzili erst zwei Stunden später geöffnet werden soll, und zwar in den drei Monaten Juni, Juli und August. Das Problem ist, dass ab 7 Uhr sehr viele Angestellte und sehr viele Leute, die nachher arbeiten gehen, im Marzili schwimmen gehen. Die Bahnen sind voll, schon ab 7 Uhr am Morgen sind die drei 50 Meter-Bahnen voll. Wir haben zwar ab nächster Woche noch mehr 50 Meter-Bahnen, aber die sind in einem Hallenbad. Die sind sicher dann auch sehr gut besucht. Und wenn wir die drei Bahnen am Morgen streichen im Marzili, dann werden die Bahnen im Hallenbad noch mehr überquellen im Sommer, was sehr schade wäre. Man will ja nicht irgendwo zusätzliche Angebote schaffen und nachher dafür ein anderes Angebot zusammenstreichen. Kommt hinzu, dass ab 8 Uhr die kommen, die nicht arbeiten müssen. Und ab 8 Uhr kommen auch die Schulklassen. Es gibt sehr viele Schulklassen im Marzili, die ab 8 Uhr schwimmen gehen, die eine Extrabahn für sich reserviert haben. Sie müssten nachher eben auch ins Hallenbad, also in die neue Schwimmhalle im Neufeld. Es wäre

sehr schade, wenn wir jetzt hier extra eine neue Schwimmhalle hätten, mit der wir eben mehr Kapazität haben, aber gleichzeitig ein Angebot zusammenstreichen würden. Ich bitte euch wirklich, euch ein Herz zu fassen. Gönnen uns Sportlern und Angestellten, die wir am Morgen früh gerne schwimmen gehen, diese 13'000 Franken für das Budget. Das ist wirklich einer der kleinsten Beträge, über die wir heute abstimmen. Bitte unterstützen Sie das. Besten Dank.

Präsident: Es gibt keine weiteren Einzelvoten. In diesem Fall hat das Wort schlussendlich noch Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Erlauben Sie mir, am Anfang von meinen Ausführungen zuerst hier

Präsident: Ich bitte euch, den Respekt noch ein bisschen aufrechtzuerhalten und um Ruhe im Saal. Merci.

Franziska Teuscher fährt fort: Erlauben Sie mir am Anfang einen Blick auf die Stadt Bern aus der Sicht als Bildungs- und Sozialdirektorin: In der Stadt Bern gibt es immer mehr Schülerinnen und Schüler. Im Hinblick auf 2024 rechnen wir mit 2,8 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler in der Stadt Bern. Auch die Heterogenität an unseren Schulen nimmt zu. Auch in unserer Gesellschaft und auch in der Stadt Bern sind die Folgen von Corona immer noch präsent. Die grosse psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen und viele Leute, die in Armut leben in der Stadt Bern, auch sehr viele Kinder, sind eine Realität. In der Debatte habe ich heute Abend oft gehört, dass die gute Bildung für alle und die Chancengerechtigkeit als wichtige politische Aufgaben der Stadt Bern wahrgenommen werden sollen. Vor diesem Hintergrund würde ich als Sozial- und Bildungsdirektorin Ihnen natürlich gerne beantragen, den Anträgen zur Aufstockung, zum Beispiel bei der Lernbegleitung, bei der Schulsozialarbeit oder bei der Behandlung psychisch belasteter Kinder, zuzustimmen. Aber ich bin eben nicht nur Bildungs- und Sozialdirektorin. Ich bin Gemeinderätin und muss hier auch den Blick für andere Direktionen und für die ganzen Finanzen der Stadt Bern haben. Der Finanzdirektor Michael Aebersold hat in der Eintretensdebatte ausgeführt, wie es um die Finanzsituation der Stadt Bern steht, und dass wir uns aktuell, trotz wachsender Bevölkerung, trotz Klimakrise und Biodiversitätskrise und trotz der Einkommensschere, die in der Stadt Bern halt auch grösser wird, nicht jeden Ausbau leisten können. Ich kann Ihnen sagen, dass es nicht einfach war, im Gemeinderat ein Gleichgewicht zu finden zwischen den finanzpolitischen Überlegungen und den Überlegungen der verschiedenen Sachpolitiken. Es war ein intensives Abwägen. Ja, manchmal war es ein heftiges Ringen, aber das Abwägen des Gemeinderates ist sorgfältig erfolgt. Deshalb bitte ich Sie auch hier beim BSS-Budget dem Gemeinderat zu folgen. Ich kann natürlich nicht auf alle Voten eingehen, weil die Zeit dafür zu kurz ist, aber Vorwürfe, die schlicht falsch sind, mag ich nicht im Raum stehen lassen. Dolores Dana hat gesagt, bei der Umsetzung des Betreuungsschlüssels hätte man eigentlich einfach ein bisschen zuwarten können, man würde hier wieder RGM-Politik vorziehen. Hierzu muss ich sagen, wir halten uns im Gemeinderat auch an die Umsetzung der Gesetze und der Reglemente. Das Reglement ist hier ganz klar. Das Reglement verlangt in Artikel 70 Absatz 4 folgendes: "Der Betreuungsschlüssel wird schrittweise innert vier Jahren demjenigen der bisherigen Tagesstätten (Tagis) angepasst". Der Gemeinderat hat hier den Spielraum, den er hatte, nämlich die Aufstockung schrittweise zu machen, ausgenutzt. Er hätte einfach auch viel schneller gerade alles auf einmal machen können, das hat er nicht

gemacht. Daher ist es falsch, wenn man sagt, man hätte hier warten können. Wir haben ein Reglement, das vom Stadtrat verabschiedet wurde. Ich komme nachher zu den einzelnen Anträgen, auch hier kann ich nicht auf alle eingehen. Aber zum Antrag 2 der SVP ist festzuhalten: Da geht es nicht um eine Personalaufstockung, wie die SVP behauptet. Es geht darum, dass man einen Teuerungsausgleich hat zum einen, und zum anderen geht es um die Umsetzung der Motion, die im Stadtrat mehrmals eingereicht wurde, mit Nachdruck eingereicht wurde, nämlich dass wir die Schulkommissionen und die Schulleitungen besser unterstützen. Und darum braucht es hier diese zusätzlichen Gelder bzw. zusätzlichen Stellenprozente auch in der Verwaltung, insbesondere im juristischen Bereich, damit wir diese Motion überhaupt umsetzen können. Nachher zum Antrag 15 betreffend die Öffnungszeiten des Marzili, wie wir vorhin von Sibyl Eigenmann gehört haben: Das ist einfach eine FIT-Massnahme, die der Stadtrat beschlossen hat. Wir vom Schulamt haben uns dann entschieden, diese FIT-Massnahme schrittweise umzusetzen, also die Saison um eine Woche zu verkürzen. Das haben wir schon gemacht. Statt beim Frähschwimmen die Öffnungszeiten auf 9 Uhr festzulegen, wie die FIT-Massnahmen, die vom Stadtrat verabschiedet wurden, vorgeben, haben wir gesagt: Nein, wir warten, bis wir eben dann die Schwimmhalle geöffnet haben. Diese Etappe dieser FIT-Massnahme – wenn man sie umsetzen will – die würde halt dann im Sommer 2024 kommen. Das würde heissen, dass wir in unseren Bädern das Frähschwimmen ... in diesem Sinn könnten wir nicht mehr offenhaben. Im Antrag 17 geht es um die befristeten Stellen im Asylsozialdienst. Dieser Antrag ist in diesem Sinn nicht nötig, und ich bitte Sie, diesen abzulehnen. Zum einen ist es so, auch im Asylsozialdienst, kompatibel mit dem neuen Personalreglement, gibt es befristete Stellen. Aber wenn man jetzt hier entscheidet, sie sollen nur für zwei Jahre sein, da muss man einfach sagen, das ist ein hoher Druck auf die Festangestellten im Asylsozialdienst. Und wir wissen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind sehr gefragte Leute. Wir wollen nicht im Sozialbereich, wo der Druck auf das Personal sowieso schon sehr hoch ist, noch zusätzlichen Druck mit so einer zweijährigen Frist drin haben. Den Antrag 22 der SVP bitte ich Sie, abzulehnen. Hier geht es darum, dass die SVP sagt, wir müssen auf den 1. Januar 2025, falls wir mit Ostermundigen fusionieren, die Schulinformatik der Stadt Bern auf Ostermundigen übertragen. Selbstverständlich werden wir nach einer Fusionierung mit Ostermundigen die Schulinformatik anschauen. Aber Ostermundigen hat auch eine gute Schulinformatik, darum macht es dort auch Sinn, dass man erst schrittweise dann die Umstellung auf ein einziges System macht. Nachher noch zum Antrag 31 der SVP: Die Abendeintritte zu senken, dazu muss man wirklich sagen, das wäre irgendwie etwas nice to have. Es gibt nirgends in den Städten, bei denen wir nachgefragt haben - Zürich, Winterthur, Basel, St. Gallen – reduzierte Abendeintritte. Wir in der Stadt Bern bezahlen nur bei der KaWeDe Eintritt, sonst sind ja unsere Freibäder gratis. Und wir haben am Abend auch sehr lange Öffnungszeiten. Auch bei Museen, bei Zoos und in anderen Angeboten gibt es keine reduzierten Abendeintrittszeiten, von dem her ist eigentlich dieser Antrag ziemlich fremd. Ich bitte Sie also, dem Budget der BSS so zuzustimmen, wie es der Gemeinderat vorlegt.

Präsident: Danke vielmals, Franziska Teuscher. Wir sind abstimmungsreif.

Anträge zur Direktion BSS

1	Sofia Fisch/Paula Zysset (JUSO)	Budget	112	300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen	Das Budget der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen sei um 28'200 CHF zu erhöhen und damit die Finanzierung der effektiven Auslastung des Beratungsangebots (130% des Leistungsindikators gem. AFP) sicherzustellen.
2	SVP	Budget	111	300_Direktionsstabsdienste_...	Die Erhöhung ist zu streichen und das Budget ist um Fr. 148'000.00 zu kürzen.
3	SVP	Budget	111	300_Direktionsstabsdienste_...	Das Budget sei um Fr. 500'000 zu kürzen.
4	SVP	Budget	111	300_Direktionsstabsdienste_...	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 300'000.00.
5	SVP	Budget	111	300_Direktionsstabsdienste_...	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 120'000.00.
6	AL	Budget	114-117	310_Sozialamt	Eventualantrag: Wird die Steueranlage auf 1.7 angehoben, ist der Globalkredit um 10 Mio. zu erhöhen.
7	SBK-Minderheit	Budget	121	320_Schulamt	Das bestehende Globalbudget ist um 90'000.- zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche aus allen Stadtteilen die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.
8	SBK-Minderheit	Budget	121	320_Schulamt	Das Globalbudget ist um 140'000 zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche auch in der Oberstufe die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.
9	SBK-Minderheit	Budget	121	320_Schulamt	Für die Umsetzung des Schulreglementes betreffend die kontinuierliche Anhebung des Betreuungsschlüssels sowie der Löhne in den Tagesschulen innerhalb von vier Jahren (bis 2026) sind im Budget 2024 zusätzlich CHF 850'000.- einzustellen (insgesamt: CHF 2'450'000.-).
34	SVP	Budget	119	320_Schulamt	Die Budgeterhöhung zur Umsetzung des Ziels "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist zu streichen.
35	SVP	Budget	119	320_Schulamt	Eventualantrag: Die zusätzlichen Ressourcen für zur Umsetzung des Ziels "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist intern zu kompensieren, d.h. die Budgeterhöhung ist zu streichen.
10	SBK-Minderheit	Budget	121	330_Familie_und_Quartier	Die personellen Ressourcen bei Pinto seien um 80 Stellenprozent aufzustocken bzw. das Budget um 90'000.- zu erhöhen, um die Abendöffnung des Punkt 6 zu gewährleisten.
11	SVP	Budget	124	330_Familie_und_Quartier	Auf den Bau des Schutzraumes bei der Schützenmatte sei zu verzichten, der Betrag sei um Fr. 185'000 zu kürzen.

12	SBK-Minderheit	Budget	129	350_Al- ters_und_Ver- sicherungsamt	Die Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen sei um 120 Stellenprozent aufzustocken bzw. das Budget um Fr. 160'000.- zu erhöhen
13	SBK-Minderheit	Budget	138	370_Gesund- heitsdienst	Ab 2024 seien zusätzliche 120'000 Fr. für Mobbingprävention an Schulen ins Budget aufzunehmen.
14	SBK-Minderheit	Budget	138	370_Gesund- heitsdienst	Der Versorgungsgrad der Schulsozialarbeit sei auf 600 Kinder/Jugendliche pro 100 Prozent zu erhöhen bzw. das Budget um Fr. 650'000.- zu erhöhen.
15	SVP	Budget	139	380_Sportamt	Auf die spätere Öffnungszeit (erst ab 9 Uhr) der Freibäder ist zu verzichten. Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen. Das Budget sei um Fr. 13'750.00 zu erhöhen.
16	Sofia Fisch/Paula Zysset (JUSO)	Plan- jahr	112	300_Direkti- onsstabs- dienste_Fach- stelle_für_Mig- rati- ons_und_Ras- sismusfragen	Die Leistungsindikatoren (S. 112 AFP) sollen anhand der effektiven Nachfrage bestimmt werden. Sie sind jährlich zu überprüfen.
17	FDP/JF	Plan- jahr	115	310_Sozial- amt	Die zusätzlichen Stellen im Asylsozialdienst sind auf zwei Jahre zu befristen.
18	SBK	Plan- jahr	121	320_Schulamt	Die Anpassung des Betreuungsschlüssels auf 1:6 und der entsprechende Personal- ausbau sind auf den Zyklus 1 zu beschränken und die Beträge im AFP entsprechend einzustellen. Ab Zyklus 2 soll ein Betreuungsschlüssel von 1:10 gelten und der Gemeinderat wird beauftragt, die Rechtsgrundlagen entsprechend anzupassen.
19	SBK-Minderheit	Plan- jahr	121	320_Schulamt	Das bestehende Globalbudget ist um 90'000.- zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche aus allen Stadtteilen die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.
20	SBK-Minderheit	Plan- jahr	121	320_Schulamt	Das Globalbudget ist um 140'000 zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche auch in der Oberstufe die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.
21	SBK-Minderheit	Plan- jahr	121	320_Schulamt	Für die Umsetzung des Schulreglementes betreffend Anhebung des Betreuungsschlüssels sowie der Löhne in den Tagesschulen innerhalb von vier Jahren (bis 2026) sind im Planjahr 2025 zusätzlich CHF 1'090'000.- (insgesamt: CHF 3'750'000.-) und 2026 zusätzlich CHF 600'000.- (insgesamt CHF 4'500'001.-) einzustellen.
22	SVP	Plan- jahr	119	320_Schulamt	Nach der Zustimmung zur Fusion von Bern und Ostermundigen durch das Stimmvolk der beiden Gemeinden muss das Schulamt, um die hohe Qualität der Schule zu gewährleisten, die Digitalisierung respektive das Programm «Weiterentwicklung Schulinformatik-Plattform» im Stadtteil Ostermundigen umgehend implementieren.

36	SVP	Plan-jahr	119	320_Schulamt	Das übergeordnete Ziel "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist zu streichen.
25	SBK-Minderheit	Plan-jahr	125	330_Familie_und_Quartier	Die personellen Ressourcen bei Pinto seien um 80 Stellenprozente aufzustocken bzw. das Budget um 90'000.- zu erhöhen, um die Abendöffnung des Punkt6 zu gewährleisten.
26	SBK-Minderheit	Plan-jahr	129	350_Alters_und_Versicherungsamt	Die Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen sei um 120 Stellenprozente aufzustocken bzw. das Budget um Fr. 160'000.- zu erhöhen.
27	SVP	Plan-jahr		370_Gesundheitsdienst	Auf den 2024-370-03 Aufbau einer Stelle für stadtärztliche Aufgaben, analog z.B. der Städte Zürich und Basel, soll verzichtet werden, da diese Aufgaben bereits jetzt durch die bestehenden Möglichkeiten in der Verwaltung abgegolten werden können. Die in den Planjahren 2025 – 2027 eingestellten finanziellen Mittel sind zu streichen.
28	SVP	Plan-jahr	119	370_Gesundheitsdienst	Auf den 2024-370-03 Aufbau einer Stelle für stadtärztliche Aufgaben, analog z.B. der Städte Zürich und Basel, soll verzichtet werden, da diese Aufgaben bereits jetzt durch die bestehenden Möglichkeiten in der Verwaltung abgegolten werden können. Die in den Planjahren 2025 – 2027 eingestellten finanziellen Mittel sind zu streichen.
29	SBK-Minderheit	Plan-jahr	138	370_Gesundheitsdienst	Ab 2025 seien zusätzliche 120'000 Fr. für Mobbingprävention an Schulen ins Budget aufgenommen werden.
30	SBK-Minderheit	Plan-jahr	138	370_Gesundheitsdienst	Der Versorgungsgrad der Schulsozialarbeit sei auf 600 Kinder/Jugendliche pro 100 Prozent zu erhöhen bzw. das Budget um Fr. 650'000.- zu erhöhen.
31	SVP	Plan-jahr	119	380_Sportamt	Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion von mindestens 40% in den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen.
32	SVP	Plan-jahr	139	380_Sportamt	Eventualantrag: Es seien reduzierte Abendeintritte und Mittagseintritte mit Kostenreduktion von mindestens 30% in den eintrittspflichtigen städtischen Museen und Sportstätten einzuführen.
33	SVP	Plan-jahr	139	380_Sportamt	Eventualantrag: Es seien zusätzliche Abendeintritte, d.h. einen reduzierten Tarif ab 17.00 Uhr, bei der KaWeDe einzuführen.

Abstimmungen Direktion BSS

2022.FPI.000031: Antrag 1 Fisch (JUSO), Zysset (JUSO)

Annahme

Ja 38

Nein 28

Enthalten 2

[Namensliste 119](#)

2022.FPI.000031: Antrag 2 SVP

Ablehnung

Ja 17

Nein 52

Enthalten 0

[Namensliste](#) 120

2022.FPI.000031: Antrag 3 SVP

Ablehnung

Ja 5

Nein 63

Enthalten 1

[Namensliste](#) 121

2022.FPI.000031: Antrag 4 SVP Eventual

Ablehnung

Ja 8

Nein 60

Enthalten 0

[Namensliste](#) 122

2022.FPI.000031: Antrag 5 SVP Eventual

Ablehnung

Ja 12

Nein 57

Enthalten 0

[Namensliste](#) 123

Der Eventualantrag 6 AL ist obsolet.

2022.FPI.000031: Antrag 7 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 18

Nein 48

Enthalten 3

[Namensliste](#) 124

2022.FPI.000031: Antrag 8 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 19

Nein 47

Enthalten 2

[Namensliste](#) 125

2022.FPI.000031: Antrag 9 SBK-Minderheit

Annahme

Ja 41

Nein 25

Enthalten 1	Namensliste 126
2022.FPI.000031: Antrag 34 SVP	
Ablehnung	
Ja 11	
Nein 54	
Enthalten 2	Namensliste 127
2022.FPI.000031: Antrag 35 SVP Eventual	
Ablehnung	
Ja 12	
Nein 54	
Enthalten 1	Namensliste 128
2022.FPI.000031: Antrag 10 SBK-Minderheit	
Annahme	
Ja 33	
Nein 27	
Enthalten 8	Namensliste 129
2022.FPI.000031: Antrag 11 SVP	
Ablehnung	
Ja 5	
Nein 62	
Enthalten 0	Namensliste 130
2022.FPI.000031: Antrag 12 SBK-Minderheit	
Ablehnung	
Ja 17	
Nein 45	
Enthalten 6	Namensliste 131
2022.FPI.000031: Antrag 13 SBK-Minderheit	
Ablehnung	
Ja 19	
Nein 46	
Enthalten 4	Namensliste 132
2022.FPI.000031: Antrag 14 SBK-Minderheit	
Annahme	
Ja 41	
Nein 26	
Enthalten 1	Namensliste 133

2022.FPI.000031: Antrag 15 SVP

Annahme

Ja 50

Nein 14

Enthalten 5

[Namensliste](#) 134

2022.FPI.000031: Antrag 16 Fisch (JUSO), Zysset (JUSO)

Annahme

Ja 41

Nein 27

Enthalten 1

[Namensliste](#) 135

2022.FPI.000031: Antrag 17 FDP/JF

Ablehnung

Ja 24

Nein 44

Enthalten 0

[Namensliste](#) 136

2022.FPI.000031: Antrag 18 SBK

Ablehnung

Ja 25

Nein 43

Enthalten 1

[Namensliste](#) 137

2022.FPI.000031: Antrag 19 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 19

Nein 48

Enthalten 2

[Namensliste](#) 138

2022.FPI.000031: Antrag 20 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 18

Nein 50

Enthalten 1

[Namensliste](#) 139

2022.FPI.000031: Antrag 21 SBK-Minderheit

Annahme

Ja 37

Nein 30

Enthalten 1

[Namensliste](#) 140

2022.FPI.000031: Antrag 22 SVP

Ablehnung

Ja 11

Nein 55

Enthalten 2

[Namensliste](#) 141

2022.FPI.000031: Antrag 36 SVP

Ablehnung

Ja 14

Nein 51

Enthalten 2

[Namensliste](#) 142

2022.FPI.000031: Antrag 25 SBK-Minderheit

Annahme

Ja 35

Nein 26

Enthalten 7

[Namensliste](#) 143

2022.FPI.000031: Antrag 26 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 17

Nein 44

Enthalten 6

[Namensliste](#) 144

2022.FPI.000031: Antrag 27 SVP

Ablehnung

Ja 15

Nein 54

Enthalten 0

[Namensliste](#) 145

2022.FPI.000031: Antrag 28 SVP

Ablehnung

Ja 15

Nein 50

Enthalten 0

[Namensliste](#) 146

2022.FPI.000031: Antrag 29 SBK-Minderheit

Ablehnung

Ja 21

Nein 44

Enthalten 3

[Namensliste](#) 147

2022.FPI.000031: Antrag 30 SBK-Minderheit

<p>Annahme Ja 39 Nein 24 Enthalten 3</p>	<p>Namensliste 148</p>
<p>2022.FPI.000031: Antrag 31 SVP</p>	
<p>Ablehnung Ja 6 Nein 60 Enthalten 1</p>	<p>Namensliste 149</p>
<p>2022.FPI.000031: Antrag 32 SVP Eventual</p>	
<p>Ablehnung Ja 5 Nein 61 Enthalten 0</p>	<p>Namensliste 150</p>
<p>2022.FPI.000031: Antrag 33 SVP Eventual</p>	
<p>Ablehnung Ja 11 Nein 55 Enthalten 2</p>	<p>Namensliste 151</p>

Präsident: Damit ist die BSS abgeschlossen und jetzt kämen wir zur TVS. – Das ist ein Witz! Ich danke herzlich fürs Mitmachen und ganz herzlichen Dank auch an Jo Hiltbrunner, der für uns die Abstimmungsanlage gestellt hat. Die hat tiptopp funktioniert. Eine ganz wichtige Bitte von ihm: Die Kästchen sind toll, ich weiss. Aber es wäre schön, wenn man sie einfach auf dem Pult liegenlassen würde. Sie gehören nicht in den Rucksack und nicht in die Hosentasche. Lasst sie unbedingt liegen, weil es mühsam ist, sie wieder zurückzuholen. Bitte die Kästchen einfach auf dem Pult liegen lassen. Merci vielmals. Wir sehen uns nächste Woche wieder. Ich wünsche allen ein gutes Heimkommen und noch einen schönen Abend.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

3. Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Marieke Kruit/Lena Sorg, SP/Rahel Ruch, GB) - übernommen durch Lea Bill (GB): Keine Immobilienspekulation unter Gemeinwesen: Die Stadt soll kantonale Immobilien zum Schätzwert kaufen können; Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht 2019.SR.000309

- | | |
|--|-----------------|
| 4. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA!
(Matthias Stürmer, EVP/Michael Burkard, GFL/Johannes Wartenweiler, SP/Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Mehr Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen; Annahme als Richtlinie | 2019.SR.000311 |
| 5. Postulat Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Gleichberechtigung beider Eheleute im Rahmen der Steuererklärung; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht | 2019.SR.000188 |
| 6. Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP (Ursula Stöckli, FDP/Alexander Feuz, SVP): Unterstützung des bernischen Baugewerbes; Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht | 2020.SR.000229 |
| 7. Postulat Fraktion GFL/EVP (Mirjam Roder, GFL/Therese Streit-Ramseier, EVP): Reduktion der Parkplätze der öffentlichen Verwaltung (Pendlerparkplätze); Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht | 2022.SR.000140 |
| 8. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP (Regula Bühlmann/Cristina Anliker-Mansour, GB/Patrizia Mordini, SP) - übernommen durch Ursina Anderegg (GB): Einbürgerungen sind kein Privileg!; Abschreibung Punkt 1/Begründungsbericht Punkt 3 und 4 | 2016.SR.000104 |
| 9. Dringliches interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GB/JA (Tanja Miljanovic, GFL / Mirjam Roder, GFL / Anna Leissing, GB): Technologieneutrale Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in Gebäuden | 2023.SR.0138 |
| 10. Schutz und Rettung Bern; Nachkredit zum Globalbudget 2023 | 2023.SUE.0028 |
| 11. Energie Wasser Bern; Leistungsauftragsbericht 2022 | 2021.SUE.000039 |
| 12. Motion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die "2000-Watt-Gesellschaft" zum (mittelfristigen) Ziel; Abschreibung | 2009.SR.000345 |
| 13. Motion Fraktion SP/JUSO (Nora Krummen/Ingrid Kissling-Näf/Benno Frauchiger, SP): CO2-Neutralität bis 2030; Abschreibung | 2019.SR.000092 |
| 14. Motion Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Erich Hess (SVP): Die Verbreitung islamistischen Gedankenguts im Keim ersticken; Ablehnung | 2017.SR.000257 |
| 15. Motion Zora Schneider (PdA) - übernommen durch Matteo Miceli (PdA): Langjährige Sans Papiers in der Stadt Bern legalisieren; Punkt 1 Annahme als Richtlinie und gleichzeitig Begründungsbericht / Punkt 2 Ablehnung | 2018.SR.000196 |
| 16. Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Tabea Rai, AL/Angela Falk, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler GaP) - übernommen durch David Böhner (AL): Schluss mit der Aufteilung zwischen Schweizer BürgerInnen und AusländerInnen bei den Einwohnerdiensten. Für eine Willkommenskultur in der Stadt Bern!; Ablehnung | 2019.SR.000042 |
| 17. Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Angela Falk/Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Eva Chen (AL): Unterstützung durch die Stadt Bern bei den 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen; Ablehnung / Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht | 2019.SR.000097 |
| 18. Motion Fraktion GFL/EVP (Lukas Gutzwiller, GFL/Matthias Stürmer, EVP): Aktionsplan Fensterersatz; Ablehnung | 2019.SR.000176 |

19. Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Lukas Gutzwiller, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Michael Hoekstra, GLP): Auch mit erneuerbarer Wärme sparsam umgehen! Gebäudesanierungsstrategie entlang dem Fernwärmenetz; Annahme als Richtlinie 2020.SR.000063

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Interfraktionelles Postulat AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Barbara Keller, SP/Paula Zysset, JUSO/Franziska Geiser, GB/Anna Jegher, JA): Steigende Energiekosten: Überprüfung der Unterstützung für subventionierte Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine
2. Motion Geschäftsprüfungskommission (GPK): Revision des Kommissionsreglements (Art. 59f. GRSR) / Anpassung des Kommissionsreglements i.S. Zusammensetzung der Sozialhilfekommission
3. Interpellation Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar, JA!/Lea Bill, GB): Aktives Vorgehen gegen Wohnungsleerstand und für mehr bezahlbare Wohnungen in der Stadt Bern

Schluss der Sitzung: 22.29 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Michael Hoekstra

für das Protokoll

X

Redaktion: Barbara Waelti